ALPEN DISTEL

MAGAZIN FÜR ANTIFASCHISTISCHE GEDENKKULTUR

VERLEUGNET VERSCHWIEGEN VERGESSEN

UNGEHÖRTE NS-OPFER IM KOLLEKTIVEN GEDÄCHTNIS

ALPINE PEACE CROSSING

Nr. 6/2025

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
Verein für aktive Gedenk- und Erinnerungskultur APC (Alpine Peace Crossing); Gemeindeamt Krimml, Oberkrimml 37, A-5743 Krimml; ZVR-Zahl: 1811888658; E-Mail: office@alpinepeacecrossing.org; Website: www.alpinepeacecrossing.org / Layout: APC / Lektorat: Jakob Thuswaldner

Redaktion: Eva Bammer, Cassandra Burgstaller, Jakob Gruber, Benedikt Leitgeb, Robert Obermair, Matthias Schreckeis, Nadine Tauchner, Jakob Thuswaldner, Antonia Winsauer
Redaktionsassistenz: Philipp Stepanek

Autor*innen dieser Ausgabe: Brigitte Bailer, Eva Bammer, Andreas Brunner, Julia Brunner, Cassandra Burgstaller, Elisabeth Czerniak, Raphael Einetter, Johannes Glack, Jakob Gruber, Heide Gsell, Manuela Horvath, Andrea Ihl, Andreas Kranebitter, Benedikt Leitgeb, Melanie Litta, David Mehlhart, Gunnar Mertz, Robert Obermair, Elke Rajal, Margit Reiter, Walter Sauer, Hasan Softić, Marta Sznajder, Nadine Tauchner, Erika Thurner, Jakob Thuswaldner, Antonia Winsauer, Jakub Woroncow, Florian Zabransky

Druckerei: Die Offset / www.dieoffset.at / Auflage: 3.000 Stück

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der jeweiligen Autor*innen und nicht zwingend die Sichtweise der Redaktion wieder.

Bilder (wenn nicht anders angegeben): APC

Es ist uns bewusst, dass gerade in der Zeit des Nationalsozialismus Menschen in einer Fremdzuschreibung als „jüdisch“ definiert wurden, die sich selbst nicht so definierten. Um zu einer besseren Lesbarkeit dieses Magazins beizutragen, wurde nicht an jeder einzelnen Stelle zwischen „jüdisch“ als Fremd- oder Eigenzuschreibung unterschieden.

Editorial

Liebe Leser*innen,

der Produktionsprozess der diesjährigen *Alpendistel* wurde von einer traurigen Nachricht begleitet: Anfang Dezember 2024 ist unser Vereinsgründer Ernst Löschner überraschend verstorben, eine Nachricht, die uns alle sehr getroffen hat. Er wird nicht nur uns sehr fehlen! Antonia Winsauer hat stellvertretend für unser Team einen Nachruf verfasst, den Sie in dieser Ausgabe finden.

Siehe S. 92

Auch sonst werden die Zeiten nicht besser. Wohin man auch schaut, sind die Extreme Rechte und andere menschenfeindliche Ideologien auf dem Vormarsch. Einmal mehr werden Gruppen von Menschen ausgemacht, die vermeintlich Schuld an gesellschaftlichen, politischen oder ökonomischen Problemen hätten. Getreu unserer Devise, das Gestern auch im Heute zu suchen, richten wir unser Augenmerk nach Auseinandersetzungen mit der Shoa und dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus dieses Mal auf verleugnete, verschwiegene und letztlich vergessene Opfer des Nationalsozialismus. Nicht weil wir glauben, dass sich die Geschichte in der Gegenwart und Zukunft exakt wiederholen wird, sondern weil wir besorgniserregende Entwicklungen beobachten, in denen die Gleichheit aller Menschen von einem immer größeren Teil der Gesellschaft in Frage gestellt wird.

Bei diesem Thema mag unser idyllisches Cover auf den ersten Blick irritieren. Das Vergissmeinnicht steht symbolisch für die zahlreichen Opfer des Nationalsozialismus, die bis heute im kollektiven Gedächtnis – wenn überhaupt – ein Nischendasein fristen, seien es Rom*nja und Sinti*zze, als „asozial" Verfolgte oder Opfer der NS-Patient*innenmorde. Wir möchten diese lang ausgeklammerten Schicksale in den Fokus rücken und einmal mehr auch regionalhistorische blinde Flecken im Bergland aufzeigen.

Auch hinter der bereits sechsten Ausgabe der *Alpendistel* stecken hunderte Stunden ehrenamtlicher Arbeit. Dass unser Projekt im vergangenen Herbst mit dem *Hans-Frankenthal-Preis* der Stiftung Auschwitz-Komitee ausgezeichnet wurde, hat uns nicht zuletzt deswegen sehr gefreut und in unserer Arbeit bestärkt. Darüber hinaus sind wir froh, dass sich unsere Redaktion nach dem Ausscheiden unserer großen Stütze Hilde Mayer einmal mehr vergrößert hat und an dieser Ausgabe bereits Cassandra Burgstaller, Benedikt Leitgeb, Nadine Tauchner und Jakob Thuswaldner mitgewirkt haben. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Arbeit im Lichte der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen nicht an Wichtigkeit und Relevanz verloren hat.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!
Die Redaktion der *Alpendistel*

We are aware that many friends of APC do not speak German which is why we will once more provide English translations of all articles online on our homepage.

Inhalt

Schwerpunkt

7 Einführung
Vergessen? Verschwiegen? Verleugnet? Verschiedene Opfergruppen und die teils schwere Anerkennung

10 Verfolgt, misshandelt, ermordet – erinnert und anerkannt?

15 Graphic Short Story
Dußjas Geschichte ist keine Ausnahme

18 „Blutzufuhr“
Die Verschleppung und Zwangsgermanisierung von Kindern aus den besetzten Gebieten

22 Fehlende Erinnerungsorte in Salzburg

24 Intimität im Konzentrationslager

27 Interview
Angehörigenarbeit an der Dokumentationsstelle Hartheim

31 Hitler und Mussolini in der Kirche?
„Entartete“ Kunst am Kirchenfenster

33 Endphaseverbrechen in Österreich
Eine vergessene Verbrechenskategorie

37 „Wo ist da meine Gefährlichkeit in jeder Hinsicht!!“

40 Als „Asoziale“ verfolgt, als „Asoziale“ vergessen

43 Roma in Österreich
NS-Opferstatus lange verweigert

46 Jehovas Zeugen während des Nationalsozialismus
Verfolgt – Vergessen – Rehabilitiert

49 Schwarze Menschen im Nationalsozialismus

52 Die Verfolgung Homosexueller in der NS-Zeit

55 Die Schattenseiten des „Mythos“ Kaprun
NS-Zwangsarbeit im Tauernkraftwerk

59 Geschichte des Arbeitserziehungslagers Weyer/Innviertel

62 Die rote Fini
Zwischen Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus

Gedenken, Erinnern, Handeln

66 Nationalsozialismus in der Provinz
Krimmler Schicksale

68 Jüdische Displaced Persons als „Erinnerungsgemeinschaft“
Geschichtsrepräsentationen bei jüdischen DPs in Österreich

70 Statt nach Hause in den Tod
Arthur Vogt und Zygmunt Bąk scheitern auf ihrem Weg in die Schweiz

72 Janina Hosiasson-Lindenbaum
Unstoppable inclination towards scientific work

74 NS-Wiederbetätigung und der Alpenverein in Österreich 1945–1948

77 Interview
Aufklärung über den Nationalsozialismus in sozialen Medien

80 Wider das Vergessen!
Digitale Erinnerungslandschaft Salzburg

82 Independence March in Warsaw

85 Engagierte Gedenkarbeit
Bombenterror in Oberwart – Österreich lebte vier Jahre in Angst

87 Rezension
Dorothea

Aus dem Verein

89 Rückblick auf das Vereinsjahr 2024

91 Der Geist von gestern
NS-belastete Straßen in Salzburg

92 „a mentsch“
Nachruf auf Ernst Löschner (1943-2024)

94 Wanderausstellung
Grenzen Überwinden – Jüdische Flucht im Salzburger Hochgebirge 1947

95 Die historische Fluchtroute erwandern
Wanderung 2025

96 Pyramide zum Gedenken an das DP-Lager „New Palestine“ im Salzburger Stadtteil Parsch

99 Ausblick 2026

Schwer-punkt

7 Einführung
Vergessen? Verschwiegen? Verleugnet? Verschiedene Opfergruppen und die teils schwere Anerkennung
Jakob Gruber

10 Verfolgt, misshandelt, ermordet – erinnert und anerkannt?
Brigitte Bailer

15 Graphic Short Story
Dußjas Geschichte ist keine Ausnahme
Andrea Ihl

18 „Blutzufuhr“
Die Verschleppung und Zwangsgermanisierung von Kindern aus den besetzten Gebieten
Cassandra Burgstaller

22 Fehlende Erinnerungsorte in Salzburg
Nadine Tauchner

24 Intimität im Konzentrationslager
Florian Zabransky

27 Interview
Angehörigenarbeit an der Dokumentationsstelle Hartheim
Antonia Winsauer

31 Hitler und Mussolini in der Kirche?
„Entartete“ Kunst am Kirchenfenster
Jakob Gruber

33 Endphaseverbrechen in Österreich
Eine vergessene Verbrechenskategorie
Elisabeth Czerniak und Johannes Glack

37 „Wo ist da meine Gefährlichkeit in jeder Hinsicht!!“
Andreas Kranebitter

40 Als „Asoziale“ verfolgt, als „Asoziale“ vergessen
Elke Rajal

43 Roma in Österreich
NS-Opferstatus lange verweigert
Erika Thurner

46 Jehovas Zeugen während des Nationalsozialismus
Verfolgt – Vergessen – Rehabilitiert
Heide Gsell

49 Schwarze Menschen im Nationalsozialismus
Walter Sauer

52 Die Verfolgung Homosexueller in der NS-Zeit
Andreas Brunner

55 Die Schattenseiten des „Mythos“ Kaprun
NS-Zwangsarbeit im Tauernkraftwerk
Margit Reiter

59 Geschichte des Arbeitserziehungslagers Weyer/Innviertel
David Mehlhart

62 Die rote Fini
Zwischen Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus
Eva Bammer

EINFÜHRUNG

VERGESSEN? VERSCHWIEGEN? VERLEUGNET?

Verschiedene Opfergruppen und die teils schwere Anerkennung

Erst 2023 wurde der 2. August als Gedenktag an die Ermordung von Rom*nja und Sinti*zze in der Zeit des Nationalsozialismus vom österreichischen Nationalrat angenommen. Antiziganismus ist bis heute ein weit verbreitetes Ressentiment. Bis weit in die Zweite Republik war Homosexualität strafbar, dementsprechend wenig Gedenken gab es an die im Nationalsozialismus verfolgten und ausgegrenzten Homosexuellen. Die Liste der mangelnden Aufarbeitung der Vergangenheit und der zu spät erfolgten Anerkennung von verschiedenen Opfergruppen ist lang.

Eine Einführung in unseren diesjährigen Schwerpunkt von Jakob Gruber.

In dieser Ausgabe der *Alpendistel* haben wir es uns zum Ziel gemacht, verschiedene Opfergruppen zu beleuchten, die Ursachen für ihre Verfolgung zu ergründen und den schweren Anerkennungsprozess der Nachkriegsgeschichte zu analysieren.

Im einführenden Text beschreibt die Historikerin Brigitte Bailer die Nachkriegsgeschichte Österreichs. Sie erzählt die Geschichten der verschiedenen Opfergruppen, die teilweise bis in die 2000er Jahre warten mussten, um als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt zu werden. Bailer berichtet, mit welchen Widerständen und Ressentiments diese Menschen im postnazistischen Österreich kämpfen mussten. Sie gibt uns so einen klaren und konzisen Überblick über die Geschichten vieler Opfergruppen in der österreichischen Nachkriegsgeschichte.

Zwangsarbeit, Verschleppungen und fehlende Erinnerung

Eines der wichtigsten Fundamente des Nationalsozialismus, dessen militärischer Expansion sowie seiner teils größenwahnsinnigen Bauprojekte war die Zwangsarbeit. Während der Zeit der NS-Herrschaft wurden mehrere Millionen Menschen, Angehörige unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen, zur Arbeit für das Regime gezwungen. Dass die Industrie der Nachkriegsgesellschaft in Österreich und Deutschland, und somit auch das Wirtschaftswunder der 1950er und 1960er Jahre, zu einem maßgeblichen Teil auf den Schultern von vergessenen, nie bezahlten oder entschädigten und toten Zwangsarbeiter*innen gebaut wurde, ist wohl ein Grund, warum diese Opfergruppe, wenn überhaupt, erst spät zu Anerkennung und Entschädigung kam. Die Illustratorin und Designerin Andrea Ihl hat für die diesjährige *Alpendistel* einen Comic beigesteuert, der sich mit der Geschichte einer nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiterin beschäftigt. ›

Eines der wichtigsten Fundamente des Nationalsozialismus, dessen militärischer Expansion sowie seiner teils größenwahnsinnigen Bauprojekte war die Zwangsarbeit.

Einen spezifischen Blick auf Zwangsarbeit im Pinzgau richtet Margit Reiter, die sich mit der vermeintlichen rot-weiß-roten Erfolgsstory des Tauernkraftwerks in Kaprun auseinandersetzt. Dass dabei, wie oft in der Nachkriegsgeschichte, der Ursprung der Erfolgsstory auf Zwangsarbeit und Ausbeutung basiert, zeigt Reiter in ihrem Text exemplarisch.

Aus Salzburg weg bewegt sich Florian Zabransky in seinem Text, in dem er in das Thema von Intimität im Konzentrationslager eintaucht. Er beschreibt Gewalt und Intimität in den KZs als einen Aspekt der NS-Geschichte, der im Kontext von Zwangsarbeit und industrieller Vernichtung weitgehend vergessen wird, aber ein alltäglicher Begleiter im Lageralltag war.

Eine eher unbekannte Opfergruppe, die Zeugen Jehovas, die als „Bibelforscher" im KZ unter dem lila Winkel als Zwangsarbeiter*innen ausgebeutet wurden, bringt uns der Text von Heide Gsell näher. Sie beschreibt die Grundlagen der Verfolgung, die schließlich dazu führte, dass von allen in Österreich lebenden Zeug*innen Jehovas etwa 80 % Repressalien durch den NS-Staat erfuhren.

Die Nationalsozialist*innen versuchten, Zwangsarbeit auch zu nutzen, um aus vermeintlich „faulen Volksgenossen" doch richtig „Schaffende" zu machen. Dass dabei mit Gewalt und Grausamkeit nicht gespart wurde, zeigt der Artikel von David Mehlhart, der sich mit dem Arbeitserziehungslager Weyer im oberösterreichischen Innviertel beschäftigt. Unser Redaktionsmitglied Cassandra Burgstaller beschreibt die Ideologie hinter den Verschleppungen und Zwangsgermanisierungen von Kindern, die als „eindeutschungsfähig" eingestuft wurden und so bis nach Salzburg zu „deutschen" Familien und Pflegeeinrichtungen kamen. Auf eine Spurensuche in Salzburg hat sich auch Nadine Tauchner aus dem Redaktionsteam begeben. Sie legt den Finger in eine offene Wunde der Salzburger Aufarbeitung der Vergangenheit, indem sie mit einer Karte aufzeigt, an wie vielen Orten der NS-Verbrechen es bis heute keine Erinnerungszeichen gibt.

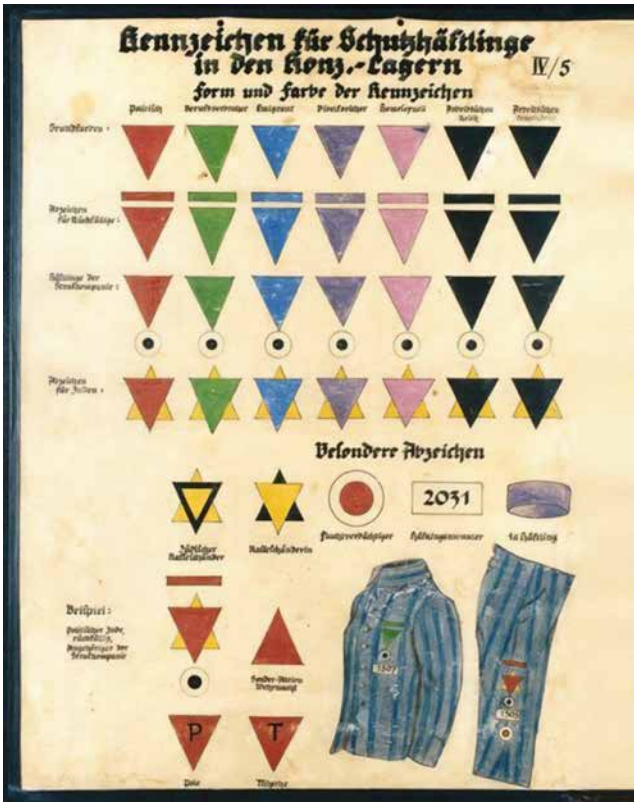
Wo die lokale Bevölkerung zu Täter*innen wurde

Gerade bei jenen Verbrechen, die nicht im KZ verübt wurden, sondern in kleinen Dörfern und Städten, in den „medizinischen" Einrichtungen des Nationalsozialismus, war oft nochmal stärker die lokale Bevölkerung eingebunden und die Verstrickung in die Nachkriegsgeschichte nochmal mehr mit Schweigen behaftet.

Unser Redaktionsmitglied Antonia Winsauer hat sich für diese Ausgabe mit Peter Eigelsberger, dem Leiter der Dokumentationsstelle Hartheim, getroffen und über die Gedenkarbeit an einem Ort der NS-„Euthanasie" gesprochen. Eigelsberger berichtet, wie gerade in den letzten Jahren das Interesse von jüngeren Nachkommensgenerationen gestiegen ist und wie der Umgang mit Anfragen an die Gedenkstätte gestaltet wird. Mit einem lokalen Beispiel für Endphaseverbrechen, also den lange ignorierten und bis heute weitgehend vergessenen Gewaltexzessen der letzten Kriegswochen, beschäftigen sich Elisabeth Czerniak und Johannes Glack in ihrem Text. Sie richten den Blick auf das Regionale in Niederösterreich und zeigen, wie die lokale Bevölkerung in diese Verbrechen involviert war. In der Rubrik *Ein Bild, eine Geschichte* habe ich versucht, die ambivalente Biografie des Künstlers Albert Birkle zu zeigen. Birkle wurde als „entarteter" Künstler vom NS-Staat bedrängt und konnte sich doch wieder mit dem Regime arrangieren. Nach dem Krieg gestaltete er ein spannendes Glasfenster in einer Grazer Kirche.

Kontinuitäten

Die menschenverachtende Ideologie des Nationalsozialismus entstand nicht mit der Machtergreifung und endete nicht mit der Niederlage der Nationalsozialist*innen. Viele der vom Regime Verfolgten waren bereits zuvor ausgegrenzt und diskriminiert worden und auch nach dem Sieg der Alliierten war nicht alles eitel Wonne. Der Leiter des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes, Andreas Kranebitter, befasst sich mit der oft vergessenen Kategorie der „Berufsverbrecher". Er zeigt, wie Menschen, die bereits vor der NS-Herrschaft straffällig geworden waren, aufgrund dieser Strafen deportiert und ermordet wurden und wie sich schließlich die österreichischen Behörden nach dem Krieg ihnen gegenüber verhielten, frei nach dem Motto „Einmal kriminell, immer kriminell". Ebenso wie „Berufsverbrecher" wurden sogenannte



© Bundesarchiv, Bild 146-1993-051-07 / Unknown author / CC-BY-SA 3.0

Häftlingswinkel, wie sie für KZ-Häftlinge verwendet wurden.

Viele der vom Regime Verfolgten waren bereits zuvor ausgegrenzt und diskriminiert worden und auch nach dem Sieg der Alliierten war nicht alles eitel Wonne.

„Asoziale" vor allem wegen vermeintlich von der Norm abweichender Lebensweisen verfolgt. Dies stellt die Sozialwissenschafterin Elke Rajal in ihrem Text dar und geht auf die Konstruktion der Kategorie „Asozial" ein, die Verfolgung und mangelnde Anerkennung der Betroffenen. Als „Asoziale", aber auch als „rassisch Minderwertige" wurden Rom*nja, Sinti*zze und Lovara verfolgt, deportiert und ermordet. Erika Thurner beschreibt den langen Kampf der Überlebenden gegen den Antiziganismus der Nachkriegsgesellschaft, um Anerkennung als Opfer und damit Anspruch auf Entschädigung. Dass bei jenen, die unter rassistischen Motiven verfolgt wurden, lange *People of Colour* in die Vergessenheit gerieten, zeigt der Beitrag von Walter Sauer. Er beschreibt den Rassismus vor und während des Nationalsozialismus, der eng mit dem Kolonialismus verbunden war, und wie dieser bis ins System der Konzentrations- und Vernichtungslager geführt hatte. Mit Verweis auf diskriminierende Paragraphen des österreichischen Strafgesetzbuchs, die von 1852 bis ins Jahr 1971 galten, beschreibt Andreas Brunner vom Zentrum *QWIEN* die Verfolgung Homosexueller und Queerer als Kontinuität von vor bis nach der NS-Herrschaft. Er legt dabei den Fokus auf die ideologischen und strafrechtlichen Voraussetzungen der Verfolgung dieser Opfergruppe, die erst seit wenigen Jahren stärker beforscht wird. Dass die einzelnen Verfolgungskategorien nicht statisch getrennt zu betrachten sind, zeigt unser Vorstandsmitglied Eva Bammer in ihrem Text. Sie stellt anhand der Biografie von Josefine Schneider, die als Jüdin und Kommunistin verfolgt wurde, dar, wie Verfolgungsgründe oft auch miteinander verschränkt waren.

Bereits nach der Einführung wird Ihnen auffallen, dass auch diese Liste bei weitem nicht vollständig ist. So wie unsere *Alpendistel* sind die Erinnerungs- und Gedenkkultur, die sich an die verschiedensten Opfer des Nationalsozialismus erinnert, und in der Konsequenz die Anerkennung und Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus bis heute unvollständig. Es gibt also noch viel zu tun! △

© Jakob Gruber

Jakob Gruber studiert Jüdische Studien in Graz und Heidelberg und ist Vorstandsmitglied von APC. Er beschäftigt sich beruflich mit antisemitismuskritischer Bildungsarbeit mit einem Fokus auf die offene Jugendarbeit.

VERFOLGT, MISSHANDELT, ERMORDET – ERINNERT UND ANERKANNT?

Der lange Weg von der Befreiung 1945 bis zur Anerkennung einer letzten Opfergruppe 2024 spiegelt den mühsamen Prozess der Aufarbeitung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen wider. Erinnerungskultur und damit verbunden die Akzeptanz der Opfer wandelten sich in diesen fast 80 Jahren grundlegend. Es bleiben aber noch Fragen offen.

Ein einführender Text von Brigitte Bailer.

Weichenstellungen

Nach der Befreiung vom nationalsozialistischen Regime standen für Politik und Bevölkerung vorwiegend wirtschaftliche Probleme, aber auch Fragen nach dem Umgang mit den mehr als 500.000 ehemaligen Nationalsozialist*innen und die Kooperation mit den Besatzungsmächten im Vordergrund. Die vergleichsweise geringe Zahl überlebender Opfer des NS-Regimes fand hingegen so gut wie keine Beachtung, ausgenommen die ehemaligen Widerstandskämpfer*innen. Diesen kam außenpolitische Bedeutung zu, hatten doch die Alliierten 1943 in der Moskauer Deklaration die weitere Behandlung Österreichs nach seiner Befreiung von der Leistung eines eigenen Beitrags zu seiner Befreiung abhängig gemacht. Dieser Beitrag konnte nur im Widerstand von Österreicher*innen gegen den Nationalsozialismus bestehen.

Dementsprechend fanden für wenige Wochen bis in den Sommer 1945 die Widerstandskämpfer*innen gegen das NS-Regime öffentliche Beachtung. Der Versuch, diese Frauen und Männer zu Identifikationsfiguren des neuen Österreichs zu stilisieren, scheiterte jedoch kläglich. Die Bevölkerung mit den großen Zahlen an Mitläufer*innen, Sympathisant*innen und einfach Gleichgültigen war nicht bereit, diesen Schritt mitzugehen.

(Partei-)Politischer Widerstand

Widerstand selbst wurde über viele Jahre hinweg in der für die Überlebenden zentralen Opferfürsorgegesetzgebung (OFG) sehr eng begriffen. Um als Widerstand anerkannt zu werden, mussten oppositionelle Handlungen aus (partei-)politischen Motiven erfolgt sein. Hilfeleistung für Verfolgte, Kriegsgefangene oder Partisan*innen wurde von den Behörden ausschließlich dann akzeptiert, wenn der*die Betreffende politische Motive vor allem über Mitgliedschaften bei einer politischen Vereinigung nachweisen konnte.

Überlebende Jüdinnen*Juden

Von der US-Besatzungsmacht in ihrer Zone durchgeführte sozialwissenschaftliche Erhebungen zeigten ein beträchtliches Ausmaß antisemitischer Kontinuität über die Befreiung hinaus. Dieser Antisemitismus beeinflusste auch

Erst nach und nach wurden Gruppen besonders schwer geschädigter Verfolgter anerkannten Widerstandskämpfer*innen gleichgestellt und es wurden ihnen fortlaufende Leistungen zugebilligt.

ARCUS (Schatten eines Regenbogens) – Das 2023 im Wiener Resselpark errichtete Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen.

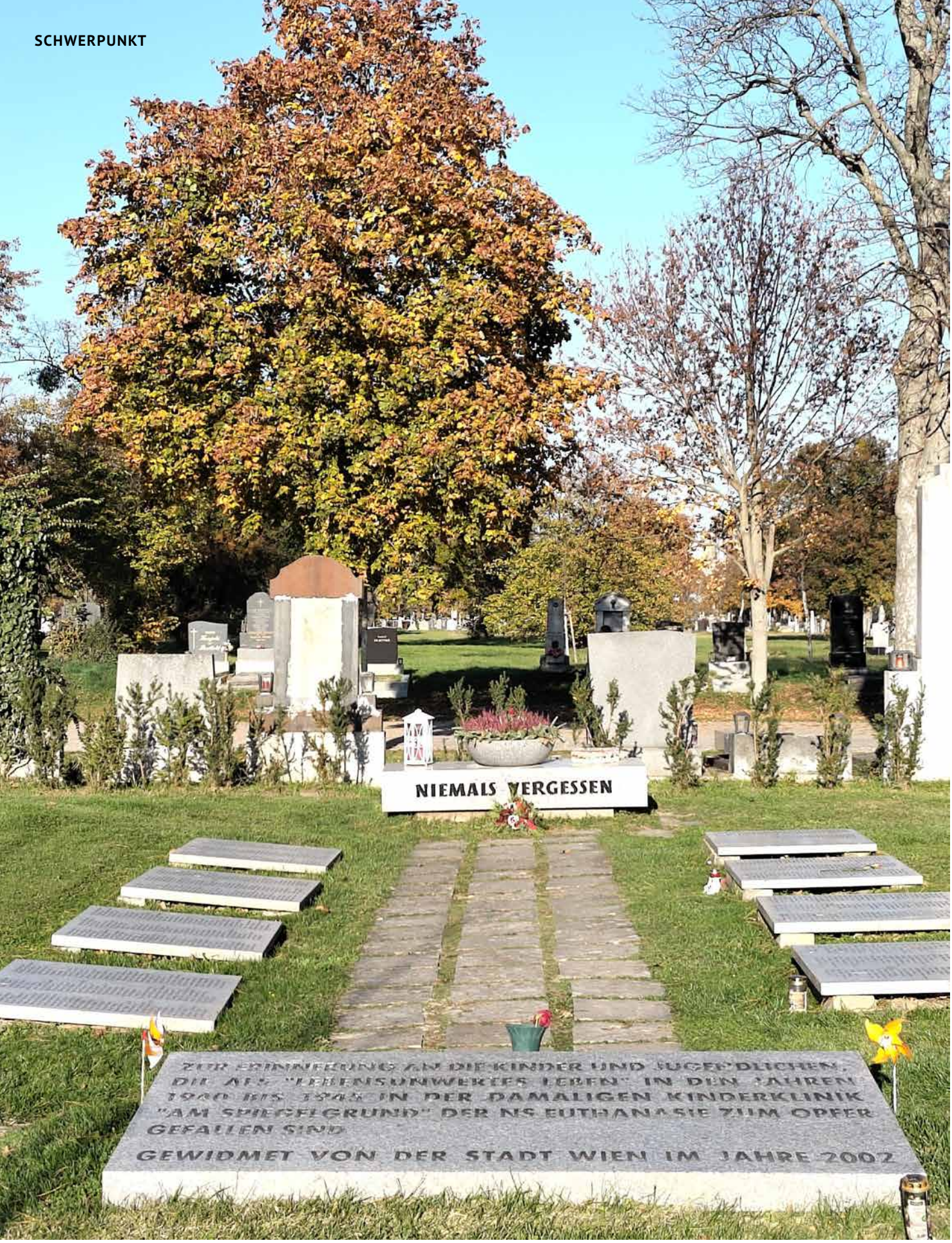
die Debatten zu Entschädigungsfragen. Überlebende Jüdinnen*Juden blieben anfangs von jeglicher Hilfeleistung der öffentlichen Hand ausgeschlossen. Erst Anfang 1946 wurden sie in die mehr als bescheidenen Leistungen der überparteilichen Hilfsorganisation „Volkssolidarität“ aufgenommen. Mit der Neufassung des OFG 1947 fanden dann Verfolgungsopfer Berücksichtigung, allerdings galten diese dem Gesetzgeber nur als Opfer zweiter Klasse. Sie konnten nicht zum Nachweis des österreichischen Kampfes gegen den Nationalsozialismus herangezogen werden. Die Änderung des Gesetzes erfolgte auch aus außenpolitischen Gründen, um Österreich nicht in den Ruf eines „antisemitischen Staates“ zu bringen, wie es im zuständigen *Bundesministerium für soziale Verwaltung* hieß. Den Verfolgungsopfern wurden jedoch nur Pauschalentschädigungen für Einkommens- und Ausbildungsschäden (ab 1962) und ein geringer Steuerfreibetrag zugestanden. Erst nach und nach wurden Gruppen besonders schwer geschädigter Verfolgter anerkannten Widerstandskämpfer*innen gleichgestellt und es wurden ihnen fortlaufende Leistungen zugebilligt.

Abgesehen von einzelnen Entschädigungsleistungen blieben all jene überlebenden jüdischen Opfer, die geflohen waren und die Staatsbürgerschaft ihres Zufluchtslandes angenommen hatten, von zahlreichen Leistungen nach dem OFG, insbesondere Rentenzahlungen, bis 2001 ausgeschlossen.

Opfer außerhalb des öffentlichen Bewusstseins – „vergessene“ Opfer

Das NS-Regime hatte bestehende Vorbehalte und Stigmatisierungen aufgegriffen und oft zu tödlicher Konsequenz eskaliert. Solche Vorurteilsstrukturen bestanden nach 1945 weiter, weder Politik noch Gesellschaft waren bereit, den Unrechtscharakter nationalsozialistischer Verfolgung – beispielsweise aufgrund sexueller Orientierung oder wegen angeblich „asozialen“ Verhaltens – als solchen wahrzunehmen.

Mussten die Parteien auf die aus ihren Reihen kommenden Widerstandskämpfer*innen zumindest Rücksicht nehmen und verfügten die jüdischen Opfer über Unterstützung der Westalliierten, so entbehrten andere Opfergruppen, wie ›



Denkmal für ermordete Kinder der NS-„Euthanasie"-Anstalt „Am Spiegelgrund" in der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof (errichtet 2002).

beispielsweise Rom*nja und Sinti*zze oder Opfer der nationalsozialistischen Medizinverbrechen, jeglicher Lobby, die ihre Interessen mit Nachdruck vertreten hätte.

In den 1990er Jahren brachten historische Forschungen ebenso wie darauf aufbauende politische Bestrebungen eine neue Beachtung dieses Problems. Diese mündete schließlich in einer Anerkennung dieser Gruppen rund um die Jahrtausendwende.

Der nicht anerkannte militärische Widerstand – Opfer der NS-Militärjustiz

Zahlreichen oppositionellen Handlungen im Bereich der Deutschen Wehrmacht blieb lange Zeit die Anerkennung als Widerstand versagt. Selbst die katholische Kirche verwehrte dem aus tiefer Religiosität handelnden, 2007 schließlich selig gesprochenen Franz Jägerstätter 1947 die Anerkennung mit der Begründung, er könne nicht als „Held" geehrt werden, wenn doch noch so viele Menschen um gefallene Soldaten trauerten. Diese Grundstimmung ebenso wie die ab den 1950er Jahren von Veteranen- und Kameradschaftsverbänden dominierte Erinnerungskultur standen der Anerkennung von Wehrdienstverweigerung und Desertion als Handlungen des antinationalsozialistischen Widerstands entgegen.

Erst Forschungen und öffentliche Diskussionen zu Verbrechen der Deutschen Wehrmacht brachten Bewegung in den Diskurs um militärischen Widerstand, der neben der Desertion auch Entzug vom Kriegsdienst durch Selbstbeschädigung oder aber konkrete Widerstandshandlungen im Rahmen des Militärs, wie den Versuch einer kampflosen Übergabe Wiens im April 1945 zur Verhinderung großer Zerstörungen, umfasst.

Mussten die Parteien auf die aus ihren Reihen kommenden Widerstandskämpfer*innen zumindest Rücksicht nehmen und verfügten die jüdischen Opfer über Unterstützung der Westalliierten, so entbehrten andere Opfergruppen jeglicher Lobby, die ihre Interessen mit Nachdruck vertreten hätte.

Weitere von der Politik beauftragte Untersuchungen zu Desertion und Opfern der Militärjustiz führten letztlich 2005 bzw. in letzter Konsequenz 2009 zur Anerkennung und vollständigen Rehabilitierung dieser Widerstandskämpfer*innen.

Die österreichischen Rom*nja und Sinti*zze: rassistisch verfolgt, trotzdem lange nicht vollständig anerkannt

Rom*nja und Sinti*zze wurden aus rassistischen Gründen verfolgt. Diskriminierung und vor allem Verhaftungen fanden auch unter dem Vorwand der Bekämpfung sozial unangepasster Lebensführung statt.

Nach der Befreiung sahen sich die wenigen Überlebenden dieser Gruppe großen Schwierigkeiten gegenüber. Als soziale Randgruppe standen ihnen die Behörden ablehnend gegenüber, Gesundheitsschäden aufgrund medizinischer Experimente und Zwangssterilisierungen während der NS-Herrschaft wurden im Rahmen des OFG nicht anerkannt. Ehemalige Häftlinge der Konzentrationslager konnten unter bestimmten Bedingungen auf Anerkennung und Rentenleistungen hoffen. Die große Gruppe der ehemaligen Insass*innen der Anhaltelager wie jenes im burgenländischen Lackenbach blieb davon allerdings ausgeschlossen. Erst 1988 wurde die Zuerkennung von Renten auch an diese Gruppe Überlebender ermöglicht.

Lange „vergessene" Opfer: angeblich „Asoziale", Behinderte, Homosexuelle

Zu den sogenannten „vergessenen" Opfern, ein Begriff, der in der BRD geprägt wurde, zählten jene Menschen, die als angeblich „asozial" aufgrund einer Behinderung oder ihrer sexuellen Orientierung vom NS-Regime verfolgt worden waren. Sie alle fanden erst auf Basis zeitgeschichtlicher Forschungen und darauf aufbauender politischer Initiativen Anerkennung als Opfer des NS-Regimes und erhielten damit auch Zugang zu Fürsorge- bzw. Entschädigungszahlungen sowie einer späten Würdigung ihres Leidens. Ihnen allen standen Vorurteilskontinuitäten gegenüber, die vor das NS-Regime zurück- und über sein Ende hinausreichten. ›

Da Homosexualität auch zwischen erwachsenen Männern bis 1974 in Österreich strafbar war, konnten die ehemals Verfolgten um keine Anerkennung nach dem OFG ansuchen. Auch nach der Änderung des Strafgesetzes blieben sie ausgeschlossen, da die Behörden mit der fortwährenden Strafbarkeit nach 1945 argumentierten.

Eine Verfolgung als angeblich „asozial" wurde sehr verschieden begründet. Dies konnte verhaltensauffällige Kinder ebenso treffen wie unangepasste Jugendliche, Kleinkriminelle, Frauen mit angeblich „unsittlichem" Lebenswandel, Alkoholiker*innen. Eine bindende Definition, wer als „asozial" galt, wurde im NS-Regime nie vorgelegt. Betroffene wurden in Konzentrationslagern, „Jugendschutzlagern", Arbeitslagern interniert, zwangssterilisiert.

Kinder wurden beispielsweise in Wien in die „Fürsorgeanstalt" und Kinderfachabteilung des Otto-Wagner-Spitals „Am Spiegelgrund" eingewiesen, wo sie Folter und Mord ausgesetzt waren. Die Überlebenden hatten nach 1945 Jahrzehnte hindurch keine Möglichkeit, als Opfer anerkannt zu werden.

Ebenso erging es jenen Menschen, die aufgrund einer psychischen oder auch körperlichen Beeinträchtigung im Rahmen der NS-Medizin Experimenten ausgesetzt und vor allem zwangssterilisiert worden waren. Selbst als die zeitgeschichtliche Forschung begonnen hatte, ihre Verfolgungsgeschichte aufzuarbeiten, und die zuständigen Behörden mit den Ergebnissen konfrontierte, änderte sich an dieser Sachlage nichts. Hinterbliebenen der im Rahmen der sogenannten „Euthanasie" Ermordeten wurde gleichfalls jede Anerkennung verwehrt.

Erst der 1995 gegründete *Nationalfonds der Republik Österreich* sah Pauschalentschädigungen für diese drei Opfergruppen vor. Seit 2005 sind sie auch ausdrücklich als Opfergruppen im OFG genannt.

Die angeblichen „Berufsverbrecher"

Als solche wurden Menschen mit mehrfachen, nicht getilgten Vorstrafen, auch wegen Bagatelldelikten, in Konzentrationslagern inhaftiert. Erst 2024 wurde die Möglichkeit ihrer Anerkennung als NS-Opfer geschaffen. Auch wenn von den Betroffenen kaum mehr jemand am Leben ist, bedeutet dies nicht zuletzt für die Familien dieser ehemaligen Häftlinge Genugtuung.

Opfer der nationalsozialistischen Unrechtsjustiz

Die genannten Gruppen von NS-Opfern wären noch um einen Graubereich der Opfer der nationalsozialistischen Unrechtsjustiz zu ergänzen, die für Bagatelldelikte, wie beispielsweise einen Paketdiebstahl, oder auch mit der Kriegswirtschaft verbundene Handlungen, wie nicht gemeldete Schlachtungen, unverhältnismäßig schwer und sogar mit dem Tode bestraft wurden.

Schlussbemerkung

Die Reihenfolge der im Laufe der Jahrzehnte ins Gesetz aufgenommenen Opfergruppen entspricht in etwa deren gesellschaftlicher Akzeptanz bzw. der Entwicklung des gesellschaftlich-politischen Bewusstseins zur NS-Zeit. Hierzu trugen historische Forschungen ebenso bei wie politische Debatten, internationale Entwicklungen, neue Zugänglichkeiten bis dahin verschlossener Archive und die Möglichkeit mancher Betroffener, sich später aber doch auch zu eigenen Interessensgruppen zusammenzuschließen.

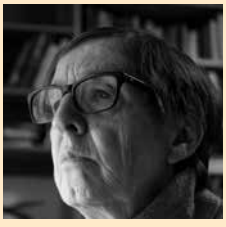
Vieles konnte in diesem Beitrag nur angerissen werden, doch greifen die weiteren Texte des diesjährigen Schwerpunkts der *Alpendistel* zahlreiche Themen im Detail auf.

LITERATUR UND WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Brigitte Bailer, Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus, Wien 1993.

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes

Nationalfonds



© Brigitte Bailer

Brigitte Bailer, 1998-2003 Mitglied der Österreichischen Historikerkommission, 2004-2014 wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, forschte neben anderen Themen zum Umgang der Republik Österreich mit den Opfern des Nationalsozialismus.

Dußjas Geschichte ist keine Ausnahme

Im Nationalsozialismus wurden Millionen Menschen als Zwangsarbeiter*innen in die deutsche Kriegs- und Landwirtschaft verschleppt. Besonders häufig betraf dies Menschen aus den von Deutschland besetzten Gebieten in Osteuropa, darunter Polen, die Ukraine und Russland. Die Biografie von Jewdokija Petrowa (Dußja), die 1942 deportiert wurde, ist ein erschütterndes Beispiel für die oft unsichtbare Geschichte weiblicher Zwangsarbeit. Dußja wurde als junge Frau verschleppt und auf einem deutschen Bauernhof zur Zwangsarbeit im Haushalt und in der Landwirtschaft eingesetzt. Ihre Erzählung, die im Interview-Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945“ dokumentiert ist, bietet tiefe Einblicke in das Leben einer Zwangsarbeiterin und gibt einen spezifischen Blick auf die brutalen Lebensbedingungen von Frauen in dieser Zeit.

Eben dieser Fokus auf Frauen und private Zwangsarbeit ist besonders wichtig, da diese Aspekte der Geschichte oft vernachlässigt oder marginalisiert wurden. Während Männer vor allem in der Industrie, am Bau und in Kriegsgefangenenlagern Zwangsarbeit leisten mussten, waren Frauen häufiger in Haushalten, auf Feldern oder in der Pflege tätig. Diese Art von Arbeit wurde häufig als „weniger schwer“ angesehen, doch für die betroffenen Frauen war sie ebenso entwürdigend und gewaltsam. Dußja berichtet von sexueller Gewalt und körperlicher Misshandlung durch die Deutschen, was den ständigen Überlebenskampf zusätzlich erschwerte. Ihre Geschichte beleuchtet die besondere Verwundbarkeit und das Leid, das Frauen und Mädchen in dieser Zeit erlebten, häufig in einem Kontext von (antislawischem) Rassismus und sexueller Ausbeutung.

Die Graphic Short Story, welche Dußjas Erfahrungen mit einer Mischung aus Text und von ihr stammenden Zitaten verknüpft, schafft es, diese dunklen Kapitel der Geschichte greifbar und verständlich zu machen. Durch die Auseinandersetzung mit Dußjas Schicksal wird ein Raum geöffnet, der nicht nur historisch aufzeigt, wie sich Gewalt und Ausbeutung unter dem NS-Regime manifestierten, sondern auch die Notwendigkeit betont, diese Perspektiven in der Erinnerungskultur weiter zu erforschen und zu diskutieren.

Interview-Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945“

© Andrea Ihl

Andrea Ihl ist Illustratorin und Designerin. In ihrer Arbeit beschäftigt sie sich gerne mit einer großen Bandbreite sozialer und politischer Themen. In verschiedensten Formaten vereint sie dabei experimentelles Storytelling mit durchdachten und ergreifenden Bildern, die die Nuancen von komplexen Sachinhalten bis hin zu persönlichen Geschichten zu fassen versuchen.

Mit 15 Jahren sah Dubja die Dörfer ihrer Heimat brennen. Sie wurde wie 8,4 Millionen andere nach Deutschland verschleppt.
»ALS ICH ANKAM, WAR ALLES SCHON NIEDERGEBRANNT. ICH HAB NUR NOCH DIE GEDÄRME DER VERWUNDETEN GESEHEN.«
Mit vorgehaltener Waffe wurden sie in Güterwagons gezwängt, ihre nackten Körper untersucht und gereinigt, um von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung eingeteilt zu werden.
Und so begann das unfreiwillige Leben als Zwangsarbeiterin zur Schonung der »wertvollen Glieder des deutschen Volkes«.
»ICH HABE IHNEN NICHT GEHOLFEN ... SO EIN DRECKSSTÜCK WAR ICH ...«
»DIE KÄUFER WÄHLTEN UNS AUS. WIE KÜHE HABEN SIE UNS VERKAUFT.«
Dubja wurde 1942 für die Arbeit im Haushalt und auf dem Hof einer Familie ausgewählt, in einem Dorf in der Nähe von Stuttgart.
»ER SAGTE: WIR BRAUCHEN EINE HAUSFRAU, BEI UNS GIBT ES KEINE FRAUEN MEHR. ZUM KOCHEN, SPÜLEN, FÜR DIE FELDARBEIT UND ZUM KÜHE MELKEN.«

Sie arbeitete Tag für Tag, stundenlang, ohne Pause, ohne Ruhe.
»Mein Schweiß floss in Strömen. Ich habe all diese Rüben gepflanzt, habe mir die Finger wund geschürft.«
»Die Kühe waren wie Stein, mir sind die Finger abgestorben. Ich habe gemolken und gemolken und gemolken. Mir sind die Tränen aus den Augen geflossen.«
Sie war der Gewalt und der Wut der Hausherrin sowie den Übergriffen der anderen Feldarbeiter und deutschen Männern ausgesetzt.
»Waschen durfte ich mich kaum, meine Haare verfilzten, ich bekam Läuse ...
... sie hat mir die Haare zerschnitten.«
»Er hat mich gepackt und wollte mich zu Boden werfen. Eine Russin ... die kann doch ficken, wer will, oder?«
Ungefähr 20 Millionen Zwangsarbeiter*innen wurden am Ende des Krieges durch die Alliierten befreit. Ein Teil starb an den Folgen der Ausbeutung.
»Ich wollte sterben. Ich wollte mir die Füße abhacken, um nach Hause geschickt zu werden.«
Heimgekehrte Sowjetbürger*innen, darunter Dubja, wurden der Kollaboration mit den Deutschen bezichtigt.
»Sie nannten mich: die deutsche Hure.«
Deutsche Betriebe sowie die Regierung leugneten das Geschehene. Erst 65 Jahre nach Kriegsende erhielten manche Überlebende eine Entschädigung.
Dubja wurde erst im hohen Alter finanziell entschädigt. Der Rest ihrer Familie, ebenfalls Zwangsarbeiter*innen, ging wie viele andere leer aus.

„Blutzufuhr“

Die Verschleppung und Zwangsgermanisierung von Kindern aus den besetzten Gebieten

Als der Verein Lebensborn e. V. im Jahr 1935 von Heinrich Himmler gegründet wurde, war die rassenpolitische Ideologie in seiner Satzung klar ersichtlich: Der Verein sollte als Gegenpol zur Vernichtung „rassisch minderwertigen Lebens“ agieren und die Förderung von „wertvollen“ Leben als Kernaufgabe erfüllen. Dass der Verein letzten Endes jedoch mehr tat als „rassisch und erbbiologisch wertvolle“ kinderreiche Familien zu unterstützen, Kriegswitwen unterzubringen und sich um deren Kinder zu kümmern, enthüllen erst Forschungen der letzten beiden Jahrzehnte. Sie zeigen, wie der Lebensborn geraubte Kinder als „Blutzufuhr“ für den deutschen Volkskörper betrachtete, indem er sie ihrer Herkunft entriss, um sie in das nationalsozialistische „rassische“ Konzept zu integrieren. Und schließlich führen die Forschungen zu den Spuren geraubter Kinder, die bis ins Umsiedlerlager Parsch (Fürbergstraße) in der Stadt Salzburg reichen.

Ein Beitrag von Cassandra Burgstaller.

Auswahl der Kinder

Sogenannte „Rasse-Experten“ der SS hatten im Auftrag Himmlers die Aufgabe, die besetzten Gebiete nach „eindeutschungsfähigen“ Kindern zu durchsuchen und diese im Anschluss ins Deutsche Reich zu verschleppen. Obwohl Himmler bereits im Jahr 1939 den Befehl gab, im eroberten Polen ebenfalls Lebensborn-Heime zu errichten, entstanden in Polen – anders als im besetzten Norden – keine Lebensborn-Heime. Die insgesamt elf Lebensborn-Heime in Norwegen hatten hingegen ab 1941 die Aufgabe, den Kindern deutscher Soldaten mit einheimischen Norwegerinnen einen Platz zu bieten, um sich ohne „fremdvölkische Elemente“ entwickeln zu können und für deren Mütter eine sichere, „kontrollierte“ Umgebung für die Entbindung zu gewährleisten.

Daher sollten Kinder, deren „rassisch einwandfreies“ Aussehen auf „nordische“ Eltern schließen ließ, wieder dem „Deutschtum“ zugeführt werden.

© akg-images / TT News Agency

Säuglingszimmer in einem Lebensborn-Heim.

Jedem Kind wurde ein neuer „eingedeutschter“ Name zugeteilt.

So wurden in den besetzten Gebieten – vor allem in Polen, später aber auch in Jugoslawien, Rumänien und Tschechien – zunächst zwei- bis zwölfjährige Waisenkinder nach „rassischen“ Kriterien bewertet und schließlich in eine Einrichtung des Lebensborn-Vereins gebracht. Der Verein rechtfertigte diese Vorgehensweise mit der Behauptung, dass Nachforschungen ergeben hätten, dass Polen bis zum Kriegsausbruch alle Waisenkinder deutscher Abstammung systematisch als „Findelkinder“ unter polnischen Namen in polnische Waisenhäuser gebracht habe. Daher sollten Kinder, deren „rassisch einwandfreies“ Aussehen auf „nordische“ Eltern schließen ließ, wieder dem „Deutschtum“ zugeführt werden. Dies führte auch zu einer bis heute andauernden Verschleierung dieser Verbrechen: Geraubte Kinder wurden in den Akten nicht als „eindeutschungsfähige“ polnische Kinder bezeichnet, sondern vielmehr als deutsche Waisenkinder aus den „wiedergewonnenen“ Gebieten.

Im zweiten Schritt wurden auch sämtliche Pflegefamilien systematisch kontrolliert. Die Untersuchungen der Pflegekinder waren als ärztliche Routineuntersuchung getarnt, tatsächlich wurden die Kinder aber einer „rassischen“ Musterung unterzogen und bei entsprechendem Ergebnis dem Gaujugendamt überstellt, um sie dort für eine spätere Verteilung auf Familien in Deutschland und Österreich vorzubereiten. Neben den Waisen, Halbwaisen und unehelichen Kindern aus Pflegeeinrichtungen gerieten auch Kinder, deren Eltern verhaftet worden waren, in den Fokus des Lebensborn-Vereins.

Die Papiere bzw. Herkunftsnachweise aller verschleppten Kinder wurden vernichtet und die Geburtsdaten wurden geändert – je jünger die Kinder, desto „einfacher“ war es, deren Vergangenheit auszulöschen, da die Kinder selbst wenig bewusste Erinnerungen an ihre Herkunft hatten. Eine weitere Gruppe von Kindern, die nach „rassischen“ Kriterien überprüft wurde, waren Kinder von Widerstandskämpfer*innen bzw. Partisan*innen. Eltern und weitere Familienangehörige wurden oft ermordet oder in ein Konzentrationslager verschleppt. So wurden auch die 88 überlebenden Kinder des Massakers von Lidice (1942, etwa 20 km westlich von Prag) in Litzmannstadt „überprüft“. Sieben von ihnen wurden als „eindeutschungsfähig“ beurteilt. Die übrigen 81 Kinder wurden in das Vernichtungslager Chełmno gebracht und ermordet.

Bevor die „rassisch tauglichen“ Kinder auf Pflegefamilien aufgeteilt wurden, kamen sie in sogenannte Übergangsheime bzw. Assimilierungsheime. Diese fungierten als Sammelstelle, in denen die Kinder abermals gemustert und endgültig für „eindeutschungsfähig“ erklärt wurden. ›

© akg-images / WHA / World History Archive

Krankenschwester vor einem Lebensborn-Heim mit SS-Flagge.

Anschließend wurden sie in verschiedene Gaukinderheime weitertransportiert. Auf dem Gebiet der „Ostmark“ gab es zwei Anstalten des Lebensborn-Vereins: das Entbindungsheim „Wienerwald“, errichtet 1938 im niederösterreichischen Feichtenbach-Pernitz, und das 1943 im ehemaligen Schloss Oberweis eröffnete Kinderheim „Alpenland“ in Gmunden in Oberösterreich. Beide Gebäude waren vor der Beschlagnahmung in jüdischem Besitz. Unter den 230 – hauptsächlich polnischen – Kindern, die zwischen September 1943 und April 1945 im Kinderheim „Alpenland“ festgehalten wurden, befanden sich auch mindestens zwei tschechische Kinder aus Lidice.

Ankunft in Salzburg

Da sich Letzteres jedoch bis Herbst 1943 in der Umbauphase befand und keine Kinder aufnehmen konnte, wurden zahlreiche verschleppte Kinder

Entwurzelt, ihrer Sprache beraubt, entfremdet.

zunächst in das „Umsiedlerlager“ Parsch (in der Nähe der heutigen Mauracherstraße 3–9) in Salzburg gebracht. Ab 1941 trafen hier nicht nur „Volksdeutsche“ aus Siebenbürgen und Polen ein; im Sommer 1943 wurden hier „eindeutschungsfähige“ Kinder aus Polen „zwischengeparkt“, bis sie auf österreichische Pflegefamilien aufgeteilt wurden. Für diese Jungen und Mädchen war Salzburg nur eine weitere Station ihrer qualvollen Reise. Von hier sollten sie nun an ostmärkische Pflegeeltern vermittelt und an verschiedene Orte im „Reichsgau“ verteilt werden.

Das „Umsiedlerlager“ in Parsch fungierte also als Schaltstelle für die „Eindeutschung“ polnischer Kinder. Als „rassisch wertvoll“ geltende Kinder wurden aufgenommen, erhielten eine Namensänderung, und auch die Verteilung an Pflegefamilien wurde hier koordiniert. Während im Kinderheim „Alpenland“ in Oberweis der Verein Lebensborn für die Verwaltung zuständig war, unterstand das „Umsiedlerlager“ in Parsch der „Volksdeutschen Mittelstelle“. Das „Umsiedlerlager“ in Parsch nahm damit eine besondere Funktion ein, da sich der Verein Lebensborn hier anders als in anderen Regionen des Deutschen Reichs zurückhielt und die Verteilung der Kinder sowie die Suche nach Pflegeeltern beinahe gänzlich den regionalen Behörden überließ – in diesem Falle dem „Höheren SS- und Polizeiführer Alpenland“ unter Heinrich Obersteiner sowie dem Gaujugendamt.

Die Kinder in Parsch wurden von den anderen Lagerinsass*innen, hauptsächlich „volksdeutschen“ Familien, getrennt untergebracht. Sie wurden bewacht und durften das Lager nicht verlassen. Nicht nur war jeder Briefkontakt mit Angehörigen in Polen untersagt, die Kinder mussten sich einem intensiven Deutschunterricht

unterziehen. Jungen wurden paramilitärisch geschult und das Sprechen polnischer bzw. nicht deutscher Wörter wurde schwer bestraft. Schließlich verloren die Kinder ihre letzte Verbindung zu ihrer wahren Herkunft: ihren Namen. Jedem Kind wurde ein neuer „eingedeutschter" Name zugeteilt. Auch dies folgte einer menschenfeindlichen, „rassenpolitischen" Logik: Der neue Name sollte dem ursprünglichen angepasst werden, die Anfangsbuchstaben des Namens blieben erhalten und wurden „verdeutscht" bzw. dem Klang der deutschen Sprache angepasst. Unterschiedlich schnell verließen die Kinder das „Umsiedlerlager" wieder und wurden von ihren Pflegeeltern abgeholt. Auch diese Verteilung geschah nicht einheitlich: Teilweise wurde eine Gruppe Kinder zum Salzburger Bahnhof gebracht, wo zahlreiche Männer und Frauen warteten, um sich an Ort und Stelle „ihr" Kind auszusuchen. Einzelnen Pflegefamilien war es gestattet, sich direkt im Lager unter allen anwesenden Kindern eines auszusuchen. Auffallend ist, dass es sich meist um Pflegeeltern aus ländlichen bzw. Bergregionen im „Reichsgau" Salzburg handelte – viele der Familien unterhielten einen landwirtschaftlichen Betrieb.

Das „Verschwinden" des „Umsiedlerlagers" nach 1945 in Parsch geht Hand in Hand mit der Unsichtbarmachung der Opfergruppe der geraubten Kinder. Die Gewalt, die diesen angetan wurde, ist schier unbegreiflich. Als Opfergruppe wurden diese Kinder erst sehr spät anerkannt, eine gesetzliche Wiedergutmachung steht bis heute aus. Viele Menschen erfuhren erst im hohen Alter von ihrer wahren Herkunft, die meisten niemals. Jene, die bei der Verschleppung alt genug waren und sich nach 1945 noch an ihre Herkunft erinnerten, wurden im Zuge von Reparationsmaßnahmen zurück in ihre – ihnen nun oftmals fremdgewordene – Heimat geschickt. Sie wurden ein wiederholtes Mal entwurzelt und zwangsweise aus ihrer gewohnten Umgebung gerissen. Entwurzelt, ihrer Sprache beraubt, entfremdet. In der Heimat gab es für viele keine lebenden Familienangehörige mehr, sie beherrschten ihre Muttersprache nicht mehr und kamen so – erneut als Außenseiter – in Kinderheime.

Ohne das Zusammenspiel zwischen zahlreichen Behörden, Ärzt*innen, Heimleitungen und zahlreichen weiteren Personen hätte der Lebensborn-Verein die Spuren tausender verschleppter Kinder nicht so erfolgreich auslöschen können.

Unsichtbare Opfer?

Die systematische Vernichtung einschlägiger Akten des Vereins sowie die bereits zuvor professionell gesteuerte Verschleierung der Herkunft der Kinder lässt eine Quantifizierung der Opferzahl aus heutiger Sicht nicht zu. So ist die genaue Zahl der Kinder, die von den Nationalsozialisten aus den besetzten Gebieten geraubt und „zwangsgermanisiert" wurden, heute nicht mehr feststellbar. Schätzungen von Historiker*innen gehen in die Zehntausende, manche sprechen sogar von über zweihunderttausend geraubten Kindern aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Jugoslawien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, der Sowjetunion sowie aus der Tschechoslowakei.

Bis heute bleibt das Leid dieser Kinder vielerorts unsichtbar. Auch in der Fürbergstraße in der Stadt Salzburg, am Ort des ehemaligen „Umsiedlerlagers", sucht man vergeblich nach einem Erinnerungszeichen für diese Opfer. △

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Thomas Bryant, Himmlers Kinder. Zur Geschichte der SS-Organisation „Lebensborn" e.V. 1935 – 1945, Wiesbaden 2011.

Ines Hopfer, Geraubte Identität. Die gewaltsame „Eindeutschung" von polnischen Kindern in der NS-Zeit, Wien / Köln / Weimar 2010.

Georg Lilienthal, Der „Lebensborn e.V.". Ein Instrument nationalsozialistischer Rassenpolitik, Frankfurt am Main 2003.

© Cassandra Burgstaller

Cassandra Burgstaller ist Masterstudierende der Geschichtswissenschaften und Studienassistentin im Bereich Globalgeschichte an der Universität Salzburg. Sie ist Teammitglied von APC.

Fehlende Erinnerungsorte in Salzburg

Die Verbrechen des Nationalsozialismus waren etwas Alltägliches. Ob in der Stadt oder auf dem Land, überall entstanden neue Orte, in denen Menschen eingesperrt wurden, oft schwere Zwangsarbeit leisten mussten oder ermordet wurden. Aber auch bereits bestehende Einrichtungen wie Krankenhäuser und Polizeidirektionen wurden zu Orten des Verbrechens. Nicht an alle wird heute erinnert.
Diese Karte soll exemplarisch auf die verschiedenen Verbrechen und deren Opfer hinweisen.

Salzburg Land

Kriegsgefangenenlager

1. **Bad Gastein. Kaiserrin-Elisabeth-Promenade/Flur Hirschau 43/3**
2. **Mauterndorf. Brunnenplatz 2**

Mischform-Lager

1. **Bergheim. Dorfstraße und Langwiesweg** RAD-Lager für Kriegsgefangene, Umsiedler*innen und Zwangsarbeiter*innen, Auffanglager DAF, Arbeitslager Universale
2. **Kaprun. Mooserbodenstraße 23** Lager für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innenlager
3. **Hallein. Gamperstraße/Zatloukal-straße 13** Lager für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen
4. **Mühlbach am Hochkönig. Mandl-wandstraße 104** Lager für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen

KZ-Außenlager

1. **Mittersill. Thalbach 1** Außenlager des KZ Mauthausen auf Schloss Mittersill
2. **Zell am See. Stubach 82** „AL Weißsee“, Außenlager des KZ Dachau
3. **Fischhorn. Zellerstraße 38** „AK Fischhorn“ im Schloss Fischhorn, Außenkomando des KZ Dachau
4. **Hallein. Lager drei Kilometer von Hallein an der Landesstraße nach Adnet** im Steinbruch. „AL Hallein“, Außenlager des KZ Dachau

Salzburg Stadt

Kriegsgefangenenlager

3. **Bahnhof Gnigl**
4. **Fürbergstraße**
5. **Guggenmoosstraße**
6. **Alois-Stockinger-Straße**

Mischform-Lager

5. **Volksgarten** Lager für französische und sowjetische Kriegsgefangene und "ausländische" Zivilarbeiter*innen
6. **Kleßheimer Allee/Siezenheimer Straße** RAD-Lager Heeresbekleidungsamt, Arbeitserziehungslager für Frauen („Ostarbeiterinnen“) und Lager für 300 sowjetische Kriegsgefangene
7. **Fürbergstraße** Umsiedlerlager Parsch und geraubte, zwangsgermanisierte Kinder

Siehe S. 18

8. **Siezenheimer Straße** Lager für Kriegsgefangene und Zivilarbeiter*innen

KZ-Außenlager

5. **Steingasse 43** Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen
6. **Hellbrunner Allee** „AK Salzburg Polizeidirektion“, Außenlager des KZ Dachau
7. **Kapitelplatz** „AK Salzburg Kapitelplatz“, Außenlager des KZ Dachau
8. **Rudolfsplatz** Sammellager im Polizeigefängnis, Abstransporte in KZs

Zwangsarbeitslager

1. **Klessheim 1 C** (Zwangs)arbeitslager Schloss Kleßheim
2. **Söllheimer Straße 16** Zwangsarbeitslager der Glockengießerei Oberascher
3. **Innsbrucker Bundesstraße 38 C** DAF-Lager Aiglhofgründe
4. **Erzherzog-Eugen-Straße** „Durchgangs- und Auffanglager Itzling“
5. **Weiserstraße** Zwangsarbeitslager des Tiefbauunternehmens Rosenberger
6. **Rochusgasse 19** Kleinlager Stieglbrauerei: Kleines Zwangsarbeitslager

DP-Camp

1. **Lindhofstraße 7** Camp Mülln
2. **Schrannengasse 1** Camp Herzl
3. **Sinnhubstraße 3** Camp Judah

Orte NS-„Euthanasie“

1. **Ignaz-Harrer-Straße 79 D, Christian-Doppler-Klinik** Transporte in die Tötungsanstalt Hartheim

Folgen Sie dem QR-Code, um mehr über die einzelnen Orte in Erfahrung zu bringen.

Salzburg Karte: © maps.stadt-salzburg.at/

LITERATUR UND WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

Thomas Weidenholzer / Albert Lichtblau,
Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus.
Leben im Terror. Verfolgung und Widerstand,
Salzburg 2012.

Christian Strasser / Gerald Lehner / Susanne Rolinek, Im Schatten der Mozartkugel,
Salzburg / Wien 2005.

Cassandra Burgstaller, „Gästehaus des Führers“ und Arbeitslager. Schloss Kleßheim 1938-1945,
Bachelorarbeit Paris Lodron Universität Salzburg 2023.

Bundesdenkmalamt

Mauthausen Memorial/
Außenlager

Legende

- Kriegsgefangenenlager
- Mischform-Lager
- KZ-Außenlager
- Zwangsarbeitslager
- DP-Camp
- Orte NS-„Euthanasie“

Intimität im Konzentrations-lager

Für Inhaftierte in Konzentrationslagern war der Zusammenhang von Gewalt und Intimität ein integraler Aspekt ihrer Verfolgungserfahrung. Intime Beziehungen, Emotionen, das Ausbleiben der Menstruation oder sexualisierte Gewalt: Die angesprochenen Themen sind vielfältig. Obwohl Gender, Sexualität und Fragen von Intimität heute nicht länger marginalisiert werden und seit Jahrzehnten dazu geforscht wird, sind weiterhin viele Fragen offen.

Ein Überblick von Florian Zabransky.

Thematischer Zugang

Die Beschäftigung mit Intimität und Sexualität im Konzentrationslager begann unmittelbar mit der Befreiung. Vertieft leisteten und leisten seit den 1980er Jahren Forscher*innen wie Joanne Ringelheim, Dalia Ofer, Doris Bergen oder Anna Hájková Pionierarbeit in der Analyse von Intimität(en). Darunter verstehe ich neben Sexualität und Emotionen über Identitäten oder Praktiken hinaus u. a. (Liebes-)Beziehungen, sexualisierte Gewalt und Demütigungen, intimen Tauschhandel oder auch Homophobie. Dieses offene, nicht statische Verständnis ermöglicht eine grundlegende Auseinandersetzung mit sozialen Dynamiken und der Alltagsgeschichte der Inhaftierten in Bezug auf Intimität. Darüber hinaus gelangen so Themen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die bislang wenig bekannt waren.

Obgleich Intimität im Lager vielfältige Aspekte und Formen umfasst, ist in diesem Zusammenhang der relevanteste Punkt ihre Zerstörung.

Die Quellen, auf die bei der Erforschung von Intimität(en) zurückgegriffen werden kann, sind sehr umfassend. Mitunter handelt es sich jedoch um kleine Puzzleteile, die nicht systematisch zugänglich sind. Während häufig in *Oral History-Interviews* entsprechende Indizes existieren, finden sich in Memoiren oder *Testimonies* eher zufällig Beschreibungen – sei es implizit in wenigen Sätzen oder detailliert, wenn etwa auf eine Liebesbeziehung eingegangen wird.

Die Zerstörung der Intimität im Lager

Obgleich Intimität im Lager vielfältige Aspekte und Formen umfasst, ist in diesem Zusammenhang der relevanteste Punkt ihre Zerstörung. Funktionshäftlinge, Kapos oder Inhaftierte mit mehr Privilegien konnten im Lager sexuell aktiv sein oder Liebesbeziehungen führen. Dabei handelte es sich jedoch um eine kleine Minderheit in der Lagergesellschaft. Ein Großteil, Männer wie Frauen, erlebte (sexuelle) Demütigungen, das Ausbleiben der Menstruation, die Unmöglichkeit der Erektion, Zwangssterilisierungen, Gewalt gegen Geschlechtsteile, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Eine häufige Konsequenz dieser Gewalt war die Angst und Schwierigkeit, nach der Befreiung eine*n Partner*in zu finden und Erwartungen, beispielsweise eine Familie zu gründen, zu erfüllen. In den Jahren nach der Befreiung herrschte während des *baby booms* in den DP-Camps neben dem *survivor's guilt* die Angst vor, keine Kinder zeugen oder gebären zu können.

Marion Kaplan beschreibt die Erfahrung von Jüdinnen*Juden in Nazideutschland in den 1930er Jahren als einen *sozialen Tod*.

© Ghetto Fighters' House Museum, Art Collection

Elena Pungiglione: Solidarity.

© Richard Mortel

Die räumliche Enge der Häftlingsunterkünfte, wie hier im Ghetto Theresienstadt, ließ wenig Platz für Privatsphäre.

Es ist von einem intimen Tod der meisten Insass*innen in Konzentrationslagern auszugehen.

In Anlehnung daran ist von einem intimen Tod der meisten Insass*innen in Konzentrationslagern auszugehen. Dieser richtete sich zusätzlich gegen lebende Inhaftierte und traf sie umstandslos. Es ist nicht bekannt, dass sexuelle Demütigungen als Teil der Entmenschlichung in bürokratischen Plänen eine Rolle spielten. Vielmehr ist davon auszugehen, dass dies als eine „natürliche“ Konsequenz der Lagerstrukturen und Gewalt anzusehen ist und damit als integraler Prozess der Vernichtung, die dem physischen Tod vorausging. Ebenso wenig ist davon auszugehen, dass systematisch das Essen in Frauenlagern mit Mitteln versetzt wurde, wie in manchen Überlebendenberichten insinuiert, um die Fruchtbarkeit von Frauen zu zerstören. Das Ausbleiben ist eher auf die Gewalterfahrungen, Mangelernährung und den Schock der Einlieferung zurückzuführen. Die Konsequenzen waren jedoch dieselben: Verlust von Weiblichkeit, Ängste und ein direkter Angriff auf die Intimität der Frauen.

Ebenso berichten viele Männer, dass an (sexuelle) intime Beziehungen nicht mehr zu denken war. Gewalt und Hunger führten zu ausbleibender Erektion oder dem fehlenden Willen, überhaupt Beziehungen – soweit möglich – einzugehen. Die Intimität der Inhaftierten spielte in den Augen der Aufseher*innen aber dennoch eine Rolle. So übte die SS häufig Gewalt gegen Geschlechtsteile aus, etwa mit brutalen Schlägen gegen Hoden oder Penis; sexuelle Demütigungen umfassten aber auch erzwungenen Sex mit Frauen oder die Gegenüberstellung von Frauen aus dem „Lagerbordell“ und inhaftierten Männern: sexualisierte Gewalt, die sich gegen Frauen wie Männer richtete. Im Lagerbordell werden die Ambivalenzen von Sexualität(en) im NS-System sichtbar. In zehn Konzentrationslagern errichtete die SS Bordelle; der Besuch war für privilegierte Inhaftierte als „Prämie“ vorgesehen. Tatsächliche Konsequenz war jedoch die brutale Ausbeutung der betroffenen Frauen, die oft mit dem Schwarzen Winkel stigmatisiert waren; und die Perpetuierung der Lagerhierarchie, die es ausgewählten Männern erlaubte, sexuell aktiv zu sein.

Jüngere und privilegierte Inhaftierte konnten hingegen selbstbestimmter sexuell aktiv sein. Insbesondere Berichte aus Auschwitz oder auch Sobibor lassen auf regelmäßige heterosexuelle Kontakte zwischen den Personen, die von den NS-Täter*innen nicht direkt ermordet wurden, schließen. Die Gründe dafür sind vielfältig und umfassen neben Eskapismus und Trost unter anderem den Wunsch nach Nähe und Zweisamkeit sowie die Hoffnung, mit dem Gegenüber gemeinsam zu überleben. ›

© wikimedia/Bundesarchiv, Bild 192-174 / CC-BY-SA 3.0

Das Lagerbordell im KZ Gusen (ca. 1942).

Agency, die Handlungsmacht der Betroffenen, spielte in der Auseinandersetzung mit Frauen im Holocaust eine besondere Rolle.

Piepel-Beziehungen in den Lagern

Ein weiterer Aspekt von Intimität, der die Strukturen und Gewaltförmigkeit in Konzentrationslagern aufzeigt, sind Piepel-Beziehungen in den Lagern. Ich habe mich dafür entschieden, diese als „Beziehung" zu charakterisieren, auch wenn sie geprägt von sexualisierter Gewalt waren. In Piepel-Beziehungen beuteten Funktionshäftlinge, meist Kapos, die etwa Baracken vorstanden, männliche Kinder und Jugendliche sexuell aus. Darüber hinaus nahmen die Betroffenen Rollen ein, die im Privaten häufig mit der Sphäre der „Hausfrau" konnotiert sind: Sie kochten, putzten oder räumten für „ihren" Kapo auf. Diese Beziehungen sind ambivalent und kritisch zu betrachten: Natürlich handelte es sich um eine gewaltvolle Zwangsbeziehung, die Vergewaltigung und andere Formen (sexualisierter) Gewalt umfasste. Überlebende berichten jedoch, dass sie aufgrund der Piepel-Beziehung überlebten und etwa Familienmitglieder mit Essen versorgen konnten. In diesem Kontext geht es dabei nicht um eine positive Deutung, sondern um die kritische Analyse verschiedener gewaltförmiger Beziehungen und die Frage, wie die Betroffenen damit umgingen. Ein Fokus auf die *agency* zeigt dabei verschiedene Strategien und Handlungsmöglichkeiten auf.

Piepel-Beziehungen werden in Überlebendenberichten und in literarischer Form beschrieben. Omer Bartov bezeichnet in diesem Zusammenhang Bücher wie von Yehiel De-Nur (auch bekannt unter seinem Pseudonym Ka-Tzetnik 135633) als *Kitsch*. Dabei finden sich in De-Nurs Buch *Piepel*-Inhalte, wie sie in zahlreichen anderen *Testimonies* und Memoiren vorhanden sind. Das kritische Zusammenfügen der verschiedenen Quellen lässt somit eine Rekonstruktion der Piepel-Beziehungen zu.

Während in diesem Zusammenhang auch auf *Testimonies* von nicht betroffenen Überlebenden zurückgegriffen werden kann, erklären und beschreiben diese Piepel-Beziehungen häufig homophob. Tatsächlich erklären viele Überlebende die Vergewaltigungen und sexualisierte Gewalt über die vermeintliche und zugeschriebene sexuelle Identität der Täter und Betroffenen. Die Struktur und gewaltvollen Prozesse der sozialen Dynamiken im Lager verschwinden so aus dem Blick und leisten problematischen Erklärungsmodellen Vorschub.

Ausblick

Agency, die Handlungsmacht der Betroffenen, spielte insbesondere im angelsächsischen Raum in der Auseinandersetzung mit Frauen im Holocaust eine besondere Rolle. Dieser Umstand führte dazu, dass bis heute Fragen von Intimität oder Emotionen eher mit Frauen verbunden werden. Im Gegensatz dazu scheinen Männer geschlechtslos. In diesem Zusammenhang die Geschlechtlichkeit von Männern und Geschlechterbeziehungen grundlegend sichtbar zu machen, ist nicht nur in der Erforschung der Lager, sondern etwa auch in der pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Thema ein Desiderat. Zudem ist davon auszugehen, dass im homosozialen Raum der Männerlager konsensuelle gleichgeschlechtliche Beziehungen stattfanden, über die kaum etwas bekannt ist. Queere Ansätze über statische Zuschreibungen von Sexualität liefern in diesem Kontext erste Erkenntnisse. Zahlreiche Personen setzen sich zudem vermehrt mit der Intimität der Verfolgten auseinander, dazu gehört auch, über die (oft auch in den Quellen festgeschriebene) Zweigeschlechtlichkeit hinaus Transgeschichte in den Blick zu nehmen. △

ZUM WEITERLESEN:

Joan Ringelheim, Women and the Holocaust: A Reconsideration of Research, in: Signs 10/4 1985.

Dalia Ofer / Leonore J. Weitzman (Hg.), Women in the Holocaust, New Haven 1998.

Anna Hájková, The Last Ghetto: An Everyday History of Theresienstadt, Oxford 2020.

Florian Zabransky promovierte an der University of Sussex zum Thema jüdische Männlichkeit(en) und Intimität(en).

INTERVIEW

Angehörigenarbeit an der Dokumentationsstelle Hartheim

Peter Eigelsberger ist seit 2009 Leiter der *Dokumentationsstelle Hartheim* und als solcher neben zahlreichen anderen Tätigkeiten im Bereich der Dokumentation auch mit dem Kontakt zu Angehörigen von Menschen betraut, die im Zuge der NS-„Euthanasie" in der Tötungsanstalt Schloss Hartheim in Alkoven bei Linz/Oberösterreich ermordet wurden. Er unterstützt bei der Recherche zu Menschen, die oft über Generationen nicht Teil des familiären Gedächtnisses waren oder über deren Ermordung aus Scham lange gar nicht oder kaum gesprochen wurde. Im Gespräch mit **Antonia Winsauer** berichtet er von diesem Aspekt seiner Arbeit.

Mit welchen Anliegen abseits wissenschaftlicher Recherche wenden sich Menschen an die Dokumentationsstelle?
Im Grunde gehen die Anfragen weit über das Forschungsfeld hinaus. Man kann sagen, dass wir eine Anlaufstelle für Menschen geworden sind, die Verwandte suchen, die während der NS-Zeit in Psychiatrien waren. Wir haben uns in den letzten Jahren eine große Expertise angeeignet und können, auch wenn die gesuchten Familienmitglieder nicht hier in Hartheim ermordet wurden, recht kompetent weiterhelfen. Es ist auch immer gut zu wissen, in welchem Bundesland man sucht, da die NS-Psychiatrie regional organisiert war. Wenn beispielsweise eine Person aus Oberösterreich oder aus Linz medizinisch-psychiatrische Hilfe oder Betreuung brauchte, kam sie in die Psychiatrie Niedernhart in Linz. Wenn Patient*innen aus Niederösterreich stammten, kamen sie nach Mauer-Öhling oder nach Gugging und so weiter. Das ist immer recht überschaubar und man weiß dann recht schnell, in welche Richtung man weitersuchen kann.

Siehe Alpendistel #5 S. 44

Existiert eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, auch auf interdisziplinärer Ebene?
Relativ neu sind unsere Kontakte im archäologischen Bereich, vor allem mit dem Institut für Archäologie der Uni Wien, wegen der Fundobjekte, die 2001 hier auf dem Gelände entdeckt wurden. Eine andere, bereits lange bestehende interdisziplinäre Zusammenarbeit ist jene im Bereich der Krankenpflegeausbildung. Hier entwickelten wir ein eigenes Format für Pflegeberufe, und in diesem kommen wirklich sehr viele Gruppen zu uns, aus Österreich wie aus Deutschland. ›

Ganz anders schaut es da in der akademischen Ausbildung von Mediziner*innen aus: Ein Besuch an einer Gedenkstätte wie unserer ist leider überhaupt nicht im Curriculum enthalten, obwohl es doch immens wichtig wäre, dass die angehenden Ärzt*innen damit konfrontiert werden, was ihre Vorvorgänger*innen mit Menschen gemacht haben. Nur selten gibt es Lehrveranstaltungen der MedUni, bei denen eine Exkursion zu uns geplant ist und durchgeführt wird.

Wie hoch ist ungefähr der Anteil der Besucher*innen der Dokumentationsstelle, die Angehörige von Opfern der NS-„Euthanasie" sind oder dies vermuten und deshalb Kontakt mit Hartheim aufnehmen?

Da wir das nicht statistisch erfassen, kann ich es nicht ganz genau sagen. Aber uns erreichen schon mehrere solcher Anfragen pro Woche, sodass wir pro Jahr hier klar in den dreistelligen Bereich kommen. Am häufigsten werden wir per E-Mail kontaktiert. Die Menschen sind auch immer herzlich eingeladen, zu uns zu kommen. Wir machen uns dann einen Termin aus, damit man sich ein bisschen Zeit nehmen kann, etwa für einen gemeinsamen Rundgang durch die Gedenkstätte. Was mir auffällt, ist, dass die Anfragen eher mehr als weniger werden. Das hat vermutlich damit zu tun, dass es mittlerweile mehrere Nachkommensgenerationen sind, die sich mit der eigenen Familiengeschichte auseinandersetzen. Diese haben die Scheu verloren, sind auch recht internetaffin, neugierig, und schämen sich nicht, dass sie Menschen in der Familiengeschichte haben, die psychisch krank waren.

Woher stammen die Anfragen der Angehörigen?

Die sind international. Mit Englisch kommt man bei den Anfragen schon recht weit, und als ein großer Vorteil bei der Kommunikation mit Angehörigen per E-Mail taten sich in den letzten Jahren diverse Übersetzungsprogramme hervor. So konnte ich beispielsweise vor einiger Zeit einem älteren Herrn aus Frankreich weiterhelfen, der weder Deutsch noch Englisch konnte. Ich selbst spreche kein Französisch.

Peter Eigelsberger beim Interview im Seminarraum der Gedenkstätte Schloss Hartheim im Juli 2024.

Wie sehr prägt die Korrespondenz mit und der Besuch von Angehörigen von in Hartheim Ermordeten deinen Arbeitsalltag?

Diese Frage ist gar nicht so leicht zu beantworten, da sich vieles einfach überschneidet. Ich würde grob schätzen, dass der Kontakt mit Angehörigen etwa ein Viertel meiner täglichen Arbeitszeit einnimmt. Wenn Anfragen reinkommen, versuche ich natürlich, diese möglichst unmittelbar zu beantworten. Hier in Hartheim sind wir in der privilegierten Situation, dass die Dokumentationsstelle speziell für solche Angelegenheiten zuständig ist. In anderen Gedenkstätten für die Opfer der NS-„Euthanasie" gibt es eine solche Trennung nicht – da ist die jeweilige Gedenkstätte immer auch gleich Dokumentationsstelle. Noch dazu sind die Gedenkstätten in Deutschland oft auch personell schlechter aufgestellt als wir es hier in Hartheim sind.

Du hast bereits angemerkt, dass der Zugang von Angehörigen, die einer jüngeren Generation angehören, ein anderer ist als bei Nachkommen der ersten oder zweiten Generation. Welche Gründe stecken deiner Meinung nach dahinter?

Ich denke einfach, dass, je weiter entfernt man verwandt ist, man sich im Umgang leichter tut. Der Großteil der Opfer hier im Schloss Hartheim waren ja Menschen mit psychischen Erkrankungen. Und diese waren immer und sind auch noch heute oft ein gesellschaftliches Tabuthema. Jene Menschen, die wie hier im Schloss Hartheim ermordet wurden, zählen zu den vergessenen Opfern. Viele der unmittelbaren Verwandten zündeten damals für ihre sich in der NS-Psychiatrie ermordeten Angehörigen Kerzen an und gedachten diesen wie man auch Männern, die als Soldaten im Krieg geblieben sind, gedachte. Und irgendwann wurde dann vergessen, wer die Person auf dem Foto neben dem

Die Gedenkstätte *Schloss Hartheim*.

Heiligenbild ist. Es wurde auch kaum über diese Menschen gesprochen in der Familie. Und die dritte oder vierte Generation stolpert jetzt vielleicht über ein Dokument wie etwa eine Sterbeurkunde, googelt und recherchiert in vielen Fällen erstmal, was „Hartheim“ überhaupt für ein Ort ist, und geht dann dem Verdacht nach, dass hier jemand aus der Familie getötet worden sein könnte. Meiner Erfahrung nach war es in den wenigsten betroffenen Familien Thema, dass ein Familienmitglied Opfer der NS-„Euthanasie“ geworden ist. Diese Fälle gibt es natürlich auch, aber das ist eher selten. Hin und wieder stellt sich aber heraus, dass innerfamiliär doch Wissen da war, zumindest bruchstückhaft.

Siehe Alpendistel #2 S. 29

Für mich persönlich ist es ein wahnsinnig schönes Erlebnis, Teil des Prozesses zu sein, wenn Menschen, die hier in Hartheim ermordet wurden, wieder Teil des familiären Bewusstseins werden, oder wenn man Angehörige, mit denen man per E-Mail in Kontakt war, persönlich kennenlernen darf.

Vielleicht ist es hin und wieder aber auch für Angehörige eine angenehmere Überlegung, dass die*der Verwandte doch eines natürlichen Todes gestorben sein könnte, als mit der Gewissheit der Ermordung umgehen zu müssen.

Welche Bedeutung hat deiner Ansicht nach die Publikation der Personendaten im Online-Dienst des Bundesarchivs Berlin,* invenio*, im Jahr 2018 für die Suche von Angehörigen?

Das Bundesarchiv entschied damals, die Namen und die Geburtsdaten der Ermordeten als Findbehelf für die erhaltenen Krankenakten online zu stellen, weitaus mehr Möglichkeiten der Verschlagwortung sind aber nicht im Internet zu finden, sondern wurden vom Bundesarchiv den Gedenkstätten zur Verfügung gestellt, die wir wiederum an Angehörige weitergeben können. Diese können aber auch relativ problemlos einen Scan der NS-Krankenakten vom Bundesarchiv Berlin erhalten, manche finden auch den Weg zu uns nach Hartheim über diesen Weg. Ich finde es gut, dass es diese Möglichkeit der Online-Recherche gibt.

Nicht immer haben Angehörige die Möglichkeit, mit Hilfe von Dokumenten Gewissheit über das Schicksal eines Familienmitglieds zu bekommen. Wie geht man – auch als Dokumentationsstelle oder Gedenkstätte – damit um, wenn die Aktenlage nicht eindeutig ist?

Wenn das tatsächlich der Fall ist, muss man die Nichtbelegbarkeit auch so den Angehörigen vermitteln. Auch wenn eine Ermordung oft sehr wahrscheinlich ist, bleibt eine Vermutung manchmal eine Vermutung und wird von uns den Angehörigen auch als solche weitergegeben. Vielleicht ist es hin und wieder aber auch für Angehörige eine angenehmere Überlegung, dass die*der Verwandte ›

Am Wichtigsten ist für mich im Gespräch mit Nachkommen, Klarheit zu schaffen.

doch eines natürlichen Todes gestorben sein könnte, als mit der Gewissheit der Ermordung umgehen zu müssen.

Arbeitet Hartheim im Bereich Angehörigenarbeit mit anderen Gedenkstätten ehemaliger NS-„Euthanasieanstalten“ zusammen?

Einen recht guten Austausch haben wir mit anderen „T4“-Gedenkstätten in Deutschland. Viele Menschen, deren Tod in Hartheim beurkundet wurde, starben an ganz anderen Orten, die einfach näher am Ort der Unterbringung der Personen waren. Oder umgekehrt – einige Patient*innen, die in Linz untergebracht und ganz sicher in Hartheim getötet wurden, sind teilweise in Grafeneck bei Stuttgart oder in Brandenburg an der Havel beurkundet. Mit einem Aktentausch wollten die Täter*innen die Verwandten der Opfer und die Öffentlichkeit täuschen und zudem die Distanz zum wahren Todesort erweitern. In solchen Recherchefällen hilft es schon, wenn wir in gutem Austausch miteinander sind und den Angehörigen sagen können, wo sie hilfreiche Informationen finden.

Siehe Alpendistel #4 S. 54

Du hast vorhin schon von Veränderungen in der Arbeit mit Angehörigen gesprochen. Gibt es noch andere Entwicklungen in diesem Bereich?

Was schon in anderen „T4“-Gedenkstätten ausprobiert wurde, und was wir aktuell auch für die nähere Zukunft planen, ist ein Angehörigentag, bei dem sich diese untereinander austauschen können. Unser Wunschdenken ist, dass dann Familien zusammenkommen, die vielleicht ähnliche Probleme oder Schicksale haben, ähnliche Erfahrungen gesammelt haben. Wir sind hier in der Probephase, haben vor, den Angehörigen einen Input zu geben, und hoffen, dass diese dann auch untereinander ins Gespräch kommen. Hervorragende Arbeit wird in München gemacht, wo Veranstaltungen angeboten werden, bei denen es unter anderem auch wissenschaftliche Vorträge gibt.

Meine letzte Frage bezieht sich auf einen insgesamt betrachtet recht kleinen Teil der Angehörigen von Menschen, die hier in Hartheim waren. Und zwar jener der Täter*innen. Kommen auch Anfragen von dieser Seite?

Es gibt einzelne Gespräche mit Kindern von Täter*innen, aber der eigentliche Schlüssel ist hier die Enkelgeneration. Ich habe mittlerweile schon zu verschiedenen Enkel*innen Kontakt, etwa aus Hamburg oder aus Linz, die ganz genau wissen wollen, was ihr Großvater oder ihre Großmutter hier in Hartheim gemacht hat – etwa als Sekretärin oder als „Krankenpfleger“. Diese fragen sich: „Wie konnte der Opa, wie konnte die Oma nur?“ Mein eigener Zugang ist hier eher, verstehen zu wollen, wie ein junger Mensch in eine Situation kommt, Täter*in zu werden – damit ich Erklärungsversuche anbieten kann. Von der dokumentierenden Seite ist natürlich auch noch die Frage interessant, ob es noch Quellen in der Familie gibt. Wir wollen wissen, wer diese Menschen waren. Am Wichtigsten ist für mich im Gespräch mit Nachkommen, Klarheit zu schaffen.

Vielen Dank für das Gespräch. △

INFORMATIONEN

Bei der später als „T4-Aktion“ bezeichneten Mordkampagne, die mit einem von Hitler auf den 1. September 1939 rückdatierten Schreiben begann, handelte es sich um den ersten industrialisierten Massenmord der Geschichte. Sechs Tötungsanstalten wurden eingerichtet, darunter *Schloss Hartheim* in Alkoven bei Linz. Bis zum Einstellen der Gaskammern im Sommer 1941 wurden auf diese Weise rund 70.000 Menschen ermordet, etwa 18.000 in Hartheim. Zusätzlich wurde im Rahmen der sogenannten „Aktion 14f13“ bis Kriegsende in Hartheim zirka 10.000 KZ-Häftlingen das Leben genommen.

NS-Patient*innenmorde wurden ab 1941 auch dezentral durchgeführt, etwa durch Überdosierung von Medikamenten oder durch Stromstöße. Alles in allem spricht man bis 1945 von über 200.000 im Zuge der NS-„Euthanasie“ ermordeten Menschen.

Weitere Informationen:

Gedenkstätte Schloss Hartheim

© Antonia Winsauer

Antonia Winsauer ist Lehrerin und Historikerin, Vorstandsmitglied von APC sowie Wiener Netzwerkkoordinatorin von ERINNERN:AT.

EIN BILD, EINE GESCHICHTE

HITLER UND MUSSOLINI IN DER KIRCHE?

„ENTARTETE“ KUNST AM KIRCHENFENSTER

In der Grazer Stadtpfarrkirche „Zum Heiligen Blut“ finden aufmerksame Besucher*innen ein Fenster, in dem sich die Gesichter der beiden Diktatoren Hitler und Mussolini verstecken. Der im NS als „entarteter Künstler“ verfolgte Albert Birkle gestaltete dieses Fenster kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Ein Blick durchs Kirchenfenster von Jakob Gruber.

Albert Birkle (1900–1986) ist als Maler und Grafiker vor allem für seine Glasfenster sowie religiösen und sozialkritischen Motive bekannt. Birkle lebte und wirkte in Berlin, bevor er 1932 nach Salzburg zog. Er floh vor den politischen Unruhen in der Zeit der Machtergreifung der Nationalsozialist*innen. Gleichzeitig war sein Verhältnis zum NS ambivalent: So vertrat er 1936 Deutschland auf der Biennale in Venedig. Die auf der Biennale ausgestellten Bilder wurden im Jahr darauf auf Hitlers Befehl nicht wie ursprünglich geplant im Haus der Kunst in München gezeigt. 1938 schließlich wurde seine Zeichnung „Frauenkopf“ zu „entarteter Kunst“ erklärt und war Teil der gleichnamigen Ausstellung.

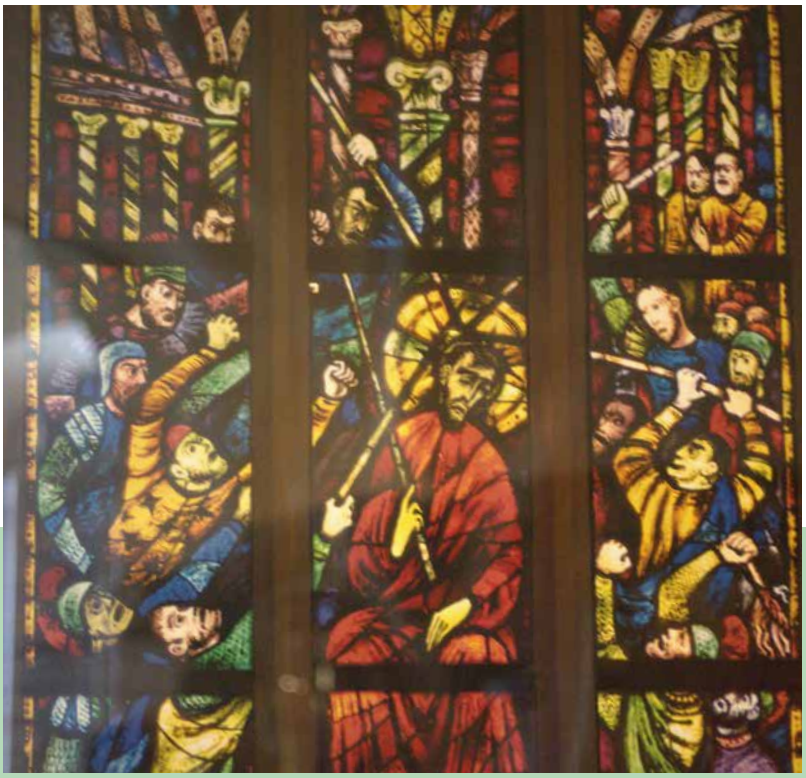
Als „entartete Kunst“ wurde alles bezeichnet, was nicht ins ideologische Konzept oder die ästhetischen Vorstellungen der Nationalsozialist*innen passte. 1937 wurde eine Ausstellung unter dem Titel „Entartete Kunst“ in München eröffnet, in der die Nazis 650 Kunstwerke zeigten, die sie als „entartet“ einstuften. Avantgardistische oder moderne Kunst wurde im antimodernen und antisemitischen Wahn der Nazis als „jüdisch-bolschewistische“ Kunst verunglimpft und der als

Als „entartete“ Kunst wurde alles bezeichnet, was nicht ins ideologische Konzept oder die ästhetischen Vorstellungen der Nationalsozialist*innen passte.

„deutsch“ verstandenen Kunst gegenübergestellt. Birkles „Frauenkopf“ war eines dieser „entarteten“ Kunstwerke. Sein Stil, der zwischen Expressionismus und Neuer Sachlichkeit angesiedelt wird, fiel genau unter das, was den Nationalsozialist*innen ästhetisch und ideologisch missfiel.

Seine Freundschaft zu Josef Thorak, einem der populärsten Bildhauer*innen im Nationalsozialismus, verhalf ihm, ein Ausstellungsverbot wegen „entarteter Kunst“ wieder rückgängig zu machen. Birkles Verhältnis zum NS ist also ambivalent: Zum einen war er als „entarteter“ Künstler gebrandmarkt, zum anderen stellte er 1944 in Salzburg in der Ausstellung „Deutsche Künstler und die SS“ ein Bild aus. Er wurde zweimal in die Wehrmacht eingezogen und diente als Kasernen- und Kriegsmaler sowie zwischen 1941 und 1943 als Kriegsberichterstatter. ›

EIN BILD, EINE GESCHICHTE



Nahaufnahme des Glasfensters in der Stadtpfarrkirche „Zum Heiligen Blut“.

Birkle erhielt 1946 die österreichische Staatsbürgerschaft und lebte nach dem Krieg vor allem von Glasfenstern, die er für Kirchen gestaltete. Er war sein Leben lang tiefreligiös und verband so wohl seine künstlerische Leidenschaft mit seinem Glauben. So bekam er auch den Auftrag, die Fenster der Grazer Stadtpfarrkirche „Zum Heiligen Blut“, die bei einer Bombardierung zerstört worden waren, neu zu gestalten.

Das Fenster in der Stadtpfarrkirche, das nun Hitler und Mussolini zeigt, befindet sich vor dem Altar, gesehen von den Betrachtenden aus im linken von drei Fenstern. In der rechten Hälfte im vierten Fenster von unten sind die beiden Diktatoren zu erkennen. Beide haben ihre Gesichter zu einer Fratze verzogen und blicken auf die Darstellung Jesu. Die gesamte Szene des Fensters stellt die Passion Christi dar, also jene Szenen, in denen Jesus im Neuen Testament leidet und schließlich stirbt. Man könnte also interpretieren, dass Hitler und Mussolini als Peiniger Jesu gesehen werden und hier auf dieselbe Ebene wie die Römer, die Jesus schließlich umbrachten, gestellt werden.

Als die Fenster 1953 eingeweiht wurden, kam es zu einem Skandal, Birkle äußerte sich dazu im *Kurier*, dass „er eine Parallele zwischen der frühgeschichtlichen und der neuzeitlichen Christenverfolgung ziehen wollte“. Welche Parallele genau gemeint ist, bleibt unbekannt. Ein Priester erklärte gegenüber der Zeitung, dass sich die Kirche nicht besonders an dem Fenster störe; schließlich stünden Hitler und Mussolini für eine „der Kirche feindlichen Ära“.

Bis heute wird das Fenster nur wenig thematisiert, ein Eintrag auf der Website der Stadtpfarrkirche beschreibt das Fenster so: *„Aus den bitteren Erfahrungen der NS-Zeit und seiner Ächtung als entarteter Künstler hat Birkle in diesem Feld die Porträts der beiden Diktatoren Adolf Hitler und Benito Mussolini eingefügt“*. Ein Hinweis auf Birkles ambivalente Vergangenheit fehlt. Vor Ort in der Kirche findet sich keine weiterführende Information. Ein kleines Schild am Eingang der Kirche wäre vermutlich angemessen, um zumindest den wenigen Besucher*innen, die das Fenster genauer betrachten, zu erklären, warum Hitler und Mussolini hier die Gläubigen beim Gebet beobachten.

Birkles Biografie ist ambivalent, einerseits erlitt er Repression, andererseits konnte er im NS auch wieder als Künstler Fuß fassen. Eine Darstellung dieser Ambivalenz fehlt in der Auseinandersetzung und hinterlässt ein unvollständiges Bild hinter dem Glasfenster in Graz.

© Jakob Gruber

Jakob Gruber studiert Jüdische Studien in Graz und Heidelberg und ist Vorstandsmitglied von APC. Er beschäftigt sich beruflich mit antisemitismuskritischer Bildungsarbeit mit einem Fokus auf die offene Jugendarbeit.

Endphaseverbrechen in Österreich

Eine vergessene Verbrechens-kategorie

Die letzten Wochen des NS-Regimes waren geprägt von einer nochmaligen Zuspitzung an Gewalt. Bezirksstädte, Landstraßen und Provinznester wurden Schauplätze von Todesmärschen, Standgerichten, Lynchmorden und Massakern. Auf diese Endphaseverbrechen gehen **Elisabeth Czerniak** und **Johannes Glack** in ihrem Beitrag näher ein.

Sonntag, 15. April 1945, Randegg in Niederösterreich: Während Wien bereits befreit war und sowjetische Truppen unmittelbar vor Berlin standen, ermordeten zehn bis fünfzehn Angehörige der lokalen Hitlerjugend (HJ) und des Sicherheitsdiensts (SD), angeführt von einer Handvoll fanatischer Nationalsozialisten 100 Jüdinnen*Juden aus Ungarn in einem Waldstück unweit des Ortes, in unmittelbarer Nähe zur lokalen Bevölkerung. Bereits zwei Tage zuvor hatten Täter aus dem gleichen Umfeld im nahegelegenen Göstling an der Ybbs ein Massaker im dortigen Lager für jüdische Zwangsarbeiter*innen durchgeführt. Rund 70 Kilometer entfernt vom Bezirk Scheibbs verübten Angehörige der Wehrmacht und SS Anfang April 1945 unter maßgeblicher Beteiligung lokaler NS-Funktionäre, Volkssturmmänner und Schutzpolizisten aus dem Bezirk Krems an der Donau mehrere Massaker an Häftlingen der Strafanstalt Stein. Diesem exzessiven Morden in und um die Strafanstalt fielen etwa 500 Menschen zum Opfer.

Nicht nur in den Bezirken Scheibbs und Krems, sondern an vielen Orten im schwindenden Deutschen Reich wurden in den letzten Wochen vor Kriegsende Massenmorde verübt. Verbrechen wie diese untersucht die zeitgeschichtliche Forschung zum Nationalsozialismus unter dem Begriff „Endphaseverbrechen“. Dieser Artikel widmet sich diesen lange ignorierten und heute oft vergessenen Verbrechen. Anhand der zwei Verbrechenskomplexe im Raum Scheibbs und Krems wollen wir Dynamiken von Endphaseverbrechen in Österreich nachzeichnen.

Überblick: Endphaseverbrechen

Während sich die österreichischen Volksgerichte in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch intensiv mit in Österreich verübten Endphaseverbrechen auseinandersetzten – die Mehrheit aller Höchststrafen betraf Verbrechen aus den letzten Monaten des Kriegs – und diese Morde auch in der Presse der späten 1940er und Anfang der 1950er Jahre präsent waren, verschwanden sie mit zunehmender Etablierung des Opfermythos aus dem kollektiven Gedächtnis. Der Mythos von Österreich als Opfer des Nationalsozialismus spiegelt sich somit auch in der bis heute fehlenden gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dieser Kategorie an NS-Verbrechen wider, bei denen in Österreich über 10.000 Personen ermordet wurden. Gerade weil Endphaseverbrechen inmitten österreichischer Ortschaften und mehrheitlich von österreichischen Täter*innen verübt wurden, war das jahrzehntelange Schweigen darüber umso beharrlicher. Erst seit den späten 1990er Jahren findet allmählich eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit einzelnen Verbrechen statt, das Thema Endphaseverbrechen ist jedoch vollumfänglich immer noch ein Unbekanntes und in seiner Gesamtheit auch noch unerforscht.

Siehe Alpendistel #1 S. 23

Die fehlende Auseinandersetzung lässt sich auch aus der Diversität an Schauplätzen, Täter*innenkollektiven und Opfergruppen erklären. Die Opfer von Endphaseverbrechen verbindet, dass Täter*innen sie nicht als Teil der imaginierten „Volksgemeinschaft" sahen. Deren Grenzen wurden in den letzten Monaten des Kriegs fließender: Wer sich dem realitätsfernen Festhalten an einem „Endsieg" verweigerte, wurde zum „Volksfeind" erklärt und in vielen Fällen ermordet.

Gerade weil Endphaseverbrechen inmitten österreichischer Ortschaften und mehrheitlich von österreichischen Täter*innen verübt wurden, war das jahrzehntelange Schweigen darüber umso beharrlicher.

Der NS-Ideologie wurde in der letzten Phase des Regimes nichts Neues hinzugefügt, jedoch verstärkten sie bestehende Aus- und Abgrenzungsmechanismen. Zusätzlich beschleunigten sich Gewaltdynamiken durch die Verlagerung von Befehlsgewalt auf lokale Räume und das Zerbrechen von vertikalen Hierarchien. Vielerorts initiierten oder beteiligten sich bisher nicht in den NS-Vernichtungsapparat involvierte Personen an Verbrechen, wie an den Beispielen der Verbrechenskomplexe Stein und Scheibbs in weiterer Folge unten deutlich wird. In beiden Fällen beteiligte sich die lokale Bevölkerung aktiv an der Planung und Durchführung von Massakern.

Antisemitismus blieb auch in der Endphase das zentrale integrale Momentum der NS-Ideologie. Jüdinnen*Juden

Endphaseverbrechen (unvollständig):

Randegg 15. April 1945, 100 Ermordete

Göstling an der Ybbs 13. April 1945, 76 Ermordete

Gresten 16. April 1945, 16 Ermordete

Störingalpe bei Übelbach 20. Mai 1945, 9 Ermordete

Hadersdorf am Kamp 7. April 1945, 61 Ermordete

Lunz am See, Bezirk Scheibbs 8. Mai 1945, mindestens 1 Mord

Wien, Förstergasse 7 11. April 1945, 9 Ermordete

Rechnitz 24-25. März 1945, ca. 180 Ermordete

Präbichl 8. April 1945, mindestens 200 Ermordete

Deutsch-Schützen 29. März 1945, mindestens 57 Ermordete

Strafanstalt Stein und umliegende Orte 6. April 1945, mindestens 500 Ermordete

Antisemitismus blieb auch in der Endphase das zentrale integrale Momentum der NS-Ideologie.

bildeten die Mehrheit der Opfer aller Endphaseverbrechen: Bei den größeren und bekannteren Verbrechen – in Rechnitz, Präbichl oder Deutsch-Schützen – waren die Opfer, ebenso wie in Randegg und Göstling, jüdische Zwangsarbeiter*innen aus Ungarn, die im Zuge der Räumung von Zwangsarbeitslagern und den darauffolgenden Todesmärschen ermordet wurden. Antisemitismus war auch das Motiv bei einem der letzten Massaker in Wien: In der Förstergasse 7 im 2. Bezirk in Wien ermordeten SS-Angehörige am 11. April 1945, während die sowjetischen Truppen die Innenstadt bereits befreit hatten und am Donaukanal gekämpft wurde, acht Personen im Keller des Hauses.[1]

Noch am 8. Mai und darüber hinaus wurden Endphaseverbrechen verübt. Eines der letzten NS-Verbrechen in Österreich wurde um den 20. Mai 1945 auf der Störingalpe bei Übelbach in der Steiermark verübt, bei dem neun bis dahin gefangen gehaltene ungarische Juden von sich nicht ergeben wollenden fanatischen Nationalsozialisten erschossen wurden. Und auch in Lunz am See, Bezirk Scheibbs, wurde am 8. Mai noch mindestens ein Mord von den Haupttätern der Massaker in Randegg und Göstling verübt, bevor diese nach Oberösterreich flüchteten.

1) Nelly Blum, ihre Schwester Marie Margolin, Arthur Holzer, Arthur Klein, Erna und Grete Klüger-Langer, Kurt Mezei, Emil Pfeiffer und Genia Jenny Schaler. Sie hatten sich im Keller dieses Gebäudes vor den Kampfhandlungen versteckt.

Gewaltexzesse aus Überzeugung: die Verbrechenskomplexe Scheibbs und Stein

In den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs wurden im heutigen Bezirk Scheibbs in Niederösterreich mehrere Verbrechen verübt, denen fast 200 Personen zum Opfer fielen. Am 13. April 1945 wurde im Zwangsarbeiter*innenlager Göstling an der Ybbs das erste von zwei großen Massakern verübt. Frühmorgens kam ein Konvoi mit weniger als zehn Uniformierten – darunter HJ-Führer aus dem Wehrertüchtigungslager Lunz am See – in das Lager. Die Täter sperrten alle dort befindlichen Jüdinnen*Juden in eine Baracke und ermordeten die Opfer mit Panzerfäusten und Maschinenpistolen. Diesem Verbrechen, im Zuge dessen 76 Personen ermordet wurden, folgte zwei Tage später, am 15. April 1945, das zweite Massaker am Ortsrand von Randegg mit 100 Opfern durch Täter aus dem gleichen Personenkreis. Bei einem dritten Massaker wurden am 16. April 1945 in der Gemeinde Gresten 16 weitere Personen ermordet. Bei allen drei Taten gab es keine Überlebenden. Nach diesen Massenverbrechen an Jüdinnen*Juden aus Ungarn wurden bis zum 8. Mai noch weitere Einzelmorde in der Region verübt. Die Täter dieser Endphaseverbrechen im heutigen Bezirk Scheibbs waren Mitglieder der HJ, des SD und der SS, wobei die Initiative für die Taten von lokalen Entscheidungsträgern ohne Befehl von „außerhalb“ ausging. Die Mitglieder der unterschiedlichen NS-Organisationen kooperierten dabei freiwillig, teilweise aufgrund von bestehenden persönlichen Verbindungen und ideologisch motiviert, um ihre Mordpläne unter Mitwirkung und Mitwisserschaft der lokalen Bevölkerung durchzuführen.

Bedingt durch das Ende der NS-Herrschaft und der damit einhergehenden zunehmenden Verschiebung von Befehlsgewalt und ›

© Johannes Glack

Der Tatort in Randegg.

Organisationsstruktur auf eine horizontale, lokale Ebene öffneten sich so Handlungsspielräume im Kleinen für lokale Entscheidungsträger*innen. In Randegg und Göstling glaubten fanatische Nationalsozialist*innen, durch Massaker an Jüdinnen*Juden das Fortdauern des Nationalsozialismus zu fördern, indem sie im Rahmen der Propagandafigur eines nationalsozialistischen Guerilla-Kampfes („Werwolf“) ihre Verbrechen als Beitrag zum Krieg hinter der Front sahen, bei dem ein „Feind im Rücken“ bekämpft wurde, um sich danach den anrückenden Alliierten entgegenzustellen. Somit waren ihre Taten dezidiert in den Kontext der Endphase des Kriegs eingebunden. Sie führten radikal und exzessiv zu Ende, was ihnen die nationalsozialistische Führung vorgab. Diese Endphaseverbrechen waren die Konsequenz eines realitätsnegierenden Festhaltens aller Beteiligten am Nationalsozialismus und des damit verbundenen Versuchs, einen „Endkampf“ zu führen.

Aus nationalsozialistischer Überzeugung handelten auch die Täter des Massakers in der Strafanstalt Stein am 6. April 1945, bei dem sie allein an diesem Schauplatz rund 300 Häftlinge ermordeten, während später an verschiedenen umliegenden Orten noch 200 weitere Personen ermordet wurden. Aufgrund der näher rückenden Front und schlechter Versorgungslage im Gefängnis verfügte der Anstaltsleiter die Freilassung aller Häftlinge am Morgen des 6. April 1945. Die Enthaftung hatte bereits früh morgens begonnen und verlief aufgrund der hohen Personenzahl und sprachlichen Barrieren – viele Häftlinge kamen aus Osteuropa und der Balkanregion – zwar chaotisch, aber ohne besondere Vorkommnisse. Jene Aufseher mit stark ausgeprägter NS-Gesinnung waren von Anfang an dagegen, die Häftlinge freizulassen, und meldeten der Kremser NSDAP-Kreisleitung fälschlicherweise, dass eine bewaffnete Revolte ausgebrochen sei. Daraufhin trafen Einheiten von Waffen-SS, Volkssturm, Wehrmacht sowie SA ein und warfen Handgranaten in den Hof der Strafanstalt, wo sich der Großteil der Freizulassenden aufhielt. Zeitgleich öffneten die Täter gewaltsam das Eingangstor, schossen mit Maschinenpistolen wahllos in die Menschenmenge und stellten mit gezielten Erschießungen sicher, dass die Opfer keine Lebenszeichen mehr von sich gaben. Einige wenige überlebten nur deshalb, weil man sie für bereits tot hielt.

In den darauffolgenden Stunden und Tagen wurden jene Freigelassenen, die sich bereits in Freiheit befanden, in den umliegenden Ortschaften, auf Landstraßen und in den Weinbergen aufgegriffen. Falls sie nicht an Ort und Stelle erschossen wurden, brachte man sie in die Strafanstalt zurück, um dort die Erschießung vorzunehmen. Unter tatkräftiger Unterstützung der lokalen Bevölkerung wurden Überlebende des Massakers denunziert, festgehalten und in lokalen Arresten eingesperrt, wie es z. B. in Hadersdorf am Kamp der Fall war. Hier fand am 7. April ein weiteres Massaker statt: Die insgesamt 61 aufgegriffenen Personen, vorwiegend ehemalige politische Häftlinge, mussten unter schweren Misshandlungen durch die SS ihr eigenes Grab ausheben, bevor sie der Erschießung zum Opfer fielen. Die aktive und direkte Tatbeteiligung der örtlichen Bevölkerung ist ein weiteres kennzeichnendes Merkmal dieser Massaker in der Kriegsendphase.

Die brutale Gewalteskalation innerhalb der Gefängnismauern am 6. April 1945 und die darauffolgenden Verbrechen in Hadersdorf am Kamp, Hörfarth, Mautern, Paudorf und an zig weiteren Orten überlebten mehr als 500 Menschen nicht.

Die Beispiele der Endphaseverbrechen im Bezirk Scheibbs und im Bezirk Krems verdeutlichen die Gewaltdynamik, die das NS-Regime in den letzten Wochen des Kriegs kennzeichnete und Endphaseverbrechen bedingte. Sich mehr mit diesen Gewalttaten im lokalen Raum zu beschäftigen, schafft die Grundlage, den Opfermythos auch im Kleinen, im Familien- und Lokalgedächtnis aufzubrechen und damit eine Aufarbeitung der Vergangenheit ernsthaft voranzutreiben.

FILME:

„Die Kremser Hasenjagd“, Ö 2011, 45 min,
R: Gerhard Pazderka, Robert Streibel

„Endphase“, Ö 2021, 86 min,
R: Hans Hochstöger

„Die Kremser Hasenjagd“

LITERATUR:

Eleonore Lappin-Eppel, Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45. Arbeitseinsatz – Todesmärsche – Folgen, Wien 2010.

Sven Keller, Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45, München 2013.

Karl Reder, Tod an der Schwelle zur Freiheit. Das Zuchthaus Stein an der Donau während der Zeit des Nationalsozialismus und die Ermordung von Häftlingen im April 1945, Graz 2024.

Johannes Glack, „…unserem Vaterland feindlich gesinnt und möglicherweise gefährlich“: Tätermotive bei Endphaseverbrechen am Beispiel der Massaker von Randegg und Göstling an der Ybbs im Bezirk Scheibbs im April 1945, in: Jahrbuch des DÖW 2024: Widerstände, Berlin 2024, 203-226.

© Elisabeth Czerniak

© Johannes Glack

Elisabeth Czerniak und Johannes Glack sind Zeithistoriker*innen und derzeit beide am Institut für Zeitgeschichte an der Uni Wien im ERC-Projekt GLORE tätig.

„WO IST DA MEINE GEFÄHRLICHKEIT IN JEDER HINSICHT!!“

Menschen mit mehreren Vorstrafen wurden im Nationalsozialismus als „unverbesserlich“ und damit wesenhaft „kriminell“ angesehen. Die Kriminalpolizei etikettierte sie als „Berufsverbrecher“ und nahm sie in „Vorbeugungshaft“ – was gleichbedeutend mit der Deportation in ein Konzentrationslager war. Tausende von ihnen wurden dort ermordet. Und doch galten sie nach 1945 nicht als Opfer, sondern standen – stellvertretend für die meist glimpflich entnazifizierten SS-Angehörigen – in permanentem Täterverdacht. Es ist Zeit, endlich auch über diese NS-Opfer vorurteilslos zu reden, findet **Andreas Kranebitter**.

Otto Oberhauser war von Beruf Bäcker. Am 8. Oktober 1908 in Innsbruck geboren, scheint er keine feste Arbeit gehabt zu haben. Folgt man den behördlichen Vermessungen seines Lebenswegs, kam er vielmehr ab seinem 19. Lebensjahr, d. h. ab 1927, mit dem Gesetz in Konflikt – wegen Diebstahls, Bettelns, unerlaubten Aufenthalts, Hausfriedensbruchs, falscher Namensangabe und anderen ähnlichen Delikten wurde Oberhauser bis zum „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich insgesamt 27 mal gerichtlich verurteilt. Seine Handlungen hatten manchmal gegen das österreichische Strafgesetz, manchmal gegen das sogenannte „Vagabundengesetz“ verstoßen – ein Gesetz, mit dem Österreich seit dem 19. Jahrhundert gegen seine Armen vorging.

Die letzte aktenkundige Bestrafung erhielt Oberhauser in austrofaschistischen Zeiten. Das Gendarmerieposten-kommando Amras im Bezirk Innsbruck wusste in einer Nationale zu berichten: *„Glaublich Mitte August 1936 wurde aus dem Hausgange des Konditorei und Kaffee Maximilianstrasse Nr. 11 in Innsbruck zum Schaden des Hermann Köberl eine 20 kg schwere Kiste mit Suchard-Chokolade im Wert von 90.27 S entwendet.“* Oberhauser war mit der Schokolade, heute etwa 410 Euro wert, eher zufällig aufgegriffen worden. Eigentlich *„nach einem Unzüchtler Vorpass“* haltend, hatte eine Polizei-Patrouille Oberhauser im Wald mit auffällig schwerem Rupfensack angehalten und „Nachschau“ gehalten, wobei sie neben Kleidungsstücken die Schokolade entdeckte. Oberhauser gestand den Diebstahl: *„Die beim Oberhauser vorgefundene Chokolade hatte ein Gewicht von 8.75 kg. Diese Chokolade wird dem Köberl vom hiesigen Posten gegen eine Empfangsbestätigung ausgefolgt. Die fehlende Chokolade habe er angeblich selbst verzehrt und nicht verkauft.“*

Die Dinge nahmen ihren Lauf: Oberhauser wurde, weil bettelnd und „zusprechend“ seinen Lebensunterhalt verdienend und daher wohnungslos „vagierend“, wegen vermeintlicher Fluchtgefahr in Untersuchungshaft genommen.

Die Kriminalpolizei etikettierte ihn – wie tausende andere – wegen seiner zahlreichen Vorstrafen als „unverbesserlichen Berufsverbrecher“.

Der geschädigte Konditor, der keine Anzeige erstattet hatte, weil er den Diebstahl gar nicht mitbekommen hatte, schloss sich als Privatbeteiligter an, der Richter schenkte Oberhauser keinen Glauben und verurteilte ihn unter Hinweis auf die Vorstrafen und den Rückfall als erschwerende Bedingung am 16. Februar 1937 zu vier Monaten schwerem Kerker, verschärft durch ein hartes Lager monatlich.

Als sich Österreich im März 1938 von unten, von innen und von außen den Nationalsozialisten übergab, hatte Oberhauser seine Strafe längst verbüßt. ›

Bild aus: Otto Helmut, Volk in Gefahr. Der Geburtenrückgang und seine Folgen für Deutschland. München/Berlin 1938.

„Kriminelle" waren im Nationalsozialismus ein eigenartiges Feindbild – die „Dolchstoßlegende" dichtete ihnen eine Rolle darin an, den Ersten Weltkrieg verloren zu haben, die Kriminalbiologie sprach von einer „Unterwelt der Gene", die den „Volkskörper" belasten würde. Das suggerierte Handlungsbedarf – den die Kriminalpolizei mit der Ermächtigung der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" gnadenlos nutzte.

Als „Berufsverbrecher" Verfolgte waren meistens gesellschaftlich isolierte Menschen, denen ihre Armut und Arbeitslosigkeit mittels drakonischer Gesetze zur individuellen Schuld erklärt wurde.

Die Kriminalpolizei hatte ihn allerdings nicht vergessen, sondern etikettierte ihn – wie tausende andere – wegen seiner zahlreichen Vorstrafen als „unverbesserlichen Berufsverbrecher". Sie konnte ihn nun mit den erheblichen polizeilichen Ermächtigungen der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung", ohne dass er weitere Straftaten begangen haben musste, in ein KZ deportieren. Also ließ sie ihn in „Vorbeugungshaft" nehmen und am 6. Mai 1939 ins KZ Dachau bringen. Von dort überstellte ihn die Dachauer SS am 27. September 1939 ins KZ Mauthausen, das er nur wenige Wochen überleben sollte: Schon am 5. Dezember 1939 bekundete das Standesamt seinen Tod mit der zynischen und in den kommenden Jahren zigtausende Mal wiederholten Todesursache „Herz- und Kreislaufschwäche".

Nicht alle im Nationalsozialismus als „Berufsverbrecher" etikettierten Menschen hatten Biografien wie jene von Otto Oberhauser. Manche waren etwa in organisierte Kriminalität verwickelt, einige auch wegen Gewaltdelikten verurteilt worden. Doch Oberhausers Fall ist in vielerlei Hinsicht repräsentativ: Als „Berufsverbrecher" Verfolgte waren meistens gesellschaftlich isolierte Menschen, denen ihre Armut und Arbeitslosigkeit mittels drakonischer Gesetze zur individuellen Schuld erklärt wurde, die durch Vorstrafen, die das polizeiliche Strafregister niemals vergaß, immer tiefer in die Eigentums-Delinquenz gedrängt wurden, die gerichtliche Strafen und Gefängnisse nicht zu „bessern" vermochten – und die in eigensinniger

Menschen mit zumindest drei Vorstrafen von mindestens sechs Monaten Strafmaß wurden zu wesenhaften Verbrechern erklärt und waren im Prinzip vogelfrei.

Renitenz Polizei und Gerichten ihre Wahrheiten verweigerten, wenn sie etwa darauf bestanden, die kiloweise gestohlene Schokolade selbst verzehrt zu haben.

Im Nationalsozialismus wurden sie zu „Volks"- und „Staatsfeinden" erklärt, als gefährlich gebrandmarkt. Ihr „gemeinschaftsfremdes" Verhalten gefährde den Staat. Menschen mit zumindest drei Vorstrafen von mindestens sechs Monaten Strafmaß wurden zu wesenhaften Verbrechern erklärt und waren im Prinzip vogelfrei, sie konnten jederzeit von der Kriminalpolizei verhaftet werden. Als angeblich „unverbesserliche Berufsverbrecher" hätten sie ihr Recht auf Teilhabe in der imaginierten „Volksgemeinschaft" verwirkt und sollten dauerhaft aus dieser ausgeschlossen werden – in den Konzentrationslagern, wo sie entweder zurück in die nationalsozialistische Gesellschaft finden sollten oder, wie es im Protokoll des Himmler-Thierack-Abkommens von September 1942 wortwörtlich hieß, durch Arbeit vernichtet werden sollten. Der Weg zurück in die Gesellschaft war den meisten verbaut, ihre dauerhafte Wegsperrung und sehr häufig ihre Ermordung waren nationalsozialistischer „Normalfall". Im KZ Mauthausen, in dem von insgesamt 190.000 Deportierten über 4.000 als „Berufsverbrecher" Etikettierte inhaftiert waren, befanden sich zwischen 1938 und 1945 insgesamt 885 aus dem früheren Österreich stammende „Berufsverbrecher". Von ihnen wurden 105 oder 11,9 % formal aus der KZ-Haft „entlassen", wobei das auch die Übergabe an Justiz oder Wehrmacht bedeuten konnte, zumindest 358 oder 40,5 % fanden in den nationalsozialistischen Lagern den Tod.

In der Nachkriegszeit wurde ihnen ein neuerliches Unrecht zuteil – ihren Zeugenaussagen schenkte man vor Gericht keinerlei Glauben, ihre Deportation ins KZ legten ihnen Gerichte bei künftigen Straftaten als erschwerend aus. Während Wehrmachts- und SS-Angehörige problemlos in die postnazistische Gesellschaft Österreichs integriert wurden, erhielten als „Berufsverbrecher"

Arm, vorbestraft und von KZ-Haft gezeichnet, waren sie die idealen Sündenböcke für die wahren NS-Verbrecher, die ihre Verbrechen dreist auf sie projizierten.

Etikettierte keine finanziellen Entschädigungen. Ihre KZ-Haft wurde nicht einmal auf ihre Pensionszeiten angerechnet. Sie standen stattdessen anstelle der SS im Generalverdacht, als Kapos ihre Mithäftlinge gequält zu haben – was in den allermeisten Fällen nicht der Fall war. Arm, vorbestraft und von KZ-Haft gezeichnet, waren sie die idealen Sündenböcke für die wahren NS-Verbrecher, die ihre Verbrechen dreist auf sie projizierten. Als „Berufsverbrecher" Deportierten blieb nach 1945 – wie ihren Familien – der Stempel der Gefährlichkeit, des erblich bedingten „Verbrechertums".

Es ist allerdings nicht so, dass die Gesellschaft ihre Stimmen nicht hörte – sie brachte sie vielmehr zum Schweigen. Als Miroslav Kobrzek, geboren am 1. April 1915 in Wien, nach siebenjähriger Haft im KZ Mauthausen bei der zuständigen Behörde mündlich um Entschädigung nach dem Opferfürsorgegesetz ansuchte, sagte man ihm, er könne seinen aufgrund seiner Vorstrafen aussichtslosen Antrag gleich zurückziehen. Kobrzek wollte das aber nicht akzeptieren. Auf sein Formular schrieb er im Feld „Kurzer Schädigungsbericht", er sei *„der guten Ansicht, als so langjähriger Häftling ist mein Antrag begründet. Ich war damals 23 Jahre alt. Wo ist da meine Gefährlichkeit in jeder Hinsicht!! Fest steht meine 7-jährige Haftzeit: Ersuche um wohlwollende Erledigung meines Antrages."* Von Wohlwollen konnte in Österreichs Opferfürsorgebehörden nach 1945 keine Rede sein. Die Behörde lehnte Kobrzeks Antrag – wie den hunderter anderer ehemaliger Inhaftierter oder ihrer Hinterbliebenen – gnadenlos ab. Die Begründung war immer dieselbe, nämlich die in Gesetz gegossene Formulierung: *„Die Ausstellung einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises hat trotz Erfüllung der im § 1 bezeichneten Voraussetzungen zu unterbleiben, wenn der Anspruchsberechtigte eine strafgesetzlich als Verbrechen oder Vergehen zu verfolgende Handlung begangen hat, deren Straffolgen im Zeitpunkt der Anspruchswerbung nicht getilgt sind und nach deren Natur eine mißbräuchliche Ausnützung der erlangten Begünstigung zu erwarten steht, oder wenn sein Verhalten in Wort und Tat mit den Gedanken und Zielen eines freien, demokratischen Österreich in Widerspruch steht oder stand."*

Österreich hat bis 2024 gebraucht, um diesen absurden Vorstrafenparagrafen, nach dem ein Opfer des Nationalsozialismus keine Vorstrafe haben durfte, um anerkannt zu werden, endlich abgeschafft zu haben. Es ist Symbolpolitik, immerhin. Für die Opfer kommt die Novellierung zu spät, für die Familien ist sie ein wichtiges Symbol. △

LITERATUR

„Die Konstruktion von Kriminellen: Die Inhaftierung von „Berufsverbrechern" im KZ Mauthausen" von Andreas Kranebitter ist im April 2024 erschienen.

© Daniel Shaked

Andreas Kranebitter ist Soziologe und Politikwissenschafter. Er ist der wissenschaftliche Leiter des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes* (DÖW).

Als „Asoziale“ verfolgt, als „Asoziale“ vergessen

Höchst unterschiedliche Gruppen wie Bettler*innen, Hausierer*innen, Arbeitslose, Rom*nja und Sinti*zze, Nichtsesshafte, Alkoholiker*innen, Sexarbeiter*innen, Vorbestrafte, von Sozialleistungen Abhängige, Frauen mit wechselnden Sexualpartnern sowie lesbische Frauen oder andere Missliebige wurden im Nationalsozialismus mit dem Stempel asozial versehen. Als eigene Opfergruppe wurden sie erst nach jahrzehntelangen Kämpfen anerkannt.

Ein Einblick von Elke Rajal.

Was die Verfolgten einte, war ein vorgeworfener Verstoß gegen soziale Normen. Vornehmlich waren damit eine geordnete Erwerbsarbeit und ein geordnetes Familien-, Ehe- und Sexualleben gemeint. Die Hauptvorwürfe waren „Arbeitsscheu“ und „liederlicher“ Lebenswandel. Es handelte sich dabei um bürgerliche und keineswegs neue Normen, auch der Begriff „asozial“ kursierte bereits seit den 1920er Jahren – und verschwand bis heute nicht. Neu war im Nationalsozialismus das Ausmaß der Verfolgung.

Konstruktion von „Asozialität“

Vermeintlich „Asoziale“ wurden Opfer einer Bevölkerungspolitik, welche zum Zwecke der „Aufartung“ der eigenen „Rasse“ die „schädlichen Elemente“ im Inneren „auszumerzen“ versuchte. Im Unterschied zu anderen Gruppen, die als ethnisch – oder in nationalsozialistischer Diktion „rassisch“ – Andere konstruiert wurden und denen ihre Existenzberechtigung innerhalb der „Volksgemeinschaft“ oder gänzlich abgesprochen wurde, musste eine Gruppe der „Asozialen“ erst nach und nach geschaffen, ihr Ausschluss und ihre Verfolgung gerechtfertigt und vollzogen werden.

„Asozialität“ wurde als „Gemeinschaftsunfähigkeit“ und diese wiederum zunehmend als biologisch bedingt verstanden. In einem der vielen Merkblätter der Rassenpolitischen Ämter hieß es:

„Gemeinschaftsunfähig sind Personen, die auf Grund einer anlagebedingten und daher nicht besserungsfähigen Geisteshaltung nicht in der Lage sind, den Mindestanforderungen der Volksgemeinschaft an ihr persönliches, soziales und völkisches Verhalten zu genügen.“

Diese Mindestanforderungen waren zwar bestimmend, aber nicht ausbuchstabiert. Stattdessen wurden sie am Gegenbild zur „Volksgemeinschaft“ – an den „asozialen“ Einzelnen oder der „asozialen Sippe“ – im Umkehrschluss verdeutlicht. Den vermeintlich “Asozialen“ wurde die Fähigkeit zur Gemeinschaft abgesprochen, sie wurden als Antithese zur Gemeinschaft gezeichnet.

Akteur*innen, Grundlagen und Orte der Verfolgung

In der Konstruktion der Kategorie „asozial“ und der Verfolgung der so Gekennzeichneten wirkten Fürsorge-, Gesundheits- und Arbeitsämter sowie Kriminalpolizei zusammen. Rassenhygieniker*innen trieben die Biologisierung bzw. Rassifizierung des Sozialen voran, indem sie „Asozialität“ als „erblich bedingt“ konstruierten. In der konkreten Verfolgungspraxis waren es aber oft „engagierte“ Einzelpersonen wie Gemeindevertreter – Ortsgruppenleiter, Beamt*innen usw. – oder gar Nachbar*innen,

die sich darum bemühten, dass die den sozialen Normen nicht Entsprechenden, oft Armutsbetroffenen, aus ihrem Umfeld „entfernt“ wurden.

Mancherorts in der „Ostmark“ wurden eigene „Asozialenkommissionen“ gebildet, um die Verfolgung abzustimmen, vielerorts lief die Verfolgung aber vergleichsweise unkoordiniert. Der breit gefasste Begriff „asozial“ eröffnete den Behörden großen Interpretationsspielraum bei dessen Anwendung und Einzelpersonen Möglichkeiten zur Willkür. Hinzu kam, dass die rechtlichen Grundlagen diffus waren. Bis zur Befreiung kam aufgrund von Kompetenzstreitigkeiten kein „Gemeinschaftsfremdengesetz“ zur Umsetzung, obwohl die Behörden seit 1939 daran arbeiteten. Es wurde also auf diverse andere gesetzliche Grundlagen (z. B. das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, die Fürsorgepflichtverordnung oder den „Erlass über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“) zurückgegriffen. Je nach Art und Einschätzung der einweisenden Behörden standen Erziehungsheime sowie als „Jugendschutzlager“ bezeichnete Jugend-KZs, Arbeitsanstalten oder Konzentrationslager zur Einweisung zur Verfügung. Auch in Psychiatrien wurde mitunter interniert, wenn die Arbeitskraft nicht mehr ausbeutbar erschien. Die Verfolgungswege lassen sich heute häufig nur noch schwer rekonstruieren, insbesondere das Schicksal jener, die als „Asoziale“ nicht in Konzentrationslagern, sondern in den bis heute vergleichsweise weniger oder gar unbekannten Anstalten landeten. Beispielhaft sei hier das Schicksal der Niederösterreicherin Maria D. nachgezeichnet.

© Rosa Andraschek, Schichten (Steinhof), 2024

„Vergnügungssucht“, „Vernachlässigung der Kinder“ und „Männerkontakte“ waren typische Vorwürfe.

Maria D.

Die im ländlichen Raum lebende, rund 30-jährige Maria D. wurde von einer Nachbarin angezeigt: Während ihr Mann an der Front sei, gehe sie nachts aus und lasse ihre vier Kinder alleine, so der Vorwurf. Damit genügte sie weder den bürgerlichen Standards einer Ehefrau noch einer Mutter. „Vergnügungssucht“, „Vernachlässigung der Kinder“ und „Männerkontakte“ waren typische Zuschreibungen an als „asozial“ konstruierte Frauen. Das Kreiswohlfahrtsamt wandte sich daraufhin an den Landrat mit dem Ersuchen, man möge die Frau in eine Arbeitsanstalt einweisen. Die Gendarmerie teilte mit, Maria sei bereits „auf ihr unsoziales u. unerlaubtes Verhalten aufmerksam gemacht“ worden. Maria D. habe aber „in trotzigem Tone“ erklärt, sie habe „ein Anrecht auf Unterhaltung“. Die junge Frau betonte sogar, dass niemand, weder Nachbar*innen noch Obrigkeit, das Recht hätten, sie dafür zu beanstanden. Sie gab zu, sich im Nachbarort mit Soldaten unterhalten zu haben, betonte aber, dass man „sich als Frau mit Männern oder Soldaten unterhalten könne, ohne dass man deshalb schlecht sein müsse“. Der Postenführer kam jedoch zu dem Schluss: „Für die pflichtvergessene Mutter Maria D. […] würde die Einweisung in die Arbeitsanstalt Znaim eine verdiente Zurechtweisung bedeuten“, weiters könne man ihr so „zu Bewusstsein bringen, dass im Nationalsozialistischen Staate der Einzelne gar nichts, die Gemeinschaft aber alles“ sei. Ihre Einweisung solle ein „warnendes Beispiel“ sein. Im Juli 1942 wurde Maria D. in der Arbeitsanstalt Znaim interniert, die Kinder kamen in Pflege.

Marias Einspruch gegen die Einweisung wurde – wie alle anderen Einsprüche von Betroffenen auch – abgelehnt. Als Begründung gaben die Behörden ›

© Rosa Andraschek, Schichten (Steinhof), 2024

Deutschland ließ sich bis 2020 mit der Anerkennung als Opfergruppe Zeit.

an, ihr Verhalten sei „einer Soldatenfrau unwürdig“, ihre Einweisung stelle „einen gerechten Ausgleich“ gegenüber dem „Manne, der als Obergefreiter an der Ostfront für Führer und Reich seine Pflicht erfüllt“, dar. Der Mann intervenierte und verwies u. a. auf den Umstand, dass seine Frau als Arbeiterin auch schon vor dem Krieg öfter die Kinder allein habe lassen müssen. Als Reaktion auf seine Interventionen wurde Maria D. nach rund einem halben Jahr mit der Begründung aus der Arbeitsanstalt Znaim entlassen, der Ehemann solle während seines Urlaubs seine familiären Verhältnisse klären. Die Partei übergab damit das Schicksal der Frau wieder von öffentlichen in private, (ehe-)männliche Hände. Nach der Entlassung stand Maria D. aber weiterhin unter Beobachtung der Behörden, das Risiko einer abermaligen Einweisung oder der Kindesabnahme war groß. Über das weitere Leben von Maria D. ist nichts bekannt, durchaus typisch für die Opfergruppe der „Asozialen“. Die Forschungslücken sind groß.

Forschungslücken, Aufarbeitung und Erinnerung

Eine Gesamtzahl der als asozial verfolgten Menschen ist nicht bekannt. Die Geschichten der vielen Erziehungs- und Arbeitsanstalten oder psychiatrischen Abteilungen, in denen die als „asozial“ Bezeichneten zwangsinterniert, ausgebeutet, gequält und vielfach zwangssterilisiert wurden, sind bei Weitem nicht aufgearbeitet. Auch die Zahl der in Konzentrationslager Verschleppten kann nur geschätzt werden: Zehntausende erhielten dort den schwarzen Winkel, der für die als „asozial“ klassifizierten Menschen vorgesehen war. Ihre Todesrate war häufig besonders hoch. Als ausschließlich fremddefinierte Gruppe war es schwierig bis unmöglich, Solidarnetzwerke zu bilden, und das Stigma, „kriminell“ oder Teil des „Lumpenproletariats“ zu sein, haftete den zu „Asozialen“ Gemachten häufig innerhalb der Häftlingsgesellschaften der Lager, aber auch nach der Befreiung an. Das Stigma „asozial“ bestand fort.

Als Opfergruppe fanden die als „Asoziale“ Verfolgten lange keine Anerkennung. Im österreichischen Opferfürsorgegesetz wurden sie erst seit 2005 berücksichtigt, Deutschland ließ sich bis 2020 mit der Anerkennung Zeit.

LITERATUR

Helga, Amesberger / Brigitte, Halbmayr / Elke, Rajal, Stigma asozial. Geschlechtsspezifische Zuschreibungen, behördliche Routinen und Orte der Verfolgung im Nationalsozialismus, Wien 2020.

Wolfgang, Ayaß, „Gemeinschaftsfremde“. Quellen zur Verfolgung von „Asozialen“ 1933-1945, Koblenz 1998.

INFORMATIONEN

In der Arbeit _Schichten (Steinhof)_ aus dem Jahr 2024 widmet sich Rosa Andraschek den verborgenen und überbauten Aspekten des Pavillon 23 am Steinhof, in dem sich in der Zeit des Nationalsozialismus eine Arbeitsanstalt für sogenannte „asoziale“ Frauen und Mädchen befand.

© Elke Rajal

Elke Rajal ist als Sozialwissenschafterin an der Universität Passau beschäftigt und Mitglied der österreichischen Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU).

ROMA IN ÖSTERREICH

NS-Opferstatus lange verweigert

Die Mehrheit der Roma-Bevölkerung wurde im Nationalsozialismus ermordet. Von den 13.000 österreichischen Rom*nja und Sinti*zze überlebten nur 10 bis 15 Prozent die brutale NS-Verfolgungs- und Ausrottungspolitik. Die Anerkennung dieser Überlebenden war der Zweiten Republik jahrzehntelang kein Anliegen.

Ein Artikel von Erika Thurner.

Kontinuitäten von Ausgrenzung und Diskriminierung

Für die im Nationalsozialismus als „Asoziale“ und „Rassisch Minderwertige“ verfolgten Rom*nja und Sinti*zze gab es im befreiten Österreich kaum Unterstützung. Die wenigen KZ-Rückkehrer*innen wurden nach Kriegsende von Polizei und Sicherheitsbehörden observiert, drangsaliert und nach Möglichkeit „außer Landes geschafft“. Statt materieller Hilfestellung erließ das Innenministerium 1948 eine Verordnung gegen das „wieder einsetzende Zigeunerunwesen“!

Ablehnung und alte Vorurteile hatten das NS-System überlebt. Ob in burgenländischen Gemeinden, in Wien oder anderen Städten Österreichs, Rom*nja wurden an den Rand gedrängt. Sie lebten bis in die 1980er Jahre in der Anonymität, im Verborgenen. Und jene, die es wagten die eigene KZ-Haft und die Ermordung ihrer ganzen Familie zu erwähnen, wurden als KZ-Schwindler diffamiert und des Meineids bezichtigt.

Opfer-Mythos und Abwehrstrategien

Der österreichische Staat übernahm generell keine Mitverantwortung für die NS-Verbrechen, sondern deklarierte sich als erstes Opfer und nicht als Täterland. Mit diesem Mythos entzog sich die Zweite Republik der Verpflichtung, materielle Entschädigung zu leisten. Die Opfer wurden zu Bittsteller*innen für bescheidene Fürsorgezahlungen, die zunächst nur „ausgewiesenen“ Widerstandskämpfer*innen zugute kamen.

Abwehrstrategien und Ignoranz bestimmten den politischen und gesellschaftlichen Alltag. Nur auf Druck von außen, durch die Alliierten, mussten weitere Gruppen in die Opferfürsorge einbezogen werden. „Die Sache in die Länge ziehen“ und wenn möglich zu verweigern, das war die angesagte Praxis. An Leib und Leben geschädigte KZ-Überlebende mussten um ihre Rechte kämpfen, um Grundversorgung und KZ-Renten. Ohne enormen bürokratischen Aufwand unterstützender Akteur*innen und „glaubwürdiger“ Zeug*innen aus der Mehrheitsgesellschaft ging gar nichts.

Siehe S. 13

Schwache Gruppen ohne Fürsprecher*innen blieben chancenlos. So auch als 1949 erstmals „rassisch Verfolgte“ in den Kreis der Fürsorge-Berechtigten einbezogen wurden. Gemeint waren jüdische Holocaust-Opfer. Den Rom*nja blieb der ohnehin problematische Status, „Opfer der rassischen Verfolgung“, vorenthalten. Sie galten weder als glaubwürdig noch hatten sie eine Lobby. So beeinflusste die perfide NS-Eugenik – die Verdoppelung und argumentative Verschränkung des Verfolgungsmotivs als „Fremdrasse“ und als „Asoziale“ (potentielle Kriminelle) – die österreichische Opferfürsorge-Politik. Abschmetternde Urteile orientierten sich zudem stark an negativen bundesdeutschen Entscheidungen. ›

© Erika Thurner

Europas erstes Rom*nja-Mahnmal im burgenländischen Lackenbach.

Die Anerkennung als Opfer in die Länge ziehen oder zu verweigern, war die angesagte Praxis.

Solidarisches Handeln von Zeitzeug*innen

Die in den KZs geltenden Hierarchien hatten bezweckt, Solidarität unter den Häftlingen gering zu halten. Auch dies hatte Auswirkungen auf die Nachkriegsatmosphäre. Der Roma-Holocaust wurde banalisiert oder geleugnet. Entsprechend blieben diese ignorierten NS-Opfer jahrzehntelang auch aus der Gedenk- und Erinnerungskultur ausgegrenzt.

Doch gab es ehemalige Mithäftlinge und Antifaschist*innen, die für die Rom*nja Partei ergriffen, Einzelpersonen und Institutionen, die sich von der negativen Stimmung gegenüber den „Zigeunern“ nicht anstecken ließen. So engagierten sich in den 1950er und 1960er Jahren vor allem die Lagergemeinschaft Auschwitz sowie der KZ-Verband für diese ignorierte Opfergruppe.

Selma Steinmetz, Sozialdemokratin und kommunistische Widerstandskämpferin, setzte den Auftakt zur historischen Erforschung des NS-Roma-Holocaust. Mit ihrer bereits 1966 veröffentlichten Studie „Österreichs Zigeuner im NS-Staat“ legte sie ein erstes Fundament im deutschsprachigen Raum. Parallel zu Steinmetz informierte der Auschwitz-Überlebende Hermann Langbein in Interviews und Büchern als Augenzeuge über die grausamen Zustände im Auschwitzer „Zigeuner“-Lager.

Steinmetz und Langbein kämpften um materielle und ideelle Anerkennung der Rom*nja. Ab 1961 konnte eine Teilentschädigung erstritten werden. Allerdings nur für wenige. Und es erforderte einen unwürdigen Kleinkrieg gegen Sozialämter und ärztliche Gutachter.

Zeithistorische Forschung und erste Gedenkstätten

Bemühungen um ein „Zigeuner“-Mahnmal in Lackenbach stammen aus den 1960er Jahren. In dieser burgenländischen Gemeinde war 1940 das größte NS-„Zigeuner“-Arbeitslager auf österreichischem Boden errichtet worden. Doch damals war die Zeit noch nicht reif. Es bedurfte eines Generationenwechsels in Politik und Gesellschaft. Zudem gab es ab den 1980 Jahren Unterstützung für die „alten Auschwitzer“ durch engagierte, jüngere Einzelkämpfer*innen.

Weitere Forschungsergebnisse, auch die 1983 publizierte Dissertation der Verfasserin „Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich, schufen Voraussetzungen, um das erste Roma-Mahnmal in Europa zu realisieren. Im Oktober 1984 war es soweit. In Anwesenheit des Bundespräsidenten wurde das Lackenbacher Mahnmal eingeweiht. Für die Opfergruppe sprach der Wiener Sinto Josef Fojn. Rom*nja, Sinti*zze und Lovara aus ganz Österreich nahmen teil und konnten erstmals ein offizielles Gedenken an ihre eigene Verfolgung und für ihre ermordeten Familienmitglieder

erleben. Der Stein kam ins Rollen. Salzburg zog nach. Im Dezember 1985 wurde ein weiteres Mahnmal für die in Stadt und Land Salzburg zusammen getriebenen und im KZ Auschwitz ermordeten Rom*nja und Sinti*zze feierlich eingeweiht.

Selbstvertretung, Anerkennung und Empowerment

Im Gedenkjahr, im März 1988, besuchte Bundeskanzler Franz Vranitzky Lackenbach und setzte in seiner Rede vor dem Mahnmal den Auftakt zur ideellen Opferanerkennung. Dies führte dazu, dass sich nach und nach Roma outeten und im Sommer 1989 die erste Eigenorganisation im südburgenländischen Oberwart gründeten. Weitere Vereinsgründungen folgten in Wien, sodass im Dezember 1993 die Anerkennung als sechste österreichische Volksgruppe durchgesetzt werden konnte. „Ein enormer Kraftakt", so Rudolf Sarközi, einer der wichtigsten Aktivisten.

Kurz darauf, am 5. Februar 1995, geschah das Attentat von Oberwart. Eine Rohrbombe des rechtsextremen Täters Franz Fuchs tötete vier junge Roma. Entsetzen, Schockstarre und gegenseitige Schuldzuweisungen dominierten die ersten Tage. Die Teilnahme der gesamten Regierung an der Beerdigung der Opfer demonstrierte die beginnende Inklusion der Rom*nja in die Gesellschaft. Es bestärkte engagierte Rom*nja das begonnene soziale und kulturelle Engagement fortzusetzen! Das gemeinsame Projekt der mittlerweile zahlreichen Vereine – ein zentrales Roma-Mahnmal in Wien – wurde im österreichischen Parlament bereits abgesegnet.

© APA

Konstituierende Sitzung im Bundeskanzleramt zur Anerkennung der Rom*nja & Sinti*zze als Volksgruppen 1995.

LITERATUR

Erika Thurner / Elisabeth Hussl / Beate Eder-Jordan (Hg.), Roma und Travellers. Identitäten im Wandel, Innsbruck 2015.

RomArchive, weltweites digitales Archiv zu Roma und Sinti

INFOS

Rom*nja: Sammelbezeichnung für alle Angehörigen romanessprachiger Gruppen.

Sinti*zze: Rom*nja, die vorwiegend in Mitteleuropa leben, besonders in Deutschland.

Lovara: Eine Untergruppe der Rom*nja, die ursprünglich in der Slowakei und Ungarn beheimatet war. Heutzutage sind viele Lovara auch im Rest Europas und den Amerikas beheimatet.

Porajmos: In der jüngeren Literatur wird auch der Begriff Porajmos als Bezeichnung für den NS-Völkermord and den Rom*nja verwendet. In weiten Teilen der Roma-Community wird diese Bezeichnung allerdings abgelehnt.

© Hans-Christian Gruber

Erika Thurner, Historikerin und Politikwissenschafterin, bis 2016 Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck.

Jehovas Zeugen während des Nationalsozialismus

Verfolgt – Vergessen – Rehabilitiert

Die Geschichte der christlichen Glaubensgemeinschaft der Zeug*innen Jehovas während des Nationalsozialismus wird erst seit Ende der 1990er Jahre ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Die Zeug*innen Jehovas waren die Einzigen und Ersten, die im „Dritten Reich" allein wegen ihres Glaubens verboten wurden. Sie verweigerten alles, was mit Krieg zu tun hatte, und damit wurden sie zur größten Gruppe von Kriegsdienstverweigerern im Nationalsozialismus.

Ein Beitrag von Heide Gsell.

Gründe für die Verfolgung
Jehovas Zeugen wurden von den Nationalsozialisten als erste Religionsgemeinschaft verfolgt, weil sie sich an biblische Lehren hielten. Sie leisteten religiösen Widerstand gegen die Diktatur, indem sie den Hitlergruß, die Mitgliedschaft in NS-Organisationen sowie die Beteiligung an Krieg, Gewalt und Rüstungsproduktion verweigerten, sich mit anderen Opfergruppen solidarisierten und öffentlich über den verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus aufklärten. Schon im September 1934 beteiligten sich etwa österreichische Zeug*innen Jehovas an einer Telegrammaktion, die Hitler aufforderte, die Verfolgung der Zeugen Jehovas einzustellen.

Der Hauptkonfliktpunkt der Zeug*innen Jehovas mit dem NS-Regime bestand in der strikten Verweigerung des Wehrdienstes sowie aller anderen Tätigkeiten, die direkt oder indirekt dem Krieg dienten.

Jehovas Zeugen im Konzentrationslager
Sie wurden bereits ab 1933 in Konzentrationslager eingeliefert und als „Bibelforscher (Bifo oder IBV) Häftlinge" mit dem „Lila Winkel" gekennzeichnet. Die SS versuchte, ihren Widerstand mit allen erdenklichen Grausamkeiten zu brechen. Außerdem wollte man sie zur Unterschrift der sogenannten „Erklärung" bewegen. Dies bedeutete ein Abschwören ihres Glaubens, ein striktes Versammlungsverbot, die Abgabe der Schriften der „Bibelforscher" bei der Staatspolizei, andere „Bibelforscher" dort anzuzeigen und Kriegsdienst zu leisten. Das Unterschreiben hätte ein Freilassen aus der Haft bedeutet, was nur Zeug*innen Jehovas auf diese Weise angeboten wurde.

Das Jahr 1942 markierte schließlich durch die Definierung der „wirtschaftlichen Aufgabe" der Konzentrationslager einen Wendepunkt. Nun wurden internierte Zeug*innen Jehovas zu begehrten Arbeitskräften der SS. Dies bezeugt ein Schreiben Heinrich Himmlers an die Spitzen der beiden zuständigen SS-Behörden, Oswald Pohl und Heinrich Müller, vom 6. Jänner 1943. Darin wies Himmler an, das „Bibelforscherproblem" pragmatisch zu lösen und deren Qualitäten in der Landwirtschaft, in Handwerkerkommandos, SS-Haushalten und „Lebensborn-Heimen" zu nutzen, wo sie nichts mit dem Krieg zu tun hätten. Aufgrund von Himmlers diesbezüglichen Wünschen wurden Zeuginnen Jehovas auf österreichischem Gebiet in Außenlagern des KZ Mauthausen, wie etwa auf Schloss Mittersill, im Schloss Lannach und im Stift St. Lambrecht eingesetzt.

> *Der Hauptkonfliktpunkt mit dem NS-Regime bestand in der Verweigerung des Wehrdienstes.*

Verfolgung in Österreich
Die missionarische Tätigkeit der Zeug*innen Jehovas hatte bereits in den 1920er Jahren Anfeindungen von Seiten der Geistlichkeit zur Folge. Häufig kam es zur Beschlagnahmung von Literatur, zu Geld- und Haftstrafen, bis es 1936, im Austrofaschismus, zum endgültigen Verbot kam. Nun wurde die Tätigkeit

Beides © Verein Lila Winkel

links: Ankündigung des Telegramms: 1934 wurden tausende Telegramme an Hitler aus Amerika und europäischen Ländern versandt.
rechts: Hedwig Hummel, eine Zeugin Jehovas im Widerstand.

endgültig in den Untergrund verlegt. Einige reisten dennoch zu Kongressen der Zeug*innen Jehovas nach Luzern (1936) oder Prag (1937). Dort wurden sie auf die kommende Verfolgung unter den Nationalsozialisten vorbereitet.

Nach dem „Anschluss“ gerieten auch die österreichischen Zeug*innen Jehovas in das Visier des NS-Apparats; ab Juni 1938 kam es zu ersten Verhaftungen durch die Gestapo und erste Einlieferungen ins KZ folgten.

Eine große Verhaftungswelle folgte anlässlich des „Gedächtnismahles“ – einer Gedenkfeier zur Erinnerung an den Tod Jesu Christi – am 4. April 1939. August Kraft, der das Werk der Zeugen Jehovas leitete, wurde in Wien verhaftet und danach ins KZ Dachau eingeliefert. Ende September 1939 wurde er in einem Häftlingstransport von insgesamt 144 Zeugen Jehovas in das KZ Mauthausen überstellt. Er verstarb dort am 1. Februar 1940 an den unmenschlichen Bedingungen.

Am 26. September 1939 wurden am Militärschießplatz in Glanegg bei Salzburg die ersten Wehrdienstverweigerer in Österreich erschossen. Dabei handelte es sich um die Salzburger Josef Wegscheider und Johann Pichler.

Von den ungefähr 800 Angehörigen der Zeugen Jehovas in Österreich (Stand 1938) wurden 80 % Opfer von Inhaftierungen in Gefängnissen und Konzentrationslagern oder von Verfolgung anderer Art, wie z. B. Zwangsscheidung oder Kindesentzug. Insgesamt sind 154 Todesopfer zu verzeichnen, davon 124 Männer und 30 Frauen. Von diesen wurden mindestens 50 exekutiert, zumeist Männer, die den Wehrdienst verweigerten; die Ausnahme war Helene Delacher, die als einzige österreichische Zeugin Jehovas hingerichtet wurde, und zwar wegen „Wehrkraftzersetzung in Verbindung mit dem Versuch landesverräterischer Lügenhetze“. Mindestens 71 Kinder wurden den Schulen verwiesen, ihren Eltern entzogen und kamen zu Pflegefamilien oder in Erziehungsheime.

Vergessen: Hedwig Hummel blieb ihrer Überzeugung treu

Die Damenschneiderin Hedwig Hummel aus Wien, geboren 1903, hatte bereits einige familiäre Schicksalsschläge erlitten, als sie trotz Widerstand ihres Mannes Franz Hummel mit etwa 30 Jahren eine Zeugin Jehovas wurde.

Im Oktober 1941 wurde sie wegen Betätigung für die Zeugen Jehovas verhaftet. Im Polizeigefängnis unterschrieb sie offensichtlich unter Einfluss ihres Mannes eine Abschwörungserklärung, die aber keine Freilassung bewirkte. Bei der Gerichtsverhandlung im Februar 1942 wurde allerdings festgestellt, dass sie sich innerlich nicht von ihrer Überzeugung losgesagt hätte und auch weigern würde, in einer Munitionsfabrik zu arbeiten. Sie wurde daher wegen „Wehrkraftzersetzung“ zu 18 Monaten Haft verurteilt, die sie im Zuchthaus Aichach verbüßte. Danach wurde sie wieder ins Polizeigefängnis Wien überstellt. Weil sie weiterhin zu ihrer Überzeugung ›

stand, blieb sie in Schutzhaft und wurde im August 1943 ins KZ Ravensbrück überstellt. Sie bekam den lila Winkel mit der Nummer 21739.

Die SS wollte sie wieder dazu bringen, ihrem Glauben abzuschwören. Es ist ein Brief ihres Mannes erhalten, den er ihr ins KZ Ravensbrück schrieb, aus dem hervorgeht, wie sehr er sich dies wünschen würde: *„[…] wäre glücklich, wenn du endlich diese Bibelforscheransichten, die dir schon so viel Leid gebracht haben, an den Nagel hängen würdest. […] Also wenn du Gelegenheit hast zu unterschreiben, ich werde dir schon behilflich sein, […]“.*

Ende Juli 1944 wurde sie in das KZ Mauthausen – Außenlager St. Lambrecht in der Steiermark überstellt. Die 23 dort internierten Zeuginnen Jehovas aus Deutschland, den Niederlanden, Polen und Österreich mussten dort als Gärtnerinnen, Putzfrauen, Küchenpersonal oder Kindermädchen arbeiten.

Nach der Befreiung im Mai 1945 kehrte Hedwig erst Ende August über Umwege nach Wien zu ihrem Mann zurück. Sie überlebte ihren Mann um 10 Jahre und starb 1978 als eine überzeugte Zeugin Jehovas.

Ihr Name wurde 2004 durch die Dissertation von Anita Farkas über das Außenlager St. Lambrecht erstmals dem Vergessen entrissen. Aber erst zwanzig Jahre später konnte ihre Lebensgeschichte dank einer Sammlung von Original-Briefen und -Dokumenten vervollständigt werden. Sie wurde von Ernst Löschner, Ehrenpräsident von APC, vor vielen Jahren bei einer Auktion erstanden und an den Verein *Lila Winkel* (www.lilawinkel.at) weitergegeben.

Rehabilitierung

Die Geschichte der Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus wurde dank der Initiative der Glaubensgemeinschaft, Historiker*innen und Jurist*innen durch diverse Projekte und Publikationen aus der Vergessenheit gerissen. Auch wenn diese Aufarbeitung spät begann, waren es Opfer aus der Gruppe der Zeugen Jehovas, die als erstes eine juristische Rehabilitierung erfuhren, wie z. B. der Kärntner Anton Uran, der als Wehrdienstverweigerer am 3. Juni 1997 nach einem fast vergessenen österreichischen Gesetz rehabilitiert wurde.

LITERATUR

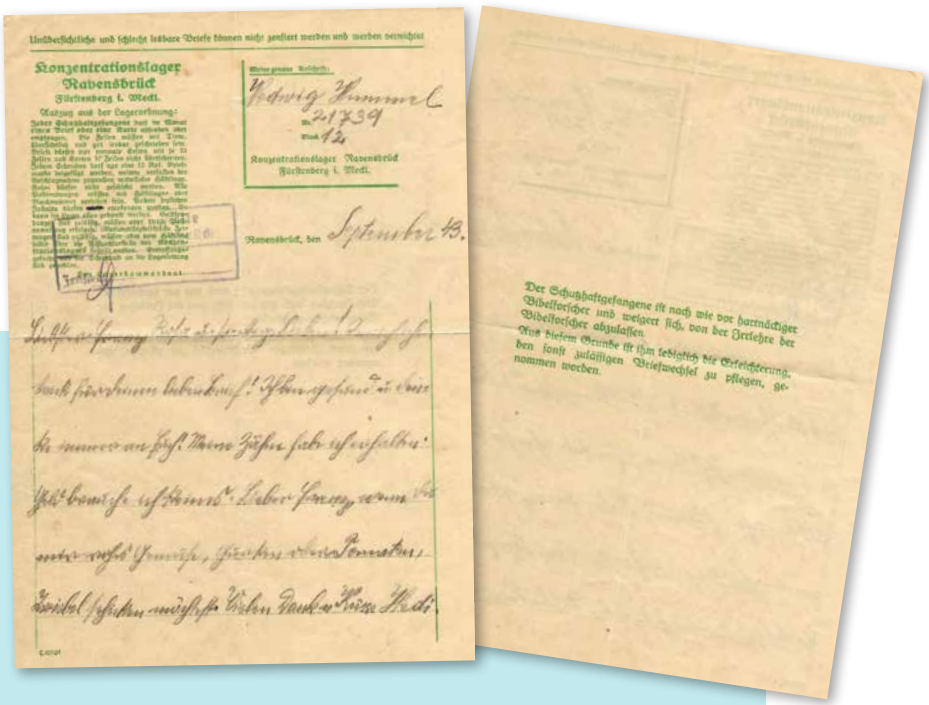
Anita Farkas, Geschichte(n) ins Leben holen, Die Bibelforscherinnen des Frauenkonzentrationslagers St. Lambrecht, Graz 2004.

Gerhard Besier / Katarzyna Stoklosa (Hg.), Jehovas Zeugen in Europa. Geschichte und Gegenwart, Band 3, Berlin 2018.

DÖW (Hg.), Zeugen Jehovas – Vergessene Opfer des Nationalsozialismus?, Wien 1999.

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes

© Verein Lila Winkel


Konzentrationslager Ravensbrück
Fürstenberg i. Mecklb.

Hedwig Hummel
21739

Ravensbrück, den September 43.

Der Schutzhaftgefangene ist nach wie vor hartnäckiger Bibelforscher und weigert sich, von der Irrlehre der Bibelforscher abzulassen.
Aus diesem Grunde ist ihm lediglich die Erleichterung, den sonst zulässigen Briefwechsel zu pflegen, genommen worden.

Brief von Hedwig Hummel aus dem KZ Ravensbrück an ihren Mann. Der Brief ist auf der Rückseite mit dem Stempel versehen, der erkennen ließ, dass der Absender in seiner Überzeugung treu geblieben ist.

© Heide Gsell

Heide Gsell ist Lehrerin sowie Vorstandsmitglied des Vereins *Lila Winkel*. Sie beschäftigt sich seit 20 Jahren mit der Geschichte der Zeug*innen Jehovas, publiziert und unterstützt Geschichtsprojekte.

Schwarze Menschen im Nationalsozialismus

Persons of Colour (PoC) zählten lange Zeit zu den vergessenen Opfergruppen des Nationalsozialismus. Neuere Untersuchungen werfen mittlerweile einiges Licht auf ihr Schicksal „unter dem Hakenkreuz". Forschungsbedarf besteht weiterhin.

Ein Beitrag von Walter Sauer.

Am 20. Mai 1938 wurden die „Nürnberger Gesetze" auf das besetzte Österreich übertragen. Damit begann die systemische Diskriminierung und Verfolgung aller, die von den Nationalsozialist*innen als nicht „reinrassig" eingestuft wurden. Oft wurde bislang übersehen, dass davon auch die Angehörigen der afrikanischen, asiatischen oder afroamerikanischen Bevölkerungsminderheiten betroffen waren. Die Palette der alltäglichen Repression gegen sie umfasste Ehe-, Schul-, Auftritts- und Berufsverbote, die Ausgrenzung aus der Sozialgesetzgebung, die gesetzliche Ermöglichung von Sterilisierung und mehr. *Persons of Colour* wurden weitestgehend marginalisiert, auch wenn es gegen sie keinen Vernichtungsbefehl gab wie gegen Jüdinnen*Juden. Angesichts ihrer geringen Anzahl und ihrer mageren Vermögensverhältnisse bestand für einen solchen auch keine Notwendigkeit. Selbst eine Kennzeichnung war nicht erforderlich – für die „Sichtbarkeit" sorgte ihre Hautfarbe ohnehin.

Selbst eine Kennzeichnung war nicht erforderlich – für die „Sichtbarkeit" sorgte ihre Hautfarbe ohnehin.

Die neue Rechtslage ermöglichte jenen *Backlash* bei den Grund- und Freiheitsrechten, den die heimische Rechte schon seit Langem gefordert hatte. Die Nazis hatten den Rassismus nicht erfunden. Abgesehen von seinen kolonialen Wurzeln stand die Politik des NS-Regimes vor allem in Kontinuität zur Kampagne „Schwarze Schmach" der 1920er Jahre, mit der gegen die französische Besetzung des Rheinlandes protestiert wurde, bei der westafrikanische Truppen zum Einsatz gekommen waren. Die Hassparole der „rassischen Degeneration" Frankreichs wurde zu einem Allgemeinplatz der NS-Propaganda, deren Wirksamkeit durch ihre gesetzliche Fixierung, die gleichgeschalteten Medien und den praktizierten Gesinnungsterror verschärft wurde. Weiters diente die stereotype Verbreitung negativer Klischees über Afrika bzw. *Persons of Colour* nicht nur zu deren eigener Diskriminierung, sondern auch dazu, Interesse oder gar Solidarität seitens der Mehrheitsgesellschaft zu diffamieren.

Behördenwidersprüche im Alltag

Wie viele Personen potentiell davon betroffen waren, ist schwer zu klären. Der Großteil Afrikas stand unter kolonialer Herrschaft, sodaß Afrikaner*innen (mit Ausnahme solcher aus Ägypten, Südafrika und Äthiopien) in Volkszählungen der jeweiligen europäischen Kolonialmächte eingerechnet wurden. Ob bzw. wie viele Schwarze ›

© Museu d'Història de Catalunya, Fondo Amical de Mauthausen (Barcelona)

Diener des KZ-Kommandanten in Fantasieuniform: José Carlos Grey Key.

sich 1939 bei einer Volkszählung in Österreich unter den 203 US-Amerikaner*innen befanden, ist ebenfalls unbekannt. Mehr Aufschluss geben die Akten des – für seine rassistische Praxis berüchtigten – *Wiener Gesundheitsamts*. In einer undatierten (1943?), nicht vollständigen Liste scheinen fünfzehn Kinder mit je einem afrikanischen oder afroamerikanischen Elternteil auf, vier mit einem asiatischen; eine weitere Liste verzeichnete Rom*nja und Sinti*zze. Sie alle waren von der alltäglichen Repression betroffen, wurden in eigene Schulen, oft in Heime gesteckt, auch Schulverbote sind bekannt. Burschen, die als aufsässig oder als zu sehr „mädchen-interessiert" denunziert wurden, gerieten in Haft. Vor allem ab 1941 verschärfte sich die Repression.

Bis 1942 spielte das Ziel der Wiedergewinnung früherer deutscher Kolonien eine nicht unwichtige Rolle im Rahmen der NS-Außenpolitik, und in Vorgriff darauf wurden Afrikaner*innen teils als Sprachlehrer*innen, ortskundige Hilfskräfte etc. in Reserve gehalten, teils für kolonialistische Propaganda eingesetzt.

Allerdings war die nationalsozialistische Verwaltungspraxis nicht konsistent. Dem rassistischen Bürokraten-/Medizinercluster standen außen- und kolonialpolitische Interessen gegenüber, denen in bestimmten Fällen an einer Schonung Schwarzer Menschen gelegen war. So wurden gelegentlich von Berlin – sehr zum Missfallen der Wiener Behörden – „Ehefähigkeitszeugnisse" für junge Frauen japanisch-europäischer Herkunft ausgestellt – Japan war ja mit Hitler-Deutschland verbündet. Auch für Menschen aus Subsahara-Afrika gab es Schlupflöcher, wenn sie aus den früheren deutschen Kolonien stammten. Bis 1942 spielte das Ziel der Wiedergewinnung derselben eine nicht unwichtige Rolle im Rahmen der NS-Außenpolitik, und in Vorgriff darauf wurden Afrikaner*innen teils als Sprachlehrer*innen, ortskundige Hilfskräfte etc. in Reserve gehalten, teils für kolonialistische Propaganda eingesetzt.

Ein Betätigungsfeld dafür bot die Filmindustrie, die in nicht wenigen Streifen die Kolonialpolitik des wilhelminischen Reiches glorifizierte und dafür Komparsen benötigte. Eine weitere Auftrittsmöglichkeit *für Persons of Colour* bot die sogenannte „Deutsche Afrikaschau", eine auf Messen und Jahrmärkten gezeigte Veranstaltung in der Tradition der Völkerschauen des 19. Jahrhunderts. 1939/40 trat sie in Österreich auf, allerdings nicht in Wien. Es sollte ihre letzte größere Tournee sein. Ihre von Berlin angeordnete

Einstellung nahm den Aufschub der Kolonialpläne vorweg, der in Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion erfolgte. Dass sich, wie erwähnt, 1941/42 die Repression gegen Schwarze Menschen durch Polizei- und Gesundheitsbehörden verstärkte, hing wohl mit dem Erlöschen dieses kolonialpolitischen Interesses zusammen, stand aber auch im Kontext der verschärften Repression gegen Jüdinnen*Juden und des Übergangs zur Deportationspolitik.

Zwangsarbeit, Kriegsgefangenschaft und KZ

Der alltägliche Terror der NS-Behörden zielte darauf ab, die wenigen in Österreich ansässigen *Persons of Colour* zu isolieren und ihre Integration zu verhindern. Gleichzeitig geriet jedoch im Verlauf des Krieges eine wesentlich größere Zahl an Menschen afrikanischer, arabischer, asiatischer oder afroamerikanischer Herkunft unter die NS-Herrschaft und wurde als Zwangsarbeiter*innen, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge in Lager deportiert. Für Österreich wird die Zahl der ausländischen Zwangsarbeitskräfte auf etwa eine Million geschätzt. Unter ihnen befanden sich Nordafrikaner*innen, über deren Schicksale wenig bekannt ist. Besser ist die Informationslage bei den Kriegsgefangenen. Aufstellungen des Berliner Reichsarbeitsministeriums vom Juli 1940 verzeichneten für das Lager Kaisersteinbruch zwischen 954 und 1143 „farbige Gefangene", etwa zwei Prozent des Gesamtbelags; ähnlich war es in anderen Lagern. Angesichts der gegebenen rassistischen Vorurteile sowie der Propaganda gegen die alliierten Kolonialsoldaten war die Behandlung dieser Schwarzen Kriegsgefangenen sicherlich problematisch.

Dass *People of Colour* auch in Konzentrationslager eingeliefert wurden, ging in erster Linie ebenfalls auf die kriegerische Expansion des „Dritten Reiches" zurück. Es handelte sich vor allem um Opfer der Repression in besetzten Gebieten, insbesondere in Frankreich. Die Häftlingsgesellschaften in den Lagern des NS-Regimes spiegelten insofern die jahrhundertealten Migrationsbeziehungen Europas zu anderen Kontinenten wider. Für das KZ Mauthausen und seine Nebenlager konnten auf Basis der unvollständig erhaltenen Personaldaten 405 (fast ausschließlich männliche) Gefangene außereuropäischer Herkunft dokumentiert werden, davon 212 mit Geburtsort in Afrika (davon etwa die Hälfte aus Algerien, zehn aus Subsahara-Afrika). Weitere zehn Personen waren in der Karibik geboren, 62 in Nord- und Südamerika, 117 in Asien. Etwa zwei Drittel waren als *Persons of Colour* die übrigen Nachkommen europäischer Einwanderer, z. B. weiße Algerier.

In Mauthausen waren sie zum überwiegenden Teil aus politischen, selten aus „rassischen" Gründen interniert. Bei etwa der Hälfte der erfassten Personen war der Einweisungsgrund „Schutzhaft", andere waren spanische Republikaner, alle außereuropäischer (migrantischer) Herkunft. Dass es in erster Linie um politische Repression ging, zeigt auch der Umstand, dass von der Lagerverwaltung nur in seltenen Fällen auf die Hautfarbe Bezug genommen wurde. Über ihre Behandlung im KZ Mauthausen können nur Mutmaßungen angestellt werden. Die wenigen bekannten Augenzeugenberichte deuten sowohl auf Demütigungen als auch Exotisierung aufgrund der Hautfarbe hin, etwa im Fall des spanischen Antifaschisten José Carlos Grey Key (Abstammung aus Äquatorialguinea), der vom Lagerkommandanten als persönlicher Diener verwendet wurde. Die Bilanz nach der (Selbst-) Befreiung Mauthausens war jedenfalls auch in dieser Hinsicht erschütternd. Soweit feststellbar, hat mehr als die Hälfte der außereuropäischen Häftlinge die KZ-Haft nicht überlebt.

LITERATUR

Christine Alonza / Peter Martin (Hg.), Zwischen Charleston und Stechschritt. Schwarze im Nationalsozialismus, Hamburg / München 2004.

Mary-Loise Romney-Schaab, An Afro-Caribbean in the Nazi Era. From Papiamentu to German, o.O. 2020.

Walter Sauer, Jenseits von Soliman. Afrikanische Migration und Communitybuilding in Österreich – eine Geschichte, Innsbruck / Wien 2022.

© BMBWF / Gabor Mayerhoferr

Walter Sauer ist Historiker (Univ. Wien) mit Schwerpunkt Kolonialgeschichte und Beziehungen Österreichs zu Afrika.

Die Verfolgung Homosexueller in der NS-Zeit

Die Verfolgung von Männern und Frauen wegen gleichgeschlechtlicher Beziehungen gab es vor und nach der NS-Zeit. Die Jahre 1938 bis 1945 stellten aber den Höhepunkt in einem Verfolgungskontinuum dar, nicht nur von der Höhe der verhängten Urteile, auch von den Straffolgen wie Arbeitslager, KZ-Haft und Todesstrafe.

Ein Beitrag von Andreas Brunner, Zentrum QWIEN.

Am 29. April 1940 wurde der Unterhaltungskünstler Heinrich Weber wegen „Unzucht wider die Natur mit Personen desselben Geschlechts“ zu 18 Monaten schwerem Kerker verurteilt. Der 1889 in St. Gilgen geborene Weber lebte mit seinem Partner, der als Musiker tätig war, in Salzburg und wurde wohl auch deshalb zu einer relativ hohen Haftstrafe verurteilt, weil er schon einschlägig vorbestraft war. Nach Verbüßung der Haft wurde er nicht entlassen, sondern am 28. August 1941 als „Schutzhäftling“ im KZ Dachau interniert. Anfang März wurde Heinrich Weber mit einem „Invalidentransport“ in die Tötungsanstalt Schloss Hartheim bei Linz überstellt, wo der 52-Jährige in der Gaskammer ermordet wurde. Wenig glaubhaft wurde offiziell der 18. Mai 1942 als Todesdatum angegeben, „Versagen von Herz und Kreislauf, bei Magenkrebs“ als vorgeschobene Todesursache.

Siehe S. 27

Das Schicksal Heinrich Webers ist eines von zehn Männern, deren Verfolgung zumindest rudimentär auf der Website der in Salzburg verlegten Stolpersteine dokumentiert ist. Die Erforschung weiterer Verfolgter ist schwierig bis unmöglich, weil noch in den 1990er Jahren von den Verantwortlichen des *Salzburger Landesarchivs* die betreffenden Akten „skartiert“, also vernichtet wurden, weil ihnen kein geschichtlicher Wert zugestanden wurde. Somit haben jene, die für die Bewahrung des historischen Erbes verantwortlich waren, für die weitgehende Tilgung der homosexuellen Opfer der NS-Zeit aus der Geschichte und Erinnerungskultur gesorgt.

Ideologische Voraussetzungen

Mit der Ermordung des als homosexuell geouteten SA-Chefs Ernst Röhm 1934 verschärften die Nationalsozialist*innen die Maßnahmen gegen Homosexuelle deutlich. In einem Geheimerlass zur „Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung“, der an alle Polizeidienststellen geschickt wurde, fasste Heinrich Himmler, Reichsführer SS und Chef der *Deutschen Polizei*, im Oktober 1936 die ideologischen Grundlagen zusammen: *„Die erhebliche Gefährdung der Bevölkerungspolitik und Volksgesundheit durch […] die homosexuelle Betätigung einer nicht unerheblichen Schicht der Bevölkerung, in der eine der größten Gefahren für die Jugend liegt, erfordert mehr als bisher eine wirksame Bekämpfung dieser Volksseuche.“*

Der Geheimerlass führte zur Schaffung einer eigenen Gestapo-Abteilung, die nach dem „Anschluss“ auch in Österreich tätig wurde. Rechtliche Grundlage blieb aber auch nach dem März 1938 das bestehende österreichische Strafgesetz.

Strafrechtliche Voraussetzungen

Der § 129 Ib des österreichischen Strafgesetzes von 1852 bildete die Grundlage:
„§ 129. Verbrechen der Unzucht. I. […] Unzucht wider die Natur, das ist a) mit Tieren; b) mit Personen desselben Geschlechts.
§ 130. Strafe. Die Strafe ist schwerer Kerker von einem bis zu fünf Jahren. […]“

Der Paragraf war vor und während der NS-Zeit und in der Zweiten Republik bis 1971 unverändert in Kraft, was auch Auswirkungen auf die Anerkennung Homosexueller als NS-Opfer hatte, denn die österreichischen Regierungen lehnten einen Opferstatus jahrzehntelang mit dem Argument ab, dass es sich um keine nationalsozialistische Verfolgung gehandelt hätte. Der § 129 Ib StG war

Gestapo-Foto von Franz Doms, der im Februar 1944 am Wiener Landesgericht als „gefährlicher Gewohnheitsverbrecher“ wegen sexueller Kontakte zu 18 Männern im Alter von 21 Jahren hingerichtet wurde.

© WStLA, Landesgericht für Strafsachen, A11: LG I Vr 2398/43

© Sebastian Sillinger

Stolperstein für Heinrich Weber in der Linzer Gasse 24 in Salzburg.

geschlechtsneutral formuliert, weshalb im Bereich des ehemaligen Österreichs auch weibliche Homosexualität verfolgt wurde. Im „Altreich“ galt der reichsdeutsche § 175 RStGB, der nur gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen Männern pönalisierte.

Der § 175 verfolgte zunächst nur eine „beischlafähnliche Handlung“ zwischen Männern. Durch eine Verschärfung im Jahr 1935 wurde er aber auf alle Handlungen ausgedehnt, die dem „gesunden Volksempfinden“ widersprachen. Da nach dem „Anschluss“ die Richter im Sinne des österreichischen Strafrechts urteilten, ergab sich dadurch, nicht nur was Frauen betraf, eine unterschiedliche Rechtsprechung, die zu tendenziell milderen Urteilen im ehemaligen Österreich führte, da zumindest der Versuch einer konkreten Tathandlung nachgewiesen werden musste, um eine Verurteilung aussprechen zu können.

Nach einer Kampagne der SS in ihrem Kampfblatt „Das schwarze Korps“ erfolgte im Jahr 1940 durch ein Urteil des Reichsgerichts die Angleichung der Rechtsprechung zwischen dem

Die österreichischen Regierungen lehnten einen Opferstatus jahrzehntelang mit dem Argument ab, dass es sich um keine nationalsozialistische Verfolgung gehandelt hätte.

„Altreich“ und der „Ostmark“, was die Strafverfolgung verschärfte. Dazu kam die Einführung von Sondergerichten, die Homosexuelle als „Gewohnheitsverbrecher“ auch zum Tode verurteilen konnten.

Unklare Zahlen

Die Verfolgungsintensität stieg unmittelbar nach dem „Anschluss“ stark an, da nun zwei Polizeieinheiten zuständig waren: die Kriminalpolizei und die Abteilung II HS der Gestapo. Zwischen 1937 und 1939 hatten sich die Verfahren mehr als vervierfacht. Absolute Zahlen sind aufgrund fehlender Quellen (siehe oben) nur zu schätzen. Für das gesamte Reich geht man von etwa 50.000 Verfahren aus, zwischen 6.000 und 8.000 Männer wurden in Konzentrationslagern interniert.

Für Wien erlauben die Forschungen von *QWIEN – Zentrum für queere Geschichte* genauere Aussagen. In der *QWIEN*-Opferdatenbank wurden ca. 1.400 männliche und 80 weibliche Verurteilte erfasst. Das Verhältnis von 95:5 zwischen Männern und Frauen blieb in der NS-Zeit im Vergleich zu davor und danach statistisch unverändert. Weil das patriarchale „völkische“ System des NS-Staats Frauen wenig öffentlichen Raum zugestand und ihnen eine eigenständige Sexualität absprach, wurde der Verfolgung weiblicher Homosexualität weniger Augenmerk geschenkt.

Das zeigt sich auch bei außergerichtlichen Maßnahmen gegen Frauen: Grundsätzlich hatten Gestapo und Kripo die Möglichkeit, über Straftäter*innen, politische Gegner*innen, „Gewohnheitsverbrecher“ und Personen, die als „asozial“ ›

definiert wurden, „Schutzhaft“ zu verhängen, was zu einer Einweisung in Konzentrationslager führen konnte. In Wien wurden 121 Männer nachgewiesen, die wegen homosexueller Handlungen in ein KZ deportiert wurden. Nur etwa 30 % dieser in vielen KZs mit einem rosa Winkel, manchmal aber auch als „Berufsverbrecher” mit einem grünen Winkel zwangsgekennzeichneten Häftlinge überlebten.

Siehe S. 40

Zugeschriebene „Asozialität“

In Wien konnten bislang nur zwei Frauen nachgewiesen werden, gegen die „Vorbeugemaßnahmen“ und damit eine mögliche „Schutzhaft“ vorgesehen waren, aber keine Einweisung in ein KZ wegen homosexueller Handlungen. Aktuelle Forschungen von Natascha Bobrowsky zur Verfolgung von Frauen in ganz Österreich zeigen, dass in einzelnen Bundesländern sehr wohl Frauen in Arbeits-, Erziehungs- und Konzentrationslager wegen des Vorwurfs der „Unzucht wider die Natur“ eingewiesen wurden. Doch war dieses Verbrechen oft eines in einem Bündel an Delikten, sodass die Frauen der „Asozialität“ bezichtigt wurden. Oft wurde ihnen zudem „Vermännlichung“ vorgeworfen.

Weil das patriarchale völkische System des NS-Staats Frauen wenig öffentlichen Raum zugestand und ihnen eine eigenständige Sexualität absprach, wurde der Verfolgung weiblicher Homosexualität weniger Augenmerk geschenkt.

Gender-Nonkonformität machte verdächtig, männlich auftretende Frauen wie effeminierte Männer wurden härter bestraft. Dies traf auch auf Personen zu, die wir heute als trans- oder intergeschlechtlich lesen würden. Identitätsbezeichnungen bleiben aber schwierig, weil wir praktisch keine Selbstzeugnisse der Betroffenen haben und nur auf Basis der Quellen der Verfolgungsbehörden und auf Basis ihrer Zuschreibungen auf Identitäten schließen können.

Auch wenn die Art und Intensität der strafrechtlichen Verfolgung zwischen Männern und Frauen unterschiedlich waren, waren die Folgen im Alltag ähnlich: Überwachung von Treffpunkten, Rückzug ins Private, Verleugnung der eigenen Identität und Angst. Doch das änderte sich auch in der Nachkriegszeit nicht: Erst 1971 wurde das Totalverbot von Homosexualität aufgehoben, erst 2002 endete jede strafrechtliche Verfolgung. 2005 wurden Homosexuelle als Opfer nach dem Opferfürsorgegesetz anerkannt. Zu spät!

Siehe S. 87

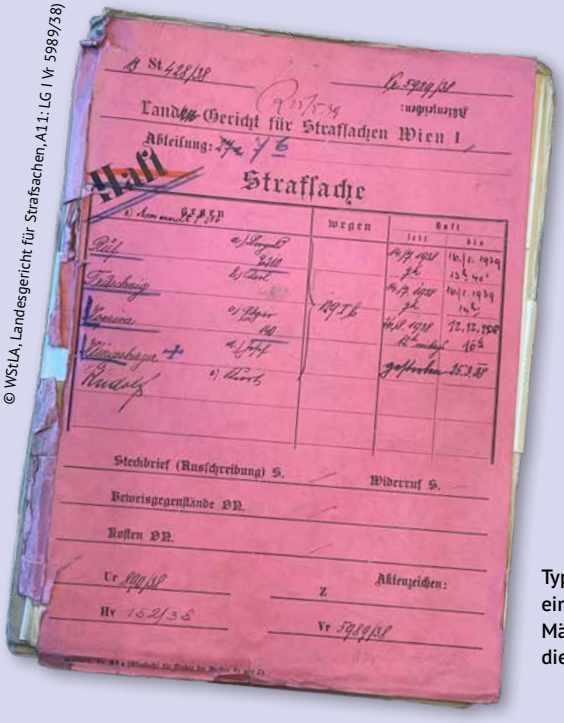
LITERATUR

Natascha Bobrowsky, Verbotene Beziehungen. Weibliche Homosexualität im nationalsozialistischen Österreich, Wien 2024.

Andreas Brunner / Hannes Sulzenbacher (Hg.), Homosexualität und Nationalsozialismus in Wien, Wien 2023.

INFORMATIONEN

Stolpersteine Salzburg



© WStLA, Landesgericht für Strafsachen, A11: LG I Vr 5989/38)

Typisch rosafarbene Aktenmappe eines Verfahrens gegen fünf Männer, die wegen „Unzucht wider die Natur“ verfolgt wurden.

© Andreas Brunner

Andreas Brunner ist Co-Leiter vom *QWIEN – Zentrum für queere Geschichte* in Wien, Kurator und Autor zahlreicher Publikationen zur queeren Geschichte. In Wien entwirft und organisiert er auch queere Stadtspaziergänge.

DIE SCHATTENSEITEN DES „MYTHOS“ KAPRUN

NS-ZWANGSARBEIT IM TAUERN-KRAFTWERK

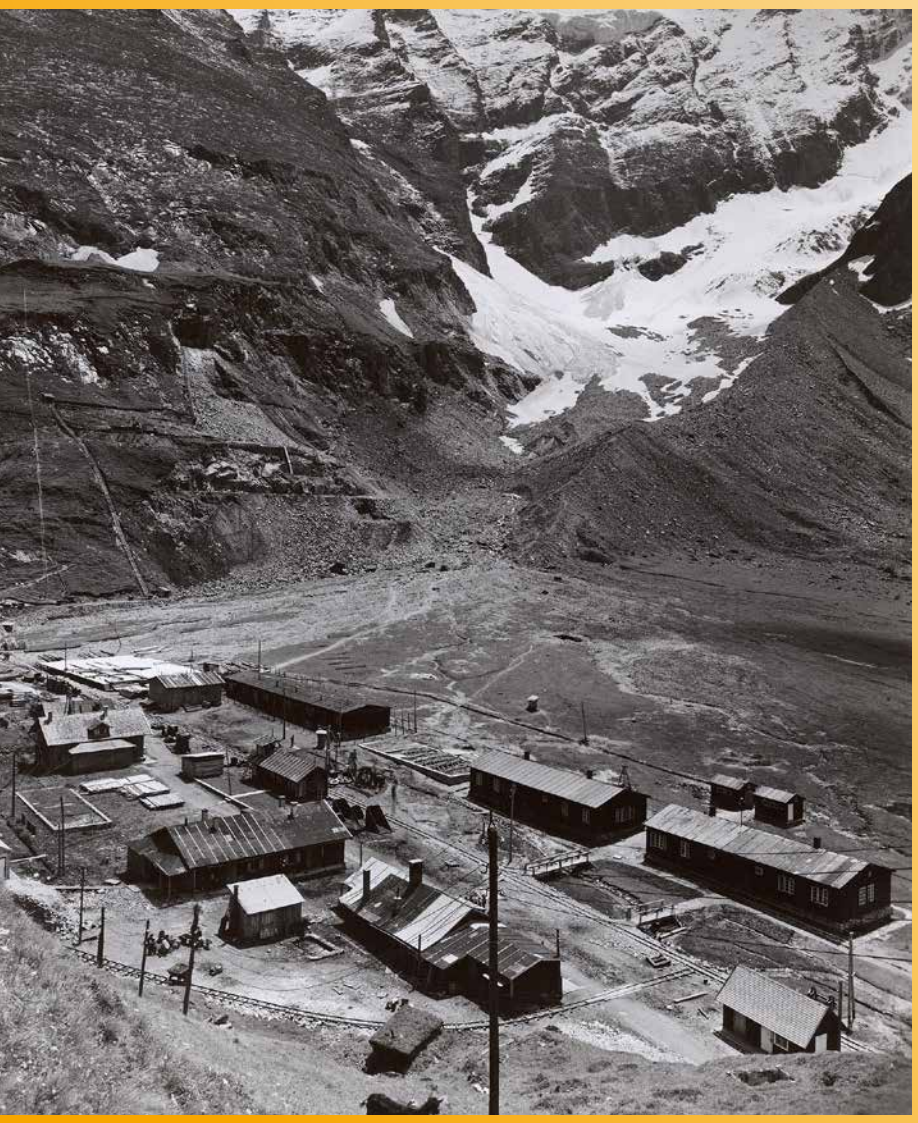
Das 1955 fertiggestellte Tauernkraftwerk Kaprun galt lange als das Symbol für den Wiederaufbau Österreichs nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Die „Schattenseiten“ von Kaprun – seine Vorgeschichte im Nationalsozialismus – wurden in dieser patriotischen Selbstdarstellung lange außer Acht gelassen.

Ein Beitrag von Margit Reiter.

Unmittelbar nach dem „Anschluss“ im März 1938 hatte Göring den sofortigen Beginn des Baus „eines gewaltigen Kraftwerkes in den Hohen Tauern“ angekündigt. Göring ließ es sich nicht nehmen, am 16. Mai 1938 höchstpersönlich den „ersten Spatenstich“ des Tauernkraftwerks vorzunehmen. Die NS-Propaganda schilderte den für Kaprun bedeutungsvollen Tag folgendermaßen: *„Unter den brausenden Heilrufen der Menge“* traf Göring in Kaprun ein, er *„schritt zum Bauplatz, die Böller krachten, die Sirenen heulten auf, die Feldbahn fuhr vor. Nun griff Hermann Göring nach dem Spaten und startete unter dem Jubel der Menge die Arbeit. Ein brausendes Sieg-Heil auf den Führer und die Lieder der Nation beendeten den eindrucksvollen Baubeginn des Tauernkraftwerkes.“* ›

© Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek

Die propagandistisch inszenierte Feier mit Hermann Göring beim Spatenstich für das Kraftwerk Kaprun.



© Verbund AG

Errichtung der Großbaustelle am Mooserboden 1943. In der eingezäunten Baracke im Hintergrund waren Kriegsgefangene untergebracht.

Das wirtschaftliche Interesse der NS-Machthaber am geplanten Tauernkraftwerk war groß, es sollte zur Energieversorgung für das „Altreich" dienen und man begann unverzüglich mit den Bauarbeiten. Bei Kriegsbeginn kam das NS-Prestigeprojekt allerdings bald ins Stocken und die ehrgeizigen Pläne konnten nicht annähernd eingehalten werden. Gründe dafür waren u. a. der Mangel an Baumaterial und Treibstoff, diverse Wetterkatastrophen und vor allem der Mangel an Arbeitskräften.

Vom „Gastarbeiter" zur Zwangsarbeit

Der Arbeitskräftemangel zog sich wie ein roter Faden als „Dauerproblem" durch den gesamten Bauprozess. Ursprünglich sollte durch den Kraftwerksbau die herrschende Arbeitslosigkeit schlagartig beseitigt werden. Tatsächlich fanden in den ersten Baumonaten viele Einheimische Arbeit, was zu einer anfänglichen Euphorie führte. Seit Beginn des Kriegs, als ein Großteil der männlichen Bevölkerung zur Wehrmacht eingezogen wurde, war das Problem des Arbeitskräftemangels aber akut. Trotz großer ideologischer Bedenken griff man nun auch auf ausländische Arbeitskräfte zurück und schon bald stieg der Ausländeranteil auf über 90 % an.

Insgesamt arbeiteten Tausende (ausländische) Menschen in Kaprun: Ungefähr 6300 ausländische Arbeiter – es handelt sich hier überwiegend um Männer – sind namentlich bekannt. Die nationale Zusammensetzung der Arbeiterschaft war äußerst heterogen. Den größten Anteil machten Italiener und Polen aus, aber auch viele Arbeiter aus Frankreich und sogenannte „Ostarbeiter" waren bei der Großbaustelle beschäftigt. Insgesamt waren in Kaprun beinahe zwanzig verschiedene Nationalitäten aus ganz Europa vertreten.

Nicht alle dieser ausländischen Arbeitskräfte sind der Kategorie der „Zwangsarbeiter" zuzuordnen. Anfangs kamen viele von ihnen als „Gastarbeiter" freiwillig nach Kaprun (vor allem aus den mit dem Deutschen Reich „befreundeten" Staaten Italien, Slowakei, Kroatien und Ungarn), weil sie den Versprechungen der NS-Propaganda Glauben schenkten und sich gute Arbeitsbedingungen und hohe Löhne erwarteten. Seit Kriegsbeginn arbeiteten aber viele keineswegs mehr freiwillig in Kaprun, sondern sie wurden im Zuge des nationalsozialistischen

Auf der untersten Ebene dieser Hierarchie standen die als „rassisch minderwertig" eingestuften „Ostarbeiter".

Eroberungskriegs aus ihrer Heimat deportiert oder als Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit gezwungen. Jüdische Zwangsarbeiter gab es in Kaprun wenig: 1939 arbeiteten dort für kurze Zeit 30 Juden, die in zwei sogenannten „Judenlagern" untergebracht waren.

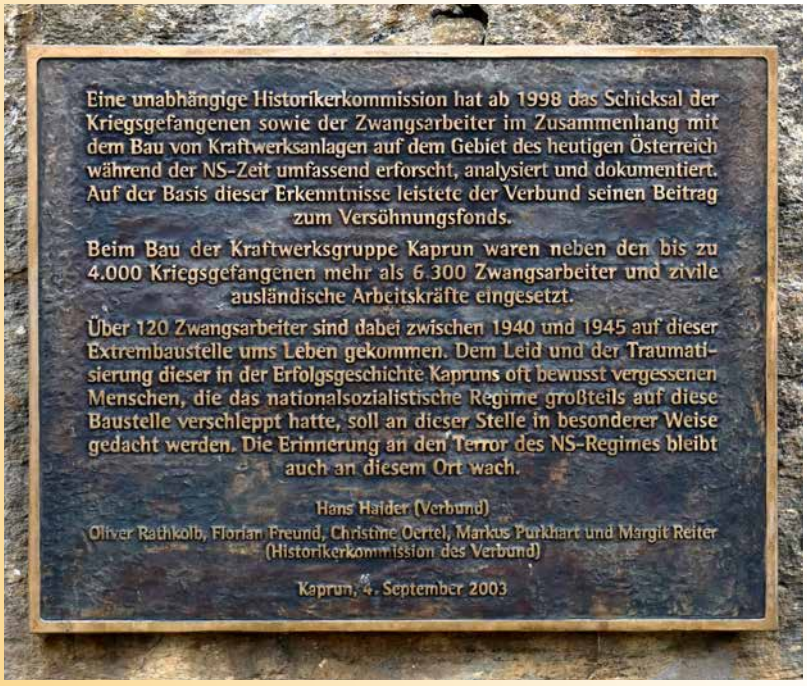
Unter den verschiedenen Nationalitäten bestand eine strenge Hierarchie, die sich an der rassistisch-nationalsozialistischen Ideologie orientierte: Nicht alle wurden gleich behandelt, nicht alle hatten dieselben Arbeitsbedingungen. Es gab ein West-Ost-Gefälle, wonach es den Arbeitern aus westlichen Staaten besser ging als den Arbeitskräften aus Süd- und Osteuropa. Auf der untersten Ebene dieser Hierarchie standen die als „rassisch minderwertig" eingestuften Arbeiter aus der damaligen Sowjetunion (Russen, Ukrainer usw.), die sogenannten „Ostarbeiter".

Harte Lebens- und Arbeitsbedingungen

Die Lebensbedingungen für ausländische Zwangsarbeiter in Kaprun waren überaus hart. Die Hochgebirgslage der Baustelle führte zu vielen Arbeitsunfällen mit oft tödlichem Ausgang. Die größte Gefahr ging von den Lawinen aus, aber auch bei Steinschlägen und bei Sprengarbeiten kam es zu schweren Unfällen. Die hohe Unfallrate lag außerdem an der schlechten Ausrüstung und an der Rücksichtslosigkeit der Bauleitung, die das Bautempo um jeden Preis vorantreiben wollte. Die Gesamtzahl der ausländischen Todesopfer ist nicht bekannt – 56 Todesfälle können konkret nachgewiesen werden – die Dunkelziffer liegt aber um vieles höher.

Vergessene Opfer: Als „Ostarbeiter" in Kaprun

Die Lage der „Ostarbeiter" in Kaprun war besonders schlimm. Sie waren in eigenen Lagerbaracken untergebracht, die von Stacheldraht umgeben waren und streng bewacht wurden. Trotz ihres jugendlichen Alters (viele waren erst 20 Jahre oder jünger) wurden sie zur Schwerstarbeit eingeteilt. Ein Arbeitstag dauerte durchschnittlich bis zu 12 Stunden, ihre Arbeit bestand unter anderem aus Einladen und Zerschlagen von Steinen (ohne Schutzmaske), Ausladen von Baumaterial und Kohle aus den Waggons und oft mussten sie in den Stollen ohne Gummistiefel bis zu den Knien im Wasser arbeiten. Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung waren strengstens untersagt bzw. kamen ohnehin kaum zustande, da sie die hochgelegenen Lager kaum verlassen konnten. Auch Zeitunglesen, Radiohören oder sonstige Freizeitbeschäftigungen waren ihnen untersagt.



© C.Stadler/Bwag, CC BY-SA 4.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>, via Wikimedia Commons

Gedenktafel in Kaprun.

Für die osteuropäischen Zwangsarbeiter bedeutete die Befreiung meist nur ein vorläufiges Ende.

Erst mit dem Einmarsch der Amerikaner und der Befreiung im Mai 1945 war dem Leiden der Zwangsarbeiter ein Ende gesetzt. In der Pfarrchronik von Kaprun findet sich dazu folgende Eintragung: *„Die Arbeiterlager [...] sind geräumt. Hunger und Peitsche sind für die Russen u. Polen vorbei. Kaprun rüstet zum Empfang der Alliierten – rotweißrote Fahnen wehen wieder."* Für die osteuropäischen Zwangsarbeiter bedeutete die Befreiung meist nur ein vorläufiges Ende, denn nicht selten waren sie nach ihrer Rückkehr in die Heimat mit dem Vorwurf der Kollaboration konfrontiert, sie wurden in vielerlei Hinsicht benachteiligt und lange nicht als „Opfer" anerkannt. ›

„NS-Hochburg“ Kaprun

Die Hauptverantwortung für den Kraftwerksbau in Kaprun zwischen 1938 und 1945 lag in den Händen von Hermann Grengg, einem Wasserkraftexperten aus der Steiermark. Grengg galt als „politisch zuverlässig“, denn er kam aus dem deutschnationalen Milieu, war illegales NSDAP-Mitglied gewesen und wurde Mitglied der SA.

Bei der Zusammenstellung des Bauteams griff Grengg oft auf alte Gesinnungsgenossen aus der „Verbotszeit“ zurück, u. a. auf seinen Schwager Rudolf Bratschko, den Entwurfsleiter Harald Lauffer und den Geologen Josef Stiny. Ein überzeugter und mächtiger Nationalsozialist auf der Baustelle war auch der Talbauleiter Walter Wessiak, gleichzeitig Ortsgruppenleiter und Führer des Volkssturms in Kaprun. Nicht zuletzt wegen dieser personellen Zusammensetzung galt Kaprun bald als „NS-Hochburg“. Für die NS-Führungskräfte und Technokraten waren die ausländischen Arbeitskräfte lediglich Ziffern in ihrer Statistik, für deren Arbeitsleistung sie noch in der Nachkriegszeit nur Geringschätzung übrig hatten.

Für die NS-Führungskräfte und Technokraten waren die ausländischen Arbeitskräfte lediglich Ziffern in ihrer Statistik.

Der „Nachkriegsmythos“ Kaprun

Nach Kriegsende wurde Kaprun von den Amerikanern unter öffentliche Verwaltung gestellt und im Juli 1946 treuhänderisch an die österreichische Regierung übergeben. In den folgenden Jahren schritt der Bau unter großem öffentlichem Interesse und mit finanzieller Unterstützung aus den Mitteln des Marshall-Plans stetig voran. 1955 – im Jahr des österreichischen Staatsvertrags – wurde das Tauernkraftwerk offiziell beendet und im Beisein der österreichischen Politprominenz feierlich eröffnet.

Kaprun ist nur *ein* Beispiel für den problematischen Umgang Österreichs mit der NS-Vergangenheit.

Kaprun galt in Österreich über Jahrzehnte hinweg als *das* Symbol für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Österreichs nach Ende des Kriegs, als Symbol für den Sieg der Technik gegenüber der Natur und als patriotisches Gemeinschaftswerk. Das Image der heldenhaften „Männer von Kaprun“ wurde in den 1950er Jahren in Film, Literatur und in der Öffentlichkeit zelebriert und zum Mythos überhöht.

Der „Mythos Kaprun“ war aber in mehrfacher Hinsicht ein Konstrukt: Vor allem blieb die Zeit des Nationalsozialismus in der rot-weiß-roten Erfolgsstory Kaprun lange vollständig ausgeklammert. Unerwähnt blieb, dass der Bau bereits während des Nationalsozialismus begonnen wurde und man nach 1945 keineswegs bei der „Stunde Null“ anfangen musste. Unerwähnt blieb auch, dass die schnelle Fertigstellung von Kaprun ohne amerikanische Wirtschaftshilfe nicht möglich gewesen wäre. Vor allem aber wurde jahrzehntelang ignoriert, dass Kaprun auf der Basis von Zwangsarbeit und Unterdrückung von Tausenden ausländischen Arbeitern aufgebaut war.

(Zu) späte Aufarbeitung

Kaprun ist nur *ein* Beispiel für den problematischen Umgang Österreichs mit der NS-Vergangenheit mit all seinen Defiziten und Versäumnissen. Erst zu Beginn der 1990er Jahre erfolgte ein Versuch der Aufarbeitung der dunklen Seiten von Kaprun. Die Verbundgesellschaft beauftragte eine Historiker*innenkommission zur Erforschung der Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft, in der Kaprun eine herausragende Rolle einnahm. Anhand spannender Quellenfunde konnten Tausende Zwangsarbeiter zwar namentlich erfasst, jedoch fünf Jahrzehnte später nur noch zu einem verschwindend geringen Teil ausfindig gemacht werden. Zur Präsentation der Ergebnisse wurden 1994 drei ehemalige ukrainische Zwangsarbeiter eingeladen, die noch einmal zur Stätte ihres Leidens zurückgekehrt sind. Eine neu errichtete Gedenktafel vor Ort erinnert heute an das Schicksal der Tausenden Zwangsarbeiter in Kaprun. Für viele von ihnen kam diese nachträgliche Anerkennung – ebenso wie die (ohnehin nur geringe) materielle Entschädigung durch Österreich – allerdings zu spät. △

LITERATUR

Margit Reiter, Das Tauernkraftwerk Kaprun, in: Oliver Rathkolb / Florian Freund (Hg.), NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der „Ostmark“ 1938-1945. Ennskraftwerke, Kaprun, Draukraftwerke, Ybbs-Persenbeug, Ernsthofen, Wien/Köln/Weimar 2002, 127-198.

© Margit Reiter

Margit Reiter ist Professorin für Europäische Zeitgeschichte an der Universität Salzburg und Mitglied der Historiker*innenkommission zur NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft 1938-1945.

„Eingeliefert können solche Volksgenossen werden, die die Arbeit grundsätzlich verweigern …“

Geschichte des Arbeitserziehungslagers Weyer/Innviertel

Im Arbeitserziehungslager Weyer/Innviertel wurden Menschen mit dem vorgeblichen Ziel interniert, diese mit Hilfe von Zwangsarbeit zu „ordentlichen Volksgenossen” zu „erziehen“. Schnell entwickelte sich das Lager zu einer Möglichkeit für Nazi-Funktionäre, unliebsame Menschen auf unbürokratischem Wege verschwinden zu lassen.

Ein Text von David Mehlhart.

Arbeitsvorstellung im Nationalsozialismus

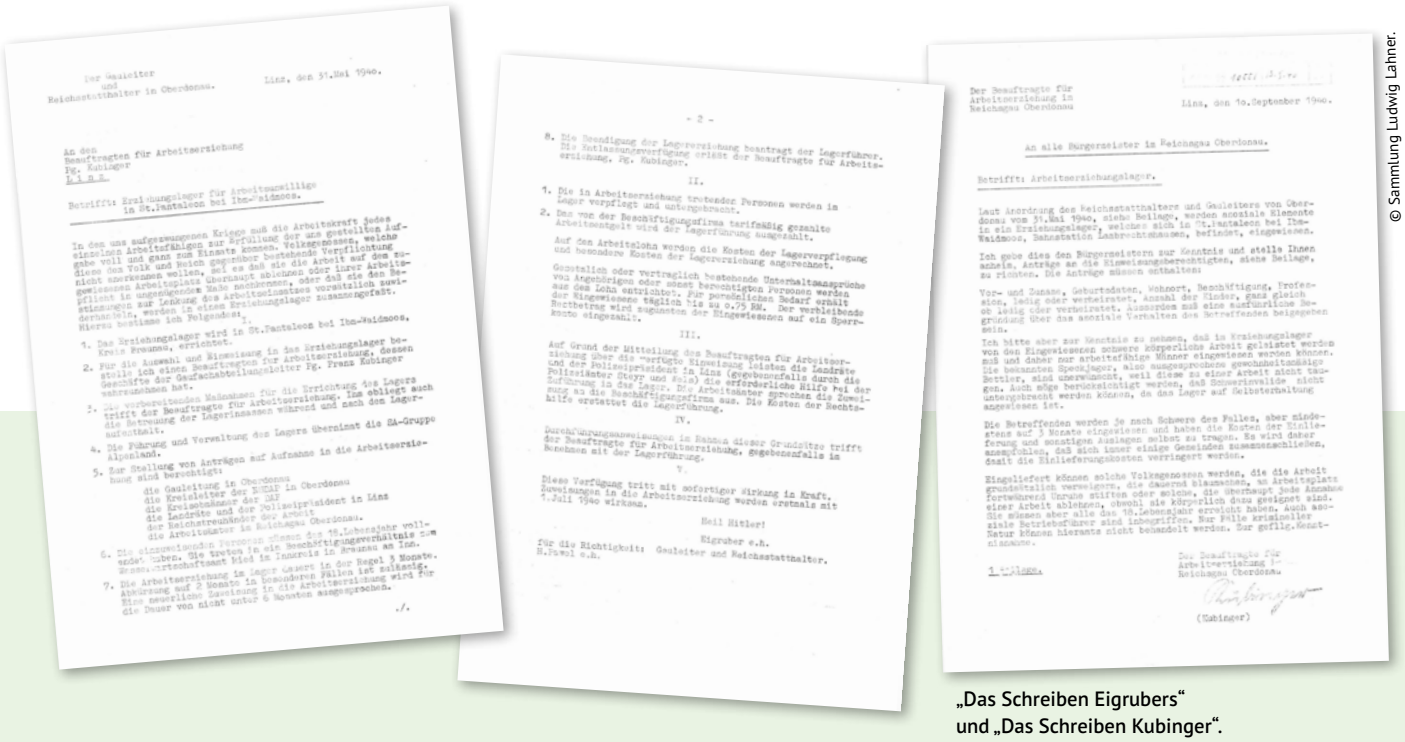
Die Arbeitserziehungslager (AEL) waren eine Konsequenz des NS-Verständnisses von Arbeit. Neben biologistischen Kriterien sollte nur, wer gehorcht, fleißig ist und sich für die Gemeinschaft aufopfert, Anrecht auf einen Platz in der sogenannten nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ haben. Das Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft war ausschlaggebend.

Durch Industrialisierung und den Aufstieg von Kapitalismus erfuhren die Begriffe Arbeit und Leistung eine enorme Aufwertung. Im Nationalsozialismus entwickelte sich ein Arbeitsverständnis, das an die Idee der Erziehung bzw. Disziplinierung durch Arbeit anknüpfte, wie sie etwa im 16. Jahrhundert in englischen Arbeitshäusern praktiziert wurde. Menschen, die dem Leistungsbegriff der Nazis nicht entsprachen, wurden im NS-Jargon als „asozial“ oder „arbeitsscheu“ verunglimpft und sollten mittels Ausbeutung ihrer Arbeitskraft „erzogen“ werden.

In diesen Lagern wurden Menschen eingesperrt, um sie durch Zwangsarbeit und brutale Disziplinarmaßnahmen für vermeintliche Arbeitsverweigerung oder oppositionelles Verhalten zu bestrafen.

Andererseits griff man Ideen des 19. Jahrhunderts auf, die ideologisch zwischen „schaffenden“ Deutschen und „raffenden“ Jüdinnen*Juden unterschieden. Der Gegensatz zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen sollte durch eine „Volksgemeinschaft“ mit homogener Interessenlage aufgelöst werden. Die Etablierung der„Deutschen Arbeiterfront“ (DAF) verfolgte das Ziel, Betriebe nach dem „Führerprinzip“ zu reorganisieren.

Diese Vorstellungen bildeten die ideologische Grundlage für die ab 1940 im Deutschen Reich eingerichteten „Arbeitserziehungslager“ (AEL). In diesen Lagern wurden Menschen eingesperrt, um sie durch Zwangsarbeit und brutale Disziplinarmaßnahmen für vermeintliche Arbeitsverweigerung oder oppositionelles Verhalten zu bestrafen. ›



© Sammlung Ludwig Lahner.

„Das Schreiben Eigrubers“ und „Das Schreiben Kubinger“.

Entstehung des Lagers Weyer

Die Errichtung des AEL Weyer wurde in einem Schreiben von August Eigruber, dem Gauleiter von Oberdonau, an den DAF-Funktionär Franz Kubinger am 31. Mai 1940 veranlasst. „In dem aufgezwungenen Kriege“, so Eigruber, „muss die Arbeitskraft jedes einzelnen Arbeitsfähigen zur Erfüllung der uns gestellten Aufgabe voll und ganz zum Einsatz kommen.“ Diese Worte spiegeln den NS-Arbeitsbegriff und fordern absolute Unterordnung des Einzelnen unter die Kriegsziele.

Weyer, ein Ortsteil der Gemeinde St. Pantaleon im heutigen Oberösterreich, wurde als Standort für das AEL auserkoren, da man dort schon länger das angrenzende Ibmer Moor trockenlegen wollte. Durch die Zwangsarbeiter, die bis zu 60 Stunden pro Woche arbeiten sollten, konnte das Unterfangen starten. Bei der Findung einer geeigneten Liegenschaft spielten persönliche und wirtschaftliche Motive lokaler NS-Funktionäre eine entscheidende Rolle.

Knapp einen Monat nach dem Schreiben nahm das AEL Weyer am 28. Juni 1940 seinen Betrieb auf. Die Lageradministration sowie die Wachmannschaft wurden aus der SA-Standarte 159 aus Braunau rekrutiert. Diese Konstellation war unüblich, da im Regelfall die AEL von Gestapo-Personal betrieben wurden.

Opfer und Einweisungsgründe

Am 10. September erging ein Schreiben von Franz Kubinger an alle Bürgermeister des Gaues Oberdonau:

„Eingeliefert können solche Volksgenossen werden, die die Arbeit grundsätzlich verweigern, die dauernd blaumachen, am Arbeitsplatz fortwährend Unruhe stiften oder solche, die überhaupt jede Annahme einer Arbeit ablehnen, obwohl sie körperlich dazu geeignet sind. Sie müssen aber alle das 18. Lebensjahr erreicht haben. Auch asoziale Betriebsführer sind inbegriffen.“

Die durchschnittlich 70 bis 80 Internierten liefen täglich Gefahr, Opfer schwerster Misshandlung seitens der Wachmannschaft zu werden.

Trotz der hier festgehaltenen Reglementierungen sah die Realität oftmals anders aus. Archivrecherchen zeichnen ein Bild von willkürlicher Einweisungspraxis und brutalen Disziplinierungsmaßnahmen. Etwa wenn man auf den Fall von Karl Gumpelmaier aus Mauthausen blickt. Als Leiter eines größeren Holz verarbeitenden Betriebs weigerte er sich, eine DAF-Flagge anzuschaffen und an die DAF zu spenden. Diese Verweigerung war Grund genug, Gumpelmaier in das AEL Weyer einzuliefern. Er überlebte zwar das Lager, erlag aber nach Kriegsende den Folgen der Zwangsarbeit und Misshandlungen.

Im Verlauf des Bestehens des Lagers zeichnete sich eine zunehmende Brutalität der SA-Männer ab. Die durchschnittlich 70 bis 80 Internierten liefen täglich Gefahr, Opfer schwerster Misshandlung seitens der Wachmannschaft zu werden. Allein im Dezember 1940 starben drei Insassen nach regelrechten Misshandlungsorgien. Einer davon war Josef Mayer aus Neukirchen an der Enknach. Sein gewaltsamer Tod im Zuge der sogenannten „Weihnachtsbescherung“, so die zynische Bezeichnung für die kollektive Folter am 23. Dezember 1940, unterstreicht abermals die Funktion des Lagers als Ort, um sich missliebiger Mitmenschen

© Werner100359, CC BY-SA 3.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0>, via Wikimedia Commons

Gedenkstätte AEL Weyer (Oberösterreich).

zu entledigen. Mayers „Vergehen" hatte darin bestanden, dass er im Fronturlaub seine Frau in flagranti mit dem NS-Bürgermeister seiner Heimatgemeinde erwischt hatte. Dieser ließ ihn daraufhin nach Weyer bringen, von wo er nicht mehr zurückkehren sollte.

Druck von innen und das jähe Ende

Mayers Tod am 27. Dezember 1940 bildete den grausamen Schlussakt des AEL in Weyer. Der Fall veranlasste den Gemeindearzt zu einer Anzeige, nachdem er bei einem Routinebesuch am 26. Dezember den sterbenden und von Folter gezeichneten Mayer vorfand.

Der Staatsanwalt begann zu ermitteln und stellte zahlreiche Verletzungen selbst der (offiziellen) Gesetze des „Dritten Reichs" fest und erhob Anklage gegen die Lagerleitung und Wachmannschaft. Die Anklagepunkte lauteten u. a. Totschlag, gefährliche Bedrohung von Lagerinsassen sowie Missbrauch der Amtsgewalt, weil auch unter 18-Jährige eingeliefert und malträtiert worden waren. Das Lager Weyer wurde durch einen Befehl von Eiguber am 9. Jänner 1941 quasi über Nacht aufgelöst und die Verlegung der verbleibenden Insassen in das KZ Mauthausen veranlasst. Die Ermittlungen gegen die Lagerleitung und die Wachmannschaft wurden im April 1942 durch den Reichsjustizminister Franz Schlegelberger niedergeschlagen.

Gedenkarbeit vor Ort

Bei den Volksgerichtsprozessen nach 1945 wurden Schuldsprüche von bis zu 15 Jahren gefällt, die aber selten in vollem Umfang exekutiert wurden. Entweder da Amnestien in Kraft traten oder die Beschuldigten geflohen waren. Das kollektive Ausschweigen im Nachkriegsösterreich tat sein Übriges und das AEL Weyer geriet in Vergessenheit.

Dass die Ereignisse im Lager und Opferbiografien so gut erschlossen sind, ist dem Autor Ludwig Laher zu verdanken. Im Zuge der Recherchen zu seinem Roman *Herzfleischentartung* (2001), der sich mit den AEL und dem später dort installierten „Zigeuneranhaltelager" auseinandersetzt, sichtete er die umfangreichen Aktenbestände. Diese Recherchen bildeten auch den Anstoß für die Errichtung einer Erinnerungsstätte unweit der Moosach. Am 24. Juni 2000 wurde diese feierlich eröffnet und erinnert seitdem an die Opfer des Naziterrors, die dort Zwangsarbeit und Misshandlung ausgesetzt waren.

LITERATUR

Marc Buggeln, Michael Wildt (Hg.), Arbeit im Nationalsozialismus, München 2014.

Ludwig Laher, Herzfleischentartung, Innbruck 2001.

INFORMATIONEN

Webseite des Gedenkvereins Lager Weyer/Innviertel mit weiterführenden Informationen und Opferbiografien

© Radiofabrik Salzburg

David Mehlhart studiert Geschichte in Salzburg und arbeitet ebendort bei einem Radiosender. Sein Interesse gilt den ideologischen Aspekten der NS-Herrschaft.

Die rote Fini

Zwischen Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus

Die diesjährige Ausgabe der *Alpendistel* verschreibt sich einer Thematisierung von verschiedenen und oft unbeleuchteten Gruppen an Verfolgten unter dem nationalsozialistischen Regime. Auch heute werden diese Gruppen oft als statisch getrennt gedacht und in der Öffentlichkeit keine diesbezüglichen Verschränkungen wahrgenommen. Der vorliegende **Text von Eva Bammer** soll die Intersektionalität von Opfergruppen und Verfolgungsgründen exemplarisch beleuchten.

Unter dem aus dem englischsprachigen Raum stammenden analytischen Begriff „Intersektionalität“ werden Überschneidung und Zusammenwirken von mehreren Diskriminierungsformen verstanden. Der Begriff wurde erstmals in den 1980er Jahren in den USA verwendet, um die komplexen Diskriminierungserfahrungen von Schwarzen Frauen zu beschreiben, die nicht nur als Frauen *oder* als People of Colour Benachteiligung erfuhren, sondern auch im Zusammenspiel beider Faktoren. Bei der intensiven Beschäftigung mit Biografien von Opfern des Nationalsozialismus ist die mehrfache Verfolgung ebenfalls evident. Tatsache ist, dass die perfide nationalsozialistische Verfolgungspraxis mit ihrer (teils) juristischen Legitimierung ein komplexes System an Gründen für Verfolgung hervorgebracht hat, wodurch Menschen mitunter vielfach von nationalsozialistischer Gewalt und Strafverfolgung betroffen waren und dadurch auch mehr als einer Opfergruppe zugerechnet werden können. In der Beschäftigung mit den Opfergruppen des Nationalsozialismus ist eine ständige Reflexion der Zuschreibung von (Opfer-)Kategorien kritisch zu hinterfragen, um keine chauvinistische Weiterführung nationalsozialistischer Perspektiven zu evozieren. Andererseits ist das Sichtbarmachen von – häufig vergessenen – Opfern des Nationalsozialismus wichtig, um die strukturellen Bedingungen der Verfolgung zu verdeutlichen.

„Ich wohnte in Wien in einem Arbeiterbezirk und infolge der Ereignisse des Jahres 1934 wurde ich eben Kommunistin.“

Beispielhaft soll die Biografie von Josefine Schneider dargelegt werden. Sie wurde am 8. Juli 1906 in Wien in eine jüdische Familie geboren. Ihre Mutter Emma, geborene Schwitzer, verstarb bereits 1927 und der Vater, David Schneider, zog die vier Kinder alleine groß. Josefine Schneider – welche von ihrer Familie Fina genannt wurde – absolvierte eine Schneiderlehre und war als Verkäuferin tätig. Später sagte sie selbst über ihre Zeit in Wien folgendes aus: *„Ich wohnte in Wien in einem Arbeiterbezirk und infolge der Ereignisse des Jahres 1934 wurde ich eben Kommunistin“*. Im Jahr 1934, als die Februaraufstände der Sozialist*innen niedergeschlagen wurden und Engelbert Dollfuß eine Diktatur errichtete, verlagerte sie ihren Lebensmittelpunkt nach Salzburg, wo sie im jüdischen Geschäft *Kleiderhaus L. Ornstein* in der Getreidegasse arbeitete

Siehe Alpendistel #5 S. 32

und für die bereits seit Mai 1933 illegale Kommunistische Partei Kurierdienste verrichtete. Ihren damaligen Freund Franz Riedler, der in Salzburg eine illegale kommunistische Widerstandsbewegung aufzubauen versuchte, versteckte sie in ihrer Wohnung. Gemeinsam verteilten sie heimlich Flugblätter der *Roten Hilfe,* einer Hilfsorganisation für politisch Verfolgte des Arbeiter*innenmilieus und deren Familien, und versuchten Mitglieder anzuwerben. Nach einer kurzen Haft Riedlers floh dieser nach Spanien, um an der Seite der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg zu kämpfen. Er fiel am 8. Oktober 1937 in Murcia.

Josefine Schneider, die aufgrund ihrer politischen Gesinnung auch „rote Fini" genannt wurde, galt im Austrofaschismus als „polizeibekannt" und erhielt wegen ihrer kommunistischen Tätigkeiten ein Aufenthaltsverbot für Salzburg. Im Jahr 1936 kam es in Salzburg zu einem gerichtlichen Prozess gegen sie und fünf weitere Widerständige der illegalen Kommunistischen Partei, bei dem sie zu zwei Monaten Haft verurteilt wurde. Als Beweis für ihr widerständiges Verhalten wurden unter anderem von ihr verfasste Gedichte vorgelegt, die bei der Hausdurchsuchung gesichert wurden:

Trotz
Wollt ihr auch mit harten Worten
Oder gar gesalbten Reden
Und mit Listen des Juristen
Mich zur Umkehr überreden
Ich geh weiter meine Straße
Höre Eure Worte nicht
Denn ich weiß dass sich der Sonne
Licht durch dieses Dunkel bricht.

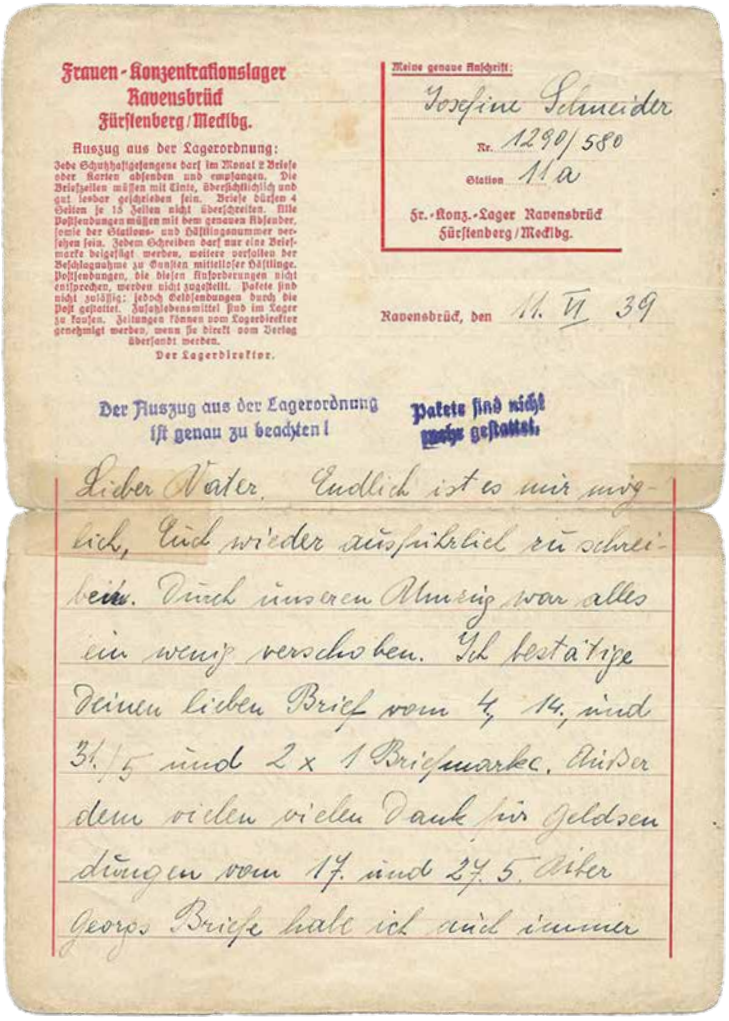
Wenn ihr mich auch für ein Weilchen
Aus dem Rad der Zeit gedreht
Weiß ich doch dass unterdessen
Draus' die Welt nicht stille steht.
Laßt mich ruhig auf dem Rande
Dieser breiten Straße liegen;
Werde rasten und mich stärken
Um am Ende doch zu siegen.

Josefine Schneiders Aktivitäten im Widerstand ließen nicht nach, sondern verlagerten sich vorerst nach Graz und später nach Innsbruck. Dort wurde sie im Mai 1938, also kurz nach Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich, als politische Jüdin verhaftet. Im Bericht der Gestapo heißt es dazu: *„Die Jüdin Schneider arbeitete hier in der K.P. unter dem Decknamen ‚Käthe' und hatte von der Zentralstelle in Wien den Auftrag, im Wege von Liebesverhältnissen mit Angehörigen der bewaffneten Macht, das kommunistische Gedankengut in das Heer zu tragen".* Josefine Schneider wurde ohne gerichtlichen Prozess am 24. Februar 1939 in das KZ Lichtenburg und am 15. Mai 1939 weiter in das KZ Ravensbrück deportiert. Dort überlebte sie trotz Zwangsarbeit und grauenvollen Bedingungen drei Jahre voller Qualen. Erhalten gebliebene Briefe belegen, wie sich Josefine Schneiders Familie tunlichst bemühte, ihr eine Aufenthaltsbewilligung für die Schweiz zu besorgen, um ihre Entlassung zu verhandeln. Doch spätestens seit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war an eine Entlassung nicht mehr zu denken. Die immer trostloser werdenden Briefe offenbaren, dass dies auch Fina selbst bewusst war: *„[...] ich weiß leider nicht, was ich noch machen soll, Du hast doch das Möglichste getan"* oder an anderer Stelle: *"Ich bemühe mich, nicht hysterisch und nervös zu werden".*

© Martin Schneider, La Tour-de-Savigny

Die „rote Fini" Josefine Schneider (1906-1942) und ihr Bruder Georg.

„Wenn eine hinfällt, wird die Walze ohne Erbarmen über sie hinweggezogen. Keine darf ihr Helfen [sic!], keine darf sich umsehen.“



Frauen-Konzentrationslager
Ravensbrück
Fürstenberg/Meckbg.

Auszug aus der Lagerordnung:

Jede Schutzhaftgefangene darf im Monat 2 Briefe oder Karten absenden und empfangen. Die Briefseiten müssen mit Linie, überschriftlich und gut lesbar geschrieben sein. Briefe dürfen 4 Seiten je 15 Zeilen nicht überschreiten. Alle Postsendungen müssen mit dem genauen Absender, sowie der Stations- und Häftlingsnummer versehen sein. Jedem Schreiben darf nur eine Briefmarke beigefügt werden, weitere verfallen der Beschlagnahme zu Gunsten mittelloser Häftlinge. Postsendungen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, werden nicht zugestellt. Pakete sind nicht zulässig; jedoch Geldsendungen durch die Post gestattet. Zusatzlebensmittel sind im Lager zu kaufen. Zeitungen können vom Lagerdirektor genehmigt werden, wenn sie direkt vom Verlag übersandt werden.

Der Lagerdirektor.

Meine genaue Anschrift:
Josefine Schneider
Nr. 1290/580
Station 11a
Fr.-Konz.-Lager Ravensbrück
Fürstenberg/Meckbg.

Ravensbrück, den 11. VI 39

Der Auszug aus der Lagerordnung ist genau zu beachten!

Pakete sind nicht mehr gestattet.

Lieber Vater. Endlich ist es mir möglich, Euch wieder ausführlich zu schreiben. Durch unseren Umzug war alles ein wenig verschoben. Ich bestätige Deinen lieben Brief vom 4. 14. und 31. 5 und 2 x 1 Briefmarke. Mit Dir dem vielen vielen Dank für Geldsendungen vom 17. und 27. 5. Aller Georgs Briefe habe ich und immer

© Personenkomitee Stolpersteine

Brief aus dem KZ Ravensbrück.

Die inhaftierten Frauen des KZ Ravensbrück wurden zu unmenschlichen Bedingungen ausgebeutet. Hanna Sturm, die ebenfalls als politische Widerstandskämpferin mit Josefine Schneider ins KZ kam, aber überlebte, berichtete: *„Am schlimmsten sind die jüdischen Häftlinge dran, sie sind die Straßenbauer. Barfuß, nur in ein gestreiftes Kleid gesteckt, ziehen sie die schweren Straßenwalzen über die spitzen Steine. Die Füße bluten, der Draht, den sie über die Schulter gespannt haben, um die Walze zu ziehen, schneidet tief in die Schultern ein. Wunden über Wunden und die SS kennt kein Erbarmen. Wenn eine hinfällt, wird die Walze ohne Erbarmen über sie hinweggezogen. Keine darf ihr Helfen [sic!], keine darf sich umsehen.“* Das gewaltvolle Ende ihres Lebens ist ebenfalls dokumentiert: Ab 1941 wurden aufgrund einer Anweisung von Reichsführer SS Heinrich Himmler KZ-Häftlinge, welche als „Ballastexistenzen“ bezeichnet wurden, da sie zu krank und schwach waren, um Zwangsarbeit zu verrichten, mit Sondertransporten in Tötungsstätten der NS-„Euthanasie“ verschleppt, um dort vergast zu werden. So wurde Josefine Schneider im Frühling 1942 unter der „Sonderbehandlung 14f13“ in die Tötungsanstalt Bernburg an der Saale gebracht und dort ermordet. Heute erinnert ein Stolperstein in der Getreidegasse in Salzburg an die widerständige „rote Fini“. Josefine Schneiders Schicksal ist kein Einzelfall, sondern gängige Praxis der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik, welche (oft) vergessene und komplexe Überschneidungen aufweist. Sie wurde nicht nur als Jüdin, sondern auch als Kommunistin verfolgt und durch die Nationalsozialisten in einer Tötungsanstalt der NS-„Euthanasie“ ermordet. Diese Mehrfachverfolgung zeigt, dass die Opfer des Nationalsozialismus nicht in statisch getrennten Kategorien gedacht werden dürfen, sondern ihre Verfolgung als mehrschichtiger Prozess verstanden werden muss, welcher oftmals verschiedene Diskriminierungsformen miteinander verwoben hatte. △

© Sebastian Sillinger

Eva Bammer ist Dissertantin an der Universität Salzburg und arbeitet als Vermittlerin im *Salzburg Museum* mit NS-Schwerpunkt. Sie ist Vorstandsmitglied des APC-Teams.

Gedenken Erinnern Handeln

66 Nationalsozialismus in der Provinz
Krimmler Schicksale
Robert Obermair

68 Jüdische Displaced Persons als „Erinnerungsgemeinschaft“
Geschichtsrepräsentationen bei jüdischen DPs in Österreich
Melanie Litta

70 Statt nach Hause in den Tod
Arthur Vogt und Zygmunt Bąk scheitern auf ihrem Weg in die Schweiz
Raphael Einetter

72 Janina Hosiasson-Lindenbaum
Unstoppable inclination towards scientific work
Marta Sznajder

74 NS-Wiederbetätigung und der Alpenverein in Österreich 1945–1948
Gunnar Mertz

77 Interview
Aufklärung über den Nationalsozialismus in sozialen Medien
Nadine Tauchner

80 Wider das Vergessen!
Digitale Erinnerungslandschaft Salzburg
Hasan Softić

82 Independence March in Warsaw
Jakub Woroncow

85 Engagierte Gedenkarbeit
Bombenterror in Oberwart – Österreich lebte vier Jahre in Angst
Manuela Horvath

87 Rezension
Dorothea
Cassandra Burgstaller

Nationalsozialismus in der Provinz – Krimmler Schicksale

Auch wenn die überwiegende Bevölkerung Österreichs, Salzburgs und des Pinzgaus den Wechsel vom austrofaschistischen Regime in die nationalsozialistische Diktatur begrüßte, gab es auch zahlreiche Österreicher*innen, die dem neuen Regime kritisch gegenüberstanden bzw. fürchten mussten, von diesem verfolgt zu werden. Der folgende **Beitrag von Robert Obermair** beleuchtet einige solcher Schicksale aus Krimml und Umgebung.

Schon bei der letzten freien Landtagswahl im April 1932 hatte die NSDAP im Pinzgau 25,3 % der Stimmen erhalten, während die Partei im Landesschnitt „nur" auf 20,8 % kam. So alarmierend das Ergebnis im Pinzgau war, wurde es von der Pinzgauer Gemeinde Krimml – 1947 Ausgangspunkt der jüdischen Fluchtroute über den Krimmler Tauern – deutlich in den Schatten gestellt: 37,9 % der Wähler*innen hatten hier für die NSDAP gestimmt. Nur in Rauris hatten mehr Menschen die Nationalsozialisten gewählt. Wenig überraschend stießen die nationalsozialistischen Machthaber in der frühen Nazi-Hochburg Krimml 1938 auf keinen breiten Widerstand. Im Gegenteil, bereits kurz nach dem „Anschluss" zierte ein Schild mit der drohenden Botschaft „Juden betreten unseren Ort auf eigene Gefahr" die Ortseinfahrt des idyllischen Dorfes in den Alpen.

Opfer und Widerständige

Für die Erinnerung an die Auswirkungen der NS-Herrschaft auf Widerständige und Opfer blieb im kollektiven Gedächtnis der Ortsgemeinschaft nach 1945 lange kein Platz. Der Fokus der Erinnerung lag – auch gut sichtbar im öffentlichen Raum durch das Kriegerdenkmal – auf den Kriegsteilnehmenden und deren Angehörigen. Widerständige und Opfer des Nationalsozialismus fanden hingegen – wie in so vielen anderen Orten (Nachkriegs-)Österreichs – keinen sichtbaren Raum in der Erinnerungskultur.

Widerständige und Opfer des Nationalsozialismus fanden keinen sichtbaren Raum in der Erinnerungskultur.

So etwa im Fall des Hilfsarbeiters **Anton König** (*1906), der Anfang April 1938 vom Gendarmerieposten Krimml wegen „Beleidigung und Herabwürdigung des Führers", dem Verdacht kommunistischer Betätigung und der Verbreitung angeblich falscher, beunruhigender Gerüchte verhaftet worden war. Im Juni 1938 wurde er wegen letzterem zu zweieinhalb Monaten strengem Arrest verurteilt, hatte die Haftstrafe allerdings durch seine Untersuchungshaft bereits verbüßt. Die Krimmler Gendarmerie befürchtete, dass er nach seiner Entlassung diese Tätigkeiten wieder fortsetzen werde und beantragte daher, dass er für immer aus dem Land Salzburg ausgewiesen werde – ob dies tatsächlich geschah, ist bislang nicht bekannt.

Der aus Wald im Pinzgau stammende **Thomas Wechselberger** (*1900) wurde Ende September 1938 von der Gendarmerie Krimml wegen Verdachts auf Hochverrat verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen, kommunistische Propaganda verbreitet zu haben. Er saß in Folge bis Mai 1939 beim Landesgericht Salzburg in Untersuchungshaft und wurde schließlich vom Oberlandesgericht Wien zu zwei Monaten Haft wegen Verbrechens gegen das „Heimtückegesetz" verurteilt. Die Strafe fiel wohl vor allem deshalb so milde aus, da sich alle Zeug*innen positiv über Wechselberger äußerten. Sein Fall ist beispielhaft für die österreichische Besonderheit zweier aufeinanderfolgender Faschismen mit teils ähnlichen Repressionsmaßnahmen. So war er von der Gendarmerie Krimml auch 1934 wegen kommunistischer Betätigung angezeigt und in weiterer Folge zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Er wurde Anfang der

1950er als Anspruchsberechtigter im Sinne des Gesetzes über die *Fürsorge der Opfer des Kampfes um ein freies und demokratisches Österreich* (Opferfürsorgegesetz) anerkannt.

Auch gegen die in Wald im Pinzgau beschäftigten Landarbeiter **Josef Enzinger** (*1903), **Hermann Gensbichler** (*1919) und **Franz Wallner** (*1906) stellte der Gendarmerieposten Krimml Anzeige wegen Vergehens gegen das „Heimtückegesetz“. Ihnen wurde vorgeworfen, sich im September 1939 während eines Mittagessens in größerer Runde gegen die Staatsführung geäußert zu haben. So hatte Gensbichler etwa angeblich gesagt: „Es ist eine große Schweinerei, wir können arbeiten und sparen für diese Herrn. Die Herrn sollen den Krieg selber führen. Diese sitzen beim Tisch, lassen sich's gut gehen, haben eine Unterhaltung dabei und wir können den Schädel herhalten.“ An diesem Beispiel zeigt sich gut, wie sehr der NS-Verfolgungsapparat von Denunziant*innen abhängig war, wurden sie doch von einem anderen örtlichen Landarbeiter bei der Gendarmerie angezeigt.

Im Oktober 1939 wurde der Krimmler Pfarrer **Anton Joiser** (*1886) von zwei Krimmler*innen bei der Bezirkshauptmannschaft Zell am See angeschwärzt, weil nach einer seiner Predigten bei der „nationalsozialistischen Bevölkerung von Krimml Erregung herrschte“. Der Pfarrer hatte Engländer in Bezug auf den Glauben als beispielgebend herausgestellt und dementgegen den nationalsozialistischen Antiklerikalismus angeprangert. Joiser wurde im Juni 1940 mit einem Schulverbot belegt. Er starb unerwartet 1941 in Krimml. Für ihn gibt es eine Gedenktafel in der Krimmler Kirche, auf der allerdings nicht auf seine Kritik am Nationalsozialismus eingegangen wird. Fast zeitgleich wurde **Josef Reitetschläger** (*1895), der Pfarrer von Wald im Pinzgau, 1939 von der Salzburger Gestapo wegen Vergehens nach dem „Heimtückegesetz“ angezeigt, weil er aus der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt ausgetreten war und dies auf „böswillige Weise“ begründet habe. Reitetschläger wurde kurz darauf ebenfalls mit einem Schulverbot belegt und verlor seinen Anspruch auf staatliche finanzielle Zuwendungen. Er überlebte die NS-Zeit und starb 1954 als Stiftspropst von Seekirchen.

Am 21. April 1941 wurde der Krimmler Hotelier **Anton H.** (*1898), der zuvor in der Salzburger Landesheilanstalt untergebracht war, mit einem großen Transport in die Tötungsanstalt Hartheim gebracht und dort Opfer der nationalsozialistischen Patientenmorde.

Siehe S. 27

Über das Schicksal der in Krimml eingesetzten Zwangsarbeiterin **Josefa Gorpazewitsch**, die sich ihrer weiteren Ausbeutung am 1. November 1944 durch Suizid entzog, ist bislang fast gar nichts bekannt.

Siehe S. 55

Der Krimmler Landwirt und Vater von 10 Kindern **Josef Geisler** (*1896) war von Dezember 1944 bis April 1945 wegen Vergehens nach dem „Heimtückegesetz“ und „Wehrkraftzersetzung“ inhaftiert. Er hatte seinem in der Slowakei befindlichen Bruder einen Brief geschrieben, in dem er andeutete, mit dem baldigen Zusammenbruch des Deutschen Reiches zu rechnen. Aufgrund der Tatsache, dass dieser Brief ins Ausland hätte gehen sollen, wurde sein Fall als besonders schwerwiegend eingestuft. Das Verfahren gegen ihn dürfte sich im Chaos der letzten Kriegsmonate immer wieder verzögert haben. Er überlebte die NS-Zeit und wurde Anfang der 1950er als Opfer im Sinne des Opferfürsorgegesetzes anerkannt.

Fehlende Aufarbeitung

Dieser Artikel konnte nur in wenigen Schlaglichtern einige vergessene Schicksale in und um Krimml streifen. Eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den hier angerissenen Biografien sowie eine umfassende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit Krimmls und seiner Umgebung wäre unbedingt wünschenswert.

© Nachlass Karl Reinthaler

Das 1938 angebrachte Schild in Krimml.

© Michael Brauer

Robert Obermair ist Historiker an der Universität Salzburg und Vorstandsmitglied von APC.

Jüdische Displaced Persons als „Erinnerungs-gemeinschaft“

Geschichtsrepräsentationen bei jüdischen DPs in Österreich

“But it’s not only a geographical notion; it’s also a philosophical notion. One can be displaced not only in space, but also in time.” – Eli Wiesel

Die Vergangenheit beschäftigt uns und die Auseinandersetzung mit Geschichte ermöglicht eine aktive Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Im folgenden Artikel geht es um Varianz und Funktion von Geschichtsrepräsentationen als ein Teil von Erinnerungskultur. Welche Bedeutung hatte diese in den Gemeinschaften der jüdischen *Displaced Persons* (DPs) in Österreich nach der Shoa?

Ein Beitrag von Melanie Litta.

Der Begriff „DP“ stammt ursprünglich aus der anglo-amerikanischen Verwaltungssprache und beschreibt durch Krieg oder Naturkatastrophen „versetzte“ Personen. Österreich übernahm in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Funktion eines Transitlandes, in dem jüdische DPs, hier insbesondere in der amerikanischen Besatzungszone, temporär Aufenthalt fanden.

Morris Rosen, geboren 1922 als Moniek Rozen in Częstochowa, Polen, verbrachte nach Ende des Zweiten Weltkriegs vier Jahre in DP-Lagern in Österreich und Deutschland, bevor er 1949 in die USA emigrierte. Er war einer jener jüdischen Überlebenden, die nach dem Zweiten Weltkrieg nicht in ihre Heimatländer zurückkehrten und somit zur *Displaced Person* wurden.

Die identitätsstiftende Funktion von Gedächtnis und Erinnerung nimmt in der jüdischen Kultur und Tradition eine zentrale Funktion ein und zeigt sich u. a. im

Lassen sich die jüdischen DP-Gemeinschaften auch als „Erinnerungsgemeinschaften“ beschreiben?

Fest- und Jahreskreis, hier besonders zu Pessach. Der amerikanisch-jüdische Historiker Yosef Hayim Yerushalmi (1932 – 2009) hat sich intensiv mit Bedeutung und Relevanz von Geschichtsrepräsentation und Geschichtsverständnis in der jüdischen Tradition auseinandergesetzt. Er stellte dabei die These auf, dass die jüdische Historiographie, die seit der Antike nur punktuell betrieben worden war und erst mit der Moderne an Relevanz gewonnen hatte, ein identitätsstiftendes jüdisches Kollektivgedächtnis bis heute nicht hat ersetzen können.

Das zeigt sich auch in den Quellen zu jüdischen DP-Gemeinschaften in Österreich. Fotografien von Morris Rosen zeigen einzelne DPs auf Gedenkveranstaltungen und zur Mahnwache für ermordete Jüdinnen*Juden. Dabei lassen sich durch Verweise auf die hebräische Bibel sowie auf das Volk Israel Schnittstellen zur jüdischen Tradition erkennen.

Der Austausch über Erinnerungen an Erlebnisse aus der Shoa diente zunächst primär dem Zweck, Informationen über vermisste Familienmitglieder zu eruieren. Sobald darüber Gewissheit bestand, verlor sich dieses Interesse und kippte in ein Schweigen über diese rezenten Geschehnisse.

Dem Schweigen stand Jiddisch als Verkehrssprache gegenüber. Der Großteil der jüdischen DPs stammte aus Osteuropa, hier insbesondere aus Polen. Jiddisch war ein wichtiger Bestandteil des osteuropäischen Judentums, das im Nationalsozialismus fast vollständig vernichtet wurde. Die Kommunikation in der vertrauten Sprache zeigte eine anhaltende Verbindung zu Tradition und Kultur

© United States Holocaust Memorial Museum Photo Archives, courtesy of Morris Rosen.

Moniek Rozen (Morris Rosen) und Rusza in Salzburg zwischen 1945 – 1949.

Jüdische DPs im im DP Lager *New Palestine* in Salzburg bei einer Gedenkveranstaltung für in der Shoa ermordete Jüdinnen*Juden 1946, Morris in der vorderen Reihe erster von links.

© United States Holocaust Memorial Museum Photo Archives, courtesy of Morris Rosen.

der Eltern, wurde aber auch zum Hindernis für diejenigen, die der Sprache nicht mächtig waren.

Multiple Bedeutung hatten Trauerrituale. Aufgrund der Tatsache, dass viele der jüdischen DPs keine Gewissheit darüber hatten, ob und wo Familienmitglieder überlebt hatten, konnte ein Trauerprozess nicht einsetzen oder die Yahrzeit, jener Tag, an dem traditionell den Verstorbenen gedacht wird, nicht eindeutig festgelegt werden.

Neben Kommemorationen boten in der Öffentlichkeit stattfindende Beisetzungen eine Plattform für politischen Aktivismus und Kritik an herrschenden Missständen. Außerdem waren sie ein sichtbares Zeichen von Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühl der jüdischen DPs untereinander.

Aus Interviews mit Überlebenden geht weiter hervor, dass Feste gemäß jüdischen Traditionen gefeiert wurden. Dabei berichteten die jüdischen DPs von unterschiedlichen emotionalen Reaktionen. Die als Kind in den DP-Lagern lebende Leah Goltzman beschreibt eine allgemeine positive Aufregung, als sich die Hohen Feiertage näherten. Bei Alicia Appleman-Jurman lösten traditionelle Praktiken, wie das Entzünden der Shabbatkerzen, hingegen schmerzhafte Erinnerungen an ihre ermordete Familie aus.

In den jüdischen DP-Gemeinschaften war Geschichte präsent und Ansätze einer aktiven und multiplen Erinnerungskultur sichtbar

Als eine besondere Form des Gedenkens lassen sich die Dokumentationsbemühungen in den von den jüdischen Überlebenden gegründeten Historischen Kommissionen einordnen. In ihnen sollten sowohl die Erinnerung an die Shoa für zukünftige Generationen, als auch ihre eigene Perspektive festgehalten werden. Ein weiteres zentrales Element war Israel als „Zukunftsnarrativ“ und „Sühnmal“ zugleich.

Erinnerungen und Gedächtnis erfüllten in den jüdischen DP-Gemeinschaften zunächst primär praktische Funktionen, u. a. um Gewissheit über das Schicksal vermisster Familienangehöriger zu erlangen oder politische Forderungen öffentlich auszudrücken. Darüber hinaus wirkte Geschichte auch identitätsstiftend, indem Israel und der Zionismus neue Zugänge zum Kollektivgedächtnis ermöglichten. Als eine „Erinnerungsgemeinschaft“ wurden Solidarität und Zugehörigkeit gestärkt und Hoffnungsbrücken für eine noch unsichere Zukunft geschaffen.

LITERATUR UND WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Yosef Hayim Yerushalmi, Sachor: Erinnere dich! Jüdische Gedächtnis, Berlin 2023.

RG-50.106.0119, Oral History Interview with Morris Rosen, 1999, 3 sound cassettes, https:// /collections.ushmm.org/search/catalog/irn506631, Transcript, United States Holocaust Memorial Museum, Washington, DC.

United States Holocaust Memorail (Hg.), Life Reborn. Jewish Displaced Persons, 1945-1951, Washington DC 2001.

Melanie Litta erhielt das APC-Forschungsstipendium 2024 für ihre Masterarbeit an der Universität Salzburg.
Dieser Text fasst einige ihrer wichtigsten Forschungserkenntnisse zusammen.

© Melanie Litta

Melanie Litta hat Jüdische Kulturgeschichte in Salzburg und Haifa studiert und arbeitet als Volontärin in der Kulturvermittlung.

Statt nach Hause in den Tod

Arthur Vogt und Zygmunt Bąk scheitern auf ihrem Weg in die Schweiz

Bereits in der vierten Ausgabe der *Alpendistel* mit dem Schwerpunkt „Fluchtraum Gebirge" wurde mit exemplarischen Geschichten auf *Über die Grenze,* die Onlineplattform des *Jüdischen Museums Hohenems,* hingewiesen. Zwischenzeitlich ist das Projekt, welches mittels symbolischer Grenzsteine entlang der Vorarlberger Radroute Nr. 1 nahe der Grenze verschiedene Fluchtorte markiert, auch in Buchform erschienen. **Raphael Einetter stellt ein Kapitel daraus vor.**

Im Jahr 1943, als die Schweizer Außengrenze bereits einige Jahre lang streng bewacht wurde, versuchten zahlreiche Personen dennoch, sowohl an der Rheingrenze als auch über die Gebirgspässe in das sichere Land zu gelangen. Mit öffentlich sichtbaren Zeichen oder Veranstaltungen wurde ihnen in der Vergangenheit in unterschiedlichem Ausmaß gedacht. Gerade auf Schweizer Seite erfährt das Opfergedenken sowie die öffentliche Auseinandersetzung mit der NS-Zeit nun neuen Auftrieb. So beschloss etwa im Frühjahr 2023 der Schweizer Bundesrat ein nationales Memorial für die Opfer des Nationalsozialismus zu unterstützen. Eine besondere Rolle spielt dabei der Kanton St. Gallen, da am Standort des unmittelbaren Grenzortes Diepoldsau die Errichtung eines Vermittlungszentrums geplant ist. Dem *Jüdischen Museum Hohenems* kommen bei diesen Planungen nun federführende Aufgaben zu. Davon abgesehen setzten in den letzten Jahren auch andere Initiativen Zeichen des Gedenkens, wie der gemeinnützige Verein *Stolpersteine Schweiz,* der 2020 erstmals Steine aus dem Kunstprojekt von Gunter Demnig einsetzen ließ. Im September 2023 folgte der erste Gedenkstein dieser Art im Kanton St. Gallen, der seither an den 1944 in München-Stadelheim hingerichteten Arthur Bernhard Vogt erinnert.

Gerade auf Schweizer Seite erfährt das Opfergedenken sowie die öffentliche Auseinandersetzung mit der NS-Zeit nun neuen Auftrieb.

© Raphael Einetter

Am Stolperstein in St. Gallen wird fälschlicherweise der 19.9.1944 als Datum der Hinrichtung angegeben.

Arthur Bernhard Vogt

Die Geschichte Arthur Vogts ist eine, die ganz unabhängig vom Ereignisort das ambivalente Verhalten der Schweizer Behörden zeigt und sich genauso auch an einer anderen Grenze hätte ereignen können. Vogts tragisches Schicksal fand vor allem dank der Recherchen von Niko Hofinger und Michael Fuchs den Weg ins Werk *Über die Grenze:*

> *c) Grund: Verdächtiges Herumtreiben zur Nachtzeit in Grenznähe*
> *d) Ort der Festnahme: Auf dem Rheindamm zwischen Augartenweg und Eisenbahnbrücke Lustenau – St. Margrethen*
> *e) eingeliefert an: Gestapo Bahnhof Lustenau*
> *f) weitere Angaben: Der Hilfszollbetriebsassistent Hans Peterlunger hatte am 22.3.1943 Streife zwischen der Rheindorfer- und Eisenbahnbrücke.*

Um 21.20 sah er 2 Männer, die den Rheindamm in Richtung Eisenbahnbrücke entlang gingen. Peterlunger ließ die beiden auf Anrufweite herankommen und hielt sie dann auf. Auf seine Frage, wo sie hin wollen, sagten sie daß sie nach Höchst wollen. Da Peterlunger bemerkte, daß einer der beiden nur gebrochen deutsch sprechen kann, nahm er sie vorläufig fest und führte sie zur Grenzaufsichtsstelle Rheindorf ab. […]“

Mit diesen Angaben meldete am 22. März 1943 die Grenzaufsichtsstelle Rheindorf die Festnahme zweier Männer an den Dornbirner Bezirkszollkommissar. Neben dem 1920 im polnischen *Płońsk* geborenen Zygmunt Bąk handelte es sich dabei um Arthur Vogt. Vogt, der 1912 in Gossau im Kanton St. Gallen zur Welt gekommen war, verfügte jedoch nicht über den Schweizer Pass sondern über Papiere des Deutschen Reiches, wo er ab 1936 leben musste. Die Schweiz hatte ihn nämlich infolge mehrerer Vorstrafen, die er aufgrund seiner Verfolgung als Homosexueller – nach damaligem Schweizer Recht ein strafbares Delikt – erhalten hatte, des Landes verwiesen. Als Hilfsarbeiter und Möbelträger versuchte Vogt sich in München über Wasser zu halten, was nicht besonders gut gelang. Mehrere Verurteilungen wegen Bettelns oder kleinerer Diebstähle zeugen davon.

Siehe S. 52

Lange Untersuchungshaft

Im März 1943, als Arthur Vogt wie auch bereits mehrfach in den Jahren zuvor heimlich über die Grenze zu seinen Eltern gelangen wollte, schlug das Unterfangen in Begleitung seines polnischen Fluchtgefährten fehl. Nach dem Verhör bei der Gestapo in Bregenz, wurde der Fall an die Oberstaatsanwaltschaft in Feldkirch übergeben. Der Vorwurf gegen Vogt und Bąk lautete, neben einem geringfügigen Devisenvergehens, auf Verstoß gegen die Passstrafordnung. Im Jänner 1944 stellte Vogt einen Antrag auf Frontbewährung, wurde stattdessen aber bald darauf in die Strafanstalt München-Stadelheim überstellt.

© Familienarchiv Fuchs

Familie Vogt, um 1913.

Arthur Vogt, um 1940.

Von dort schrieb er im Juni, im Bewusstsein, dies ein letztes Mal zu tun, einen Brief an seine Eltern. Vogt berichtete darin noch von der inzwischen 15-monatigen Untersuchungshaft und dass er jetzt „wegen Feind-Begünstigung u[nd] Hochverrat an dem Volksgerichtshof angeklagt“ sei. Auch über den Termin der Gerichtsverhandlung am 27. Juni hätte er seinen Eltern berichtet, doch die Beförderung des Briefes sollte schließlich nicht genehmigt werden. Das folgende Todesurteil für beide Männer wurde mit ihrem Versuch „in die Schweiz zu flüchten und [damit] ihre Arbeitskraft dem Reiche zu entziehen“ begründet.

Ungewissheit

Arthur Vogt und Zygmunt Bąk wurden am frühen Abend des 12. September 1944 mit dem Fallbeil hingerichtet, wie die NS-Behörden bald darauf akribisch vermerkten. Seine Eltern wurden darüber allerdings nicht informiert, denn noch am 30. September bat Lina Vogt per Brief um Auskunft zum Schicksal ihres Sohnes: *„Als Mutter möchte ich nichts unterlassen, um meinen lieben Sohn zu retten! Da ich weiss dass in ihm eine sehr gute Seele steckt!“* Wenig später erhielt die Familie den Nachlass von Vogt.

LITERATUR

Hanno Loewy / Raphael Einetter, Über die Grenze. 52 Fluchtgeschichten zwischen Bodensee und Gebirge 1938 bis 1945, Hohenems 2023.

INFORMATIONEN

Über die Grenze. 52 Hörstationen mit Fluchtgeschichten von 1938 bis 1945, Entlang der Radroute Nr. 1 vom Bodensee bis zur Silvretta – in Vorarlberg, der Schweiz und in Liechtenstein.

Über die Grenze

© walser-image.com

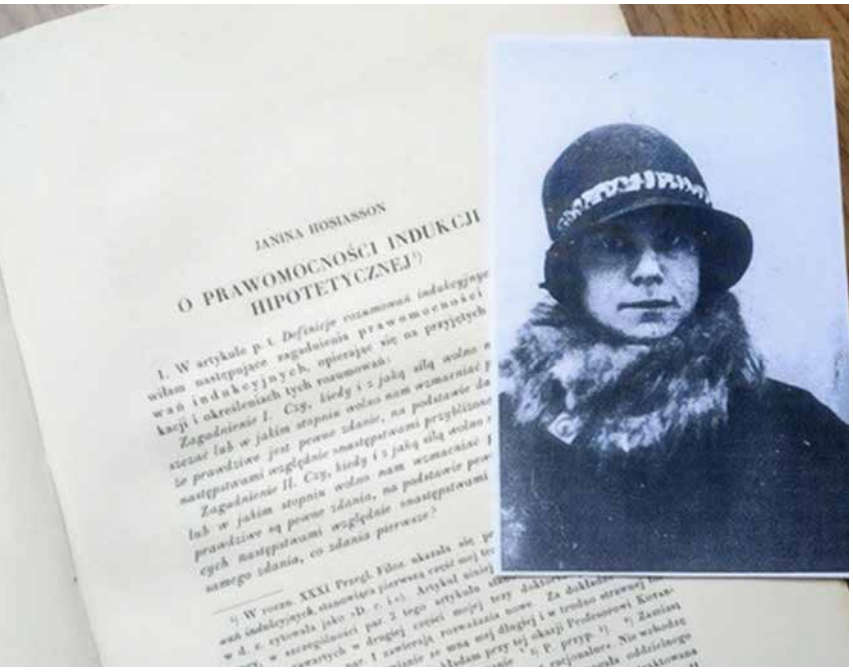
Raphael Einetter ist seit 2014 im *Jüdischen Museum Hohenems* tätig und leitet seit 2021 den Arbeitsbereich Archiv und Sammlungen. Zudem engagiert er sich seit 2018 als Aktuar im *Verein zur Erhaltung des Jüdischen Friedhofs in Hohenems.*

Janina Hosiasson-Lindenbaum

Unstoppable inclination towards scientific work

Janina Hosiasson was born in Warsaw in 1899 to a Jewish family. She studied philosophy and mathematics there, and in 1926 graduated with a doctoral thesis on the justification of inductive reasoning. In the thesis, she looked for conditions for rationally drawing conclusions from several observations. In a letter to a friend in July 1940, while living in Lithuania as a war refugee, she wrote: *"I feel some kind of unstoppable inclination towards scientific work and I would be unhappy if my fate steered me on another path."* While she had been doing world-class philosophical research for the past fifteen years, the dream of having the freedom to pursue academic work exclusively was to be forever unfulfilled.

An article by Marta Sznajder.



© Marta Sznajder

One of the few pictures of Janina Hossiason-Lindenbaum, with an article that was part of her PhD thesis on inductive reasoning.

The philosopher

Janina Hosiasson was one of the pioneers of using the notion of probability as the mathematical model for the strength of our beliefs. She also thought seriously about the nature of probability theory itself: what actually are probabilities, how can we know them? Writing on these topics, she published many papers in local and international journals, and presented her work at many conferences across Europe: in Cambridge, Paris, Warsaw, and Prague.

The teacher

Throughout all these years of intense academic activity, Hosiasson — as a Jewish woman in Poland — did not have any paid jobs at the university: she worked as a psychologist and logic teacher in Jewish high schools in Warsaw. She also translated three books by Bertrand Russell into Polish, and towards the end of the 1930s worked as a teacher of teachers, giving logic lectures to other

As a Jewish woman in Poland she could not have any paid jobs at university.

school teachers who wanted to broaden their education. Politically and socially active, she was also helping workers imprisoned for communist activities, and took part in some socialist-democratic discussion meetings. When a student of hers got in trouble for being a member of a youth communist group, Hosiasson paid for a lawyer to help keep the girl from being expelled.

The refugee

In the first week of September 1939, after Germany's attack on Poland, Hosiasson-Lindenbaum, who got married in 1935, left Warsaw with her husband, the mathematician Adolf Lindenbaum. They were separated on the road, and she got stuck in a Ukrainian village for some weeks. Towards the end of October she managed to reach Vilnius. She later described the journey in a letter to a friend:
"To make the 500km took 48 hours, with several changings [sic]. Wherever we stood the waiting rooms were overcrowded, with people sleeping on the floor. To go away to take a drink or buy food in the town was risky, because the train might have come every moment and one had to fight to get in. The trains were mostly goods trains without roof."

In Vilnius, she worked as a clerk in a Refugee Committee of the Lithuanian Red Cross, but also immediately resumed her philosophical work. On December 1st 1939, she presented a new paper at the philosophical seminar of the Polish university. In the paper, she analyzed how our knowledge can grow and change over time. Her recent experiences left some marks on her text and her thoughts: *"The possibility of knowledge [...] is unlimited as long as we can make unlimited notes and print an unlimited amount of books. Those of us, however, who left behind all their scientific apparatus, that is notes and books, running away unprepared, feel keenly how unreliable such substitution of knowledge for the possibility of knowledge can be."*

Women were not considered established enough as academics by refugee programs.

What she wanted the most at that point was to be able to continue being a philosopher. In 1940, a group of professors in the US tried to get her included in the refugee scholar program of the Rockefeller Foundation. These efforts were unsuccessful: women, who had little to no chance of academic appointments before the war, were not considered established enough as academics by such programs.

The prisoner

In the summer of 1941, shortly after Vilnius was taken over by Nazi Germany, Hosiasson-Lindenbaum was arrested and subsequently imprisoned in Lukiškės Prison in Vilnius, probably in relation to some political or resistance activity. Her incarceration lasted about six months, and even during that time she continued to work on her formal theory of inductive reasoning, writing a whole new paper:

> *"We are sleeping for the first time in a prison cell, where throughout the night we have aches and pains in our legs. Call this fact f1. Can we raise the degree of belief in the fact that the next night we will have the same aches and pains in the legs? Let us call this future fact f2. We are therefore asking if A: p(f2, f1s) > p(f2, s). We look for a possible cause (reason) of our nightly ailment. [...] Suppose for instance that besides w the only possible cause of f1 is (next to some humidity in the cell) rainy weather on the day preceding the night when we were in pain, and the fact that on that day we stood outside for a long time, waiting for bread."*

The theory of analogical reasoning which she developed in that manuscript prefigured important developments in inductive logic in the 1960s. Janina Hosiasson-Lindenbaum did not live to see it happen — she was shot dead on March 29, 1942. While she was fondly remembered by fellow philosophers, it is only in recent years that we have begun to truly appreciate the originality and precision of her ideas. △

© Marta Sznajder

Janina Hosiasson-Lindenbaum spent the last months of her life in the Lukiškės Prison in Vilnius, Lithuania.

© Marta Sznajder

Marta Sznajder is a Marie Skłodowska-Curie Fellow at the University of Vienna, working towards an intellectual biography of Janina Hosiasson-Lindenbaum.

NS-Wiederbetätigung und der Alpenverein in Österreich

1945 – 1948

Die Vertreibung von jüdischen Mitgliedern aus den Sektionen des *Alpenvereins* in den 1920er Jahren und die Funktion des Vereins als Tarn- und Agitationsplattform der illegalen NS-Bewegung vor 1938 sind gut dokumentiert. Weniger bekannt ist die Funktion des Vereins als Rückzugsort für nationalsozialistische Aktivitäten nach 1945.

Ein Beitrag von Gunnar Mertz.

„Aktion Zucker"

Nach dem Ende der NS-Diktatur bildete sich in Österreich ein Milieu ehemaliger Nationalsozialist*innen heraus, die sich nach der Historikerin Margit Reiter als „unverbrüchliche Gesinnungsgemeinschaft" verstanden. Sie hatten die nationalsozialistische Ideologie geteilt, das NS-System unterstützt und mitgetragen und sie sind auch nach 1945 „ihrer Überzeugung treu geblieben". Die österreichischen Sicherheitsbehörden versuchten unter Aufsicht der Alliierten, jede organisierte Tätigkeit ehemaliger NS-Angehöriger zu unterbinden. Im Laufe des Jahres 1946 verdichteten sich die Ermittlungen auf eine vor allem in Salzburg und Oberösterreich aktive Gruppierung um einige ehemalige Wiener Kreisleiter. Ihre Aktivitäten seien über freundschaftliche Kontaktaufnahme sowie gegenseitige Unterstützung hinausgegangen und hätten die geheime Wiedererrichtung der NSDAP zum Ziel gehabt. Wegen der Finanzierung der Gruppe mit Saccharin-Schleichhandel führten die Sicherheitsbehörden die Amtshandlung unter dem Titel „Aktion Zucker" und brachten 67 Personen nach § 3 des Verbotsgesetzes zur Anzeige. Unter ihnen befanden sich mehrere Alpenvereinsmitglieder. Ein zentraler Knotenpunkt dieser Seilschaft war Anton Rohrhofer aus der ehemaligen „Jungmannschaft der Sektion Austria", einem bereits vor dem „Anschluss" 1938 nationalsozialistisch durchsetzten Männerbund von „Bergsteigern strenger Richtung". Rohrhofer hatte 1938 in Wien eine führende Rolle beim Novemberpogrom. Eine organisatorische Anknüpfung an den *Alpenverein* war dieser Gruppe zum Zeitpunkt ihrer Aufdeckung noch nicht möglich, weil der Verein als NS-Organisation in den meisten Bundesländern aufgelöst war und sich erst im Aufbau befand.

Unter dem Titel „Aktion Zucker" wurden 67 Personen zur Anzeige gebracht, unter ihnen mehrere Alpenvereinsmitglieder.

„Aktion Sacher"

Im Zuge der „Aktion Sacher" deckte die Sicherheitsdirektion für Oberösterreich im Jahr 1947 einen noch viel weiter verzweigten Ring von Schleichhändler*innen mit Verbindungen in die Schweiz und nach Deutschland auf. Weitere Nachforschungen ergaben, dass einige der Involvierten die Schmuggelaktivität zur Finanzierung von weiteren kriminellen und politischen Absichten nutzten: Fluchthilfe aus Internierungslagern und Gefängnissen, Dokumentenfälschung, Sammlung ehemaliger NS-Angehöriger in einer Geheimorganisation, Aufbau einer bewaffneten Selbstschutzorganisation im Falle einer Konfrontation zwischen West und Ost sowie auf längere Sicht gesehen die Sammlung der ehemaligen Nazis in einer „vierten Partei" (dem späteren *Verband der Unabhängigen*).

Hauptakteur war der Bergsteiger und ehemalige Wiener Gauschulungsführer Hugo Rössner. Er konnte auf seine Erfahrung und die eingespielten Netzwerke der Verbotszeit der NSDAP zurückgreifen. So war etwa Edgar Traugott in die Angelegenheit verwickelt, mit dem Rössner 1937 die illegale Schulungsführung der SA-Obergruppe Österreich aufgezogen und im *Alpenverein* getarnt hatte. Nach Kriegsende versteckte sich Rössner auf Bauernhöfen im Ennstal, arbeitete einige Zeit lang in Deutschland und kehrte unter einem Decknamen wieder nach Österreich zurück. Im September 1946 gründete er mit einigen ehemaligen nationalsozialistischen Mitverschwörer*innen auf der Brünnerhütte des Alpenvereins am Stoderzinken in der Steiermark seine Geheimorganisation.

Den polizeilichen Ermittlungen zufolge schwebte Rössner vor, im Fall einer erwarteten kriegerischen Auseinandersetzung der Westalliierten mit der Sowjetunion, durch seine hierarchisch aufgebaute Organisation die „Wiederaufrichtung der nationalsozialistischen Herrschaft und eines einigen großdeutschen Reiches“ zu erwirken. Bereits bevor sie in diesem Fall in Aktion getreten wären, sollten Namenslisten von politischen Gegner*innen angelegt werden. Rössner kamen seine Verbindungen zum *Alpenverein* entgegen. Indem er Menschen glauben ließ, er arbeite für den *Alpenverein*, konnte er rückdatierte Ausweise ausstellen und vorsichtig neue Kontakte anbahnen.

Gruppe Soucek

Über eine Bekanntschaft bei einer Bergtour traf Rössner Anfang 1947 den Grazer Kaufmann Theodor Soucek, der seit 1934 illegal in der Hitlerjugend sowie seit 1938 in der Sturmabteilung der NSDAP aktiv war und in Graz Ende 1946 eine weitere im Untergrund aktive Gruppe ehemaliger Nationalsozialist*innen gegründet hatte. Ihre Angehörigen bekannten sich laut Aussage Souceks zwar weiterhin zu „gewissen nationalsozialistischen Auffassungen“, eine Reorganisation der NSDAP lehnten sie jedoch ab und strebten stattdessen einen Zusammenschluss der ehemaligen Nationalsozialist*innen in einer „vierten Partei“ an. Auch Souceks Organisation war im Schleichhandel sowie in der Fluchthilfe aktiv und soll die hochrangigen steirischen Nationalsozialisten Siegfried Uiberreither und Armin Dadieu bei ihrer Flucht aus Österreich unterstützt haben. Soucek war langjähriges Alpenvereinsmitglied und ging bei dem im Aufbau befindlichen Grazer Zweigverein ein und aus. Hier fand er einen geeigneten Nährboden für seine Bestrebungen, da sich im Verein zahlreiche ehemalige NS-Angehörige sammelten, die ihren Überzeugungen treu geblieben sind. Sie grüßten sich im vertrauten Kreis weiterhin stolz mit „Heil Hitler“, ließen sich Nägel mit Hakenkreuzform in die Bergschuhe schlagen, um entsprechende Abdrücke zu hinterlassen, schreckten nicht vor der Schändung russischer Soldatengräber zurück und hatten Pläne zur Sprengung einer Eisenbahnlinie.

Im Grazer *Alpenverein* fand Soucek einen geeigneten Nährboden für seine Bestrebungen, da sich hier zahlreiche ehemalige NS-Angehörige sammelten. ›

© Österreichische Nationalbibliothek

Brünnerhütte am Stoderzinken der Alpenvereins-Sektion Austria.

© Universalmuseum Joanneum

Theodor Soucek (1. v. l.) und Hugo Rössner (3. v. l.) vor dem Grazer Volksgericht.

Zeitgenössische Karikatur: Der Igel: Humor, Witz, Satire, Nr. 3, 1948.

Neonazis im *Alpenverein*

Die führende Persönlichkeit bei der Reorganisation des Alpenvereins in Graz war der Ritterkreuzträger Graf Ernst Strachwitz. Zeugenaussagen belegen, dass er bei der Verpachtung einer Schutzhütte einen ehemaligen Nationalsozialisten bevorzugte, obwohl diesem die Bewirtschaftung gar nicht gestattet war. Weggefährten zeigten sich befremdet, dass Strachwitz „ehemaligen Nationalsozialisten die Stange“ gehalten habe, dass er sich „wiederholt in abfälliger Weise über Freiheits- und Widerstandskämpfer aussprach und auch oft erklärte, diese Leute wären bei ihm keine Menschen.“ Medienberichten zufolge hatte Soucek ausgesagt, Strachwitz und seine „rechte Hand“ Marius Hutter seien „fanatische Nazi“ gewesen, jedoch konnte die Polizei gegen Strachwitz zu wenige Anhaltspunkte für eine Anklage finden und er wurde nach einem halben Jahr in Untersuchungshaft entlassen. In einem Bericht des Nachrichtendienstes der US-Armee, der die Tarnung von Rössner und Soucek im *Alpenverein* behandelte, hieß es: „Obwohl der Graf den untersuchenden Behörden gegenüber diese Verbindung in Abrede stellte, hat Strachwitz selbst einmal die Verbindung seines Büros mit Rössner behauptet.“

In etwa zwei Dutzend Strafverfahren vor Senaten des Volksgerichtes mussten sich Hugo Rössner, Theodor Soucek, Marius Hutter und andere Alpenvereinsmitglieder verantworten. Das Volksgericht bewertete die Untergrundbewegung Rössners als eine „durchaus vom Kampfgeist im Sinne des Nationalsozialismus gegliederte und beherrschte Organisation“, die im Falle nicht rechtzeitiger Unterbindung ebenso wie die Organisation Souceks „vom Geiste der Gewalt geleitet, sich als ernste Gefahr für den inneren Frieden des österreichischen Landes durchaus verkörpert“ habe. Die Strafverfolgung endete mit Todesurteilen für Rössner und Soucek sowie lediglich einem Jahr Haft für Marius Hutter. Soucek und Rössner wurden bald vom Bundespräsidenten begnadigt, um sie nicht „überflüssigerweise als Märtyrer einer längst verfallenen Ideologie erscheinen“ zu lassen. Im Zuge der Ermittlungen waren zudem Verbindungen von einigen der Beteiligten zur Staatspolizei und Nachrichtendiensten der Besatzungsmächte sowie zu den beiden österreichischen Großparteien offengelegt worden. ÖVP und SPÖ buhlten 1948 bereits eifrig um das Wählerpotential der „Ehemaligen" und hatten geringes Interesse an der strengen Fortführung der Entnazifizierung. Strachwitz kehrte in den *Alpenverein* zurück und wurde Nationalratsabgeordneter der ÖVP. △

LITERATUR

Gunnar Mertz, Die umstrittene Nachfolge des nationalsozialistischen Deutschen Alpenvereins in Österreich, in: Marcus Böik / Marcel Schmeer (Hg.), Im Kreuzfeuer der Kritik. Umstrittene Organisationen in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, Frankfurt 2020, 503–526.

© Gunnar Mertz

Gunnar Mertz ist Doktorand am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und schreibt eine Dissertation über die Reorganisation des Bergsportes nach 1945.

INTERVIEW

Aufklärung über den Nationalsozialismus in sozialen Medien

Susanne Siegert informiert seit 2020 ehrenamtlich auf Instagram über das KZ-Außenlager Mühldorf, ein Außenlager des KZ Dachau. Seit 2022 betreibt sie auch den Kanal „Keine Erinnerungskultur" auf TikTok. Mit ihren Clips erreicht sie rund 200.000 junge Menschen. In einem Gespräch mit **Nadine Tauchner** berichtet sie, wie Gedenkarbeit in den Sozialen Medien funktionieren kann.

Was hat dich dazu bewogen, auf Instagram und TikTok über den Nationalsozialismus zu sprechen?
Ich bin in der Nähe von Mühldorf aufgewachsen. Als ich mit Dokumenten aus dem KZ-Außenlager Mühldorf konfrontiert wurde, habe ich diesen Ort im Kontext von Massenmord kennengelernt. Ich habe dann weiter darüber recherchiert und war erstaunt, was man alles in offen zugänglichen Archiven finden kann. Da ich durch mein Journalismusstudium Erfahrung mit Medien habe, kam mir der Gedanke, diese Geschichten zu teilen. Ich habe zuerst auf Instagram mit dem Account zum KZ-Außenlager Mühldorf begonnen. Mit dem Kanal „Keine Erinnerungskultur" auf TikTok wollte ich experimentieren. Zu dem Zeitpunkt war ich noch unsicher, ob TikTok der richtige Ort für Gedenkarbeit ist. Ich habe dann aber schnell festgestellt, dass das Thema dort gut aufgehoben ist, gerade weil man eine junge Zielgruppe erreichen kann. Die Jugendlichen haben sehr viele Fragen zum Nationalsozialismus und es werden auf TikTok auch viele Inhalte angeboten. Umso wichtiger ist es, wenn es da auch Videos gibt, die gut recherchiert und faktenbasiert sind.

Was steht hinter dem Namen deines TikTok-Kanals „Keine Erinnerungskultur"?
Bei der Namenssuche fiel mir ein Podcast mit Jens-Christian Wagner ein, dem Stiftungsdirektor der *Gedenkstätten Buchenwald / Mittelbau-Dora*. Er hat den Begriff „Erinnerungskultur" kritisiert, weil man sich nur an Dinge erinnern kann, die man persönlich erlebt hat. Dies trifft auf die nachfolgenden Generationen im Zusammenhang mit den NS-Verbrechen nicht zu. Mir gefällt an diesem Gedanken, dass man damit auch eine Zäsur markiert. Ich finde den ›

Begriff „Gedenkarbeit“ passender, weil er nicht vom Erinnern spricht, sondern den Begriff Arbeit enthält. Er zeigt, dass es aufwändig ist und wir auch aktiv werden müssen. Wir können uns nicht mehr auf Überlebende verlassen, die lange in der Erinnerungsarbeit den Löwenanteil übernommen haben.

Wo siehst du den Vorteil von Instagram und TikTok für die Gedenkarbeit?
Ich glaube, dass man in der Schule viel über das Thema Nationalsozialismus spricht. Man hat seine Schulstunden und seine Gedenkstättenfahrt. Die Schüler*innen können aber nicht entscheiden, ob sie bereit für das Thema sind. Hier sehe ich den großen Vorteil von TikTok. Sie können zehnmal über ein Video von mir hinwegsehen, weil es sie gerade nicht interessiert, aber beim elften Mal bleiben sie vielleicht daran hängen, fangen an, sich mehr anzusehen und Fragen zu stellen. Diese Freiwilligkeit und dass man sie da abholt, wo sie viel Zeit verbringen, sind der Mehrwert der sozialen Medien.

© Susanne Siegert

Susanne Siegert am Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Mühldorf.

Die Freiwilligkeit und dass man die Jugendlichen da abholt, wo sie viel Zeit verbringen, sind der Mehrwert der sozialen Medien.

Die sozialen Medien ermöglichen es, einfach in Interaktion mit den Nutzer*innen zu treten. Gibt es einen Unterschied in der Qualität zwischen den Interaktionen auf TikTok und denen auf Instagram?
Ich persönlich präferiere TikTok, was die Interaktion mit den Nutzer*innen angeht. Es gibt zwar auch auf TikTok rechte Kommentare und Hass, aber ich interagiere in meinen Kommentaren mit vielen jungen Menschen, die dem Thema offen gegenüberstehen. Auf Instagram lese ich im Vergleich sehr viele Kommentare, die ablenken wollen, z. B. „Jetzt gendert sie schon wieder. Muss das sein?“. Der Diskurs ist auf Instagram sehr viel destruktiver. Ich erkläre mir das damit, dass die Zielgruppe auf Instagram einfach etwas älter ist.

Wenn es sich klar um Holocaustleugnung und Relativierung handelt, bringe ich Kommentare zur Anzeige.

Durch die Anonymität ist man sehr leicht Hasskommentaren ausgesetzt. Wie gehst du mit Holocaustleugnung um, beziehungsweise wie reagierst du auf Hasskommentare und Rassismus?
Ich habe da einen ganz guten Weg gefunden. Die meisten bedenklichen Kommentare lösche ich und ich blockiere auch die Nutzer*innen. Damit nehme ich ihnen die Plattform und sie können kein weiteres Video von mir sehen. Wenn jemand überhaupt nicht an einem Diskurs interessiert ist, verschwende ich auch keine Zeit mit Diskussionen. Anstatt hasserfüllten Kommentaren meine Aufmerksamkeit zu schenken, gebe ich sie lieber Menschen, die sie verdienen und sie auch wollen. Wenn es sich klar um Holocaustleugnung und Relativierung handelt, bringe ich Kommentare zur Anzeige. Hier ist meine Erfahrung aber sehr frustrierend, weil die Ermittlungen eingestellt werden.

Alles, was du bis jetzt beschrieben hast, klingt nach viel Arbeit. Wie viel Aufwand steckt da eigentlich dahinter, die beiden Kanäle zu verwalten?
Ich habe einen regulären Job, daher ist meine Social-Media-Arbeit ein Nebenprojekt, das aber viel Zeit in Anspruch nimmt. Es gibt aber keine Schablone, nach der ich vorgehe. Im Schnitt brauche ich vier Stunden für ein Video. Die Recherche kann zwischen einer halben Stunde und mehreren Wochen dauern. Das Gute ist, dass ich mittlerweile beim Drehen, Schneiden und Recherchieren schon sehr viel schneller und effizienter geworden bin. Nicht zu unterschätzen ist, wie lange es dauert, auf Kommentare und Nachrichten zu reagieren.

Welche Methoden wendest du an, um unter all den anderen Unterhaltungsangeboten aufzufallen?
Ich glaube, am wichtigsten für den Algorithmus ist, dass man einen guten Anfang hat. Man nennt das einen *Hook*. Man wirft quasi den Haken aus, damit

© Susanne Siegert

Susanne Siegert am Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Mühldorf.

Leute dann daran hängen bleiben und nicht einfach darüber hinweggehen. Ich verwende auf den Anfang meiner Videos immer viel Zeit. Erst wenn dieser *Hook* steht, baue ich den Rest darum herum. Man muss dann darauf achten, dass die Qualität des Videos gut ist. Es ist wichtig, dass es Texteinblendungen gibt, und es ist gut, wenn eine Person in die Kamera spricht. Es sollte keine Studio-Atmosphäre sein, sondern gerne auch entspannter, z. B. im eigenen Wohnzimmer.

TikTok kommt aus China, einer menschenverachtenden Diktatur. Seit 2022 ist bekannt, dass der Algorithmus eine Art Zensur verübt, also, dass Beiträge mit Begriffe wie „schwul", „LGBTQ", „homosexuell" oder sogar „Auschwitz" weniger verbreitet werden. Wie schätzt du als erfolgreiche TikTokerin diese Situation ein und wie gehst du damit um?

Ich habe manchmal schon das Gefühl, dass tatsächlich bei Videos mit bestimmten Begriffen wie z. B. „Israel" und „Polizei" die Verbreitung schlechter funktioniert. Es ist aber vielleicht auch nur mein Bauchgefühl und es liegt an ganz anderen Faktoren. Ich habe nämlich auch in erfolgreichen Videos mit über einer Million Views Begriffe wie „Auschwitz" verwendet. Ich glaube, manche Inhalte werden es vielleicht etwas schwerer haben, wenn sie bestimmte Begriffe verwenden. Wenn sie gut sind, wird das von Nutzer*innen aber belohnt. Ich mache mir deshalb nicht so viele Gedanken und verwende keine Codewörter. Ich benenne die Begriffe und hoffe, dass es die Menschen erreicht.

Als jemand, der sehr aktiv in der digitalen Gedenkarbeit ist, wo siehst du noch Leerstellen?

Generell glaube ich, dass jeder Gedenkort in den sozialen Medien vertreten sein sollte. Wenn ich mit Mitarbeitenden vor Ort spreche, sehe ich, was es dort für Schätze an Informationen gibt. Ich halte es für eine große Leerstelle, dass in vielen Gedenkorten die Ressourcen für Social Media fehlen. Es wäre großartig, wenn es mehr Gelder und Stellen gäbe für die Produktion von digitalen Beiträgen, weil der Bedarf da ist.

Ich halte es für eine große Leerstelle, dass in vielen Gedenkorten die Ressourcen für Social Media fehlen.

Was würdest du Menschen mit auf den Weg geben, die vorhaben, Gedenkarbeit in sozialen Medien zu starten?

Ich empfehle: einfach anfangen. Ich habe mich zu Beginn auch sehr komisch dabei gefühlt und mir gedacht, wer soll sich das bitte anschauen? Aber ich habe gemerkt, wie groß die Lernkurve ist. Wichtig ist es auch, TikTok selbst zu nutzen und sich auf der Plattform zu bewegen. Dann wird man schnell feststellen, dass es eben nicht nur eine Spaß-Plattform ist, sondern dass man dort unfassbar viel lernen kann. Durch das Konsumieren von anderen Videos lerne ich auch, wie meine Videos aussehen können. Also einfach die Plattform nutzen und sich dann trauen, selber Videos zu gestalten. Und ich bin mir zu hundert Prozent sicher, diese Kombination macht sich immer bezahlt.

Vielen Dank für das Gespräch. △

© Anna Banks

Nadine Tauchner ist Bildungsreferentin in der Dokumentation Obersalzberg und Teammitglied von APC.

WIDER DAS VERGESSEN!

Digitale Erinnerungslandschaft Salzburg

Im Rahmen des österreichweiten Projekts DERLA (Digitale Erinnerungslandschaft) dokumentierte ein Team am Fachbereich Geschichte der Universität Salzburg Erinnerungsorte für die Salzburger NS-Opfer. Dabei wurde ein Mosaik an Schicksalen sichtbar gemacht, welches eine drängende Frage stellt: Wie gehen wir heute mit diesem Erbe um?

Ein Einblick in das Projekt von Hasan Softić.

© Hasan Softić

In der Flachgauer Gemeinde Bürmoos erinnert der Eleonore-Pfeiffer-Weg an die Widerstandskämpferin.

Zur DERLA-Website

2019 vom *Centrum für Jüdische Studien*, dem *Zentrum für Informationsmodellierung* und dem *Arbeitsbereich Geschichtsdidaktik* der Universität Graz sowie von ERINNERN:AT initiiert, erfasst das Dokumentations- und Vermittlungsprojekt DERLA Erinnerungsorte und -zeichen für die Opfer des nationalsozialistischen Terrors in Österreich. Zentral sind die interaktive Karte der Erinnerung, mittels welcher Details zu den Erinnerungsorten recherchiert werden können, sowie das mit der Karte der Erinnerung verknüpfte Archiv der Namen, in dem Biografien einzelner NS-Opfer festgehalten sind. Darüber hinaus ermöglicht das Vermittlungsangebot Schüler*innen und anderen Interessierten eine kompetenzorientierte Beschäftigung mit einzelnen Erinnerungsorten und Biografien. Schließlich kann man dank der Wege der Erinnerung – ausgearbeiteter Routen entlang diverser Erinnerungszeichen – verschiedene Orte auch gehend erleben.

Insgesamt wurden über 800 Salzburger Erinnerungsorte sowie über 700 Opferbiografien erhoben.

Die Erinnerungsorte im Bundesland Salzburg wurden zwischen September 2023 und Dezember 2024 im Zuge eines Forschungsprojekts am Fachbereich Geschichte der Universität Salzburg dokumentiert. Das Projektteam recherchierte zunächst potenzielle Erinnerungsorte, um anschließend die Biografien der Opfer aufzuarbeiten, denen diese gedenken. Alle Erinnerungszeichen wurden auch fotografisch erfasst. Insgesamt wurden etwa 800 Salzburger Erinnerungsorte sowie über 700 Opferbiografien erhoben, von denen hier nur wenige beispielhaft Erwähnung finden können.

Eleonore Pfeiffer – Still für das Richtige einstehen

In der Flachgauer Gemeinde Bürmoos erinnert der Eleonore-Pfeiffer-Weg an die

© Hasan Softić

Vor der Kirche in Bramberg am Wildkogel erinnert der Andreas-Rieser-Platz an den mutigen Pfarrer, der sieben Jahre im KZ Dachau überlebte.

1906 geborene Widerstandskämpferin, die unter lebensbedrohlichen Umständen den Deserteur Rupert Rückl versteckte und verpflegte. Neben ihrer antinazistischen Einstellung waren es vermutlich auch die erlittenen Verluste – ihre beiden Neffen fielen 1944 bzw. 1945, ihre Nichte starb im letzten Kriegsjahr an Typhus –, die sie zu ihrer Entscheidung bewogen. Rückl überlebte, „Lore" Pfeiffer auch. Sie führte nach 1945 ein beschauliches Leben. 1999 starb sie vereinsamt in einem Krankenhaus. Zu Lebzeiten erhielt sie keine Anerkennung für ihre mutige Tat und kann so symbolisch für all jene stehen, die während der NS-Zeit ihr eigenes Leben riskierten, um anderen zu helfen, deren Lebensgeschichten aber oft unbekannt blieben.

Andreas Rieser – Sieben Jahre im Konzentrationslager

In der Pinzgauer Gemeinde Bramberg am Wildkogel erinnern vor der Kirche der Andreas-Rieser-Platz sowie eine zusätzliche Gedenktafel an den mutigen Dorfgasteiner Pfarrer, der während der Bramberger Kirchenrenovierung eine Denkschrift im neuen Kirchturm hinterlegen sollte. In dieser übte er Kritik am Nationalsozialismus. Bei diesem handle es sich laut Rieser um ein „Gewaltregime, das sich nicht lange halten" werde. Er bezeichnet die „Illegalen" als Verbrecher und Hitler als „Kirchenverfolger", der „abtreten" werde. Darüber hinaus skizziert er im Schreiben die Verfolgung politischer NS-Gegner*innen. Der Spengler, der das Schreiben im Turm hinterlegen sollte, öffnete es vorher jedoch und meldete den Inhalt dem NSDAP-Ortsgruppenleiter, der veranlasste, dass Rieser im August 1938 verhaftet und bald danach ins KZ Dachau deportiert wurde. Dort und im KZ Buchenwald war der Pfarrer rund sieben Jahre interniert, erst 1945 erfolgte die Befreiung. Schwer gezeichnet von den Lagerbedingungen kehrte Rieser Ende Mai 1945 nach Dorfgastein zurück, wo er bis zu seinem Tod 1966 als Seelsorger tätig war.

Nur wenige Wochen nach seiner Ankunft war Hansi Thaler tot.

Hansi Thaler – „Taubstummheit, Schwachsinn, Lungenentzündung"

Das Schicksal Hansi Thalers bewegt besonders. Geboren am 12. Juni 1937 in St. Johann im Pongau, verlor er aufgrund einer Erkrankung mit etwas mehr als einem Jahr seinen Gehörsinn, infolgedessen sich seine geistige Entwicklung verzögerte. Das „Gaufürsorgeamt" strebte daher die Unterbringung in einer Pflegeanstalt an. Im August 1942 wurde er nach Wien in die „Heilpädagogische Anstalt Am Spiegelgrund" deportiert. Nur wenige Wochen nach seiner Ankunft war Hansi Thaler tot. Als Todesursache gab die Behörde „Taubstummheit, Schwachsinn, Lungenentzündung" an. Heute weiß man, dass der Fünfjährige durch den bewussten Nahrungs- und Flüssigkeitsentzug sowie durch die Verabreichung von Beruhigungsmitteln ermordet wurde. An Hansi Thaler erinnern ein Stolperstein in seiner Heimatgemeinde sowie das Mahnmal für die Opfer der NS-„Euthanasie" im Salzburger Kurgarten.

Und danach?

Die Erinnerungsorte für NS-Opfer im Bundesland Salzburg wurden mit DERLA erstmals vollständig erfasst. Angesichts des Ablebens zahlreicher Zeitzeug*innen, mit denen Berichte über die NS-Zeit für immer verstummen, erscheint es essentiell, eine wissenschaftlich fundierte und regelmäßig aktualisierte Plattform zu bieten, die nachkommenden Generationen die Möglichkeit gibt, sich über lokale Aspekte des Nationalsozialismus zu informieren. DERLA ist somit zu einem wesentlichen Bestandteil regionaler Erinnerungskultur geworden. △

© Hasan Softić

Hasan Softić ist Lehrer sowie Projektmitarbeiter am Fachbereich Geschichte der Universität Salzburg und forscht im Rahmen seiner Dissertation zu bosnischen Communities in Österreich.

INDEPENDENCE MARCH IN WARSAW

Every year on the 11th of November, thousands of Polish right-wingers rally and celebrate Polish independence day. The annual march marks a very important event for the Polish right and has become the largest international far-right meeting in Europe.

An overview by Jakub Woroncow.

The initial Independence Marches held before 2010 were marginal events, attracting fewer than 1,000 participants, largely comprising nationalist and white supremacist activists carrying flags adorned with Celtic crosses and phalanx symbols. However, in 2010, the primary organisers — the *National Radical Camp* (ONR) and *All-Polish Youth* (MW) — joined forces to organise the event for the first time together. The strategy of the Polish far-right nationalists was inspired by the Hungarian radical-right *Jobbik* party. The initiative to weaponise patriotism and establish connections within the conservative mainstream aimed to popularise the idea of founding a new political party, which materialised in 2012 as *Ruch Narodowy*.

The aim of the march was to associate patriotism with nationalist political tradition, aggressive anti-leftist, xenophobic, anti-LGBT rhetoric with elements of antisemitism, which has been an integral part of Polish right-wing nationalism since the 19th century.

The aim of the march was to associate patriotism with nationalist political tradition.

Today *Ruch Narodowy* is part of *Konfederacja*, an electoral alliance of various right-wing groups formed in 2018. *Konfederacja* held positions that set it clearly to the right even of PiS. *Konfederacja* was strongly involved in a campaign against the United States' 2017 "Justice for Uncompensated Survivors Today (JUST) Act", which requires the State Department to report to Congress on steps that forty-seven countries have taken to compensate Holocaust survivors and their heirs for assets seized by Nazi Germany and postwar communist governments. *Konfederacja* accused PiS, a party supportive of the Trump administration, of being passive towards a law that was described as dangerous by antisemitic circles in Poland. Today *Konfederacja* has MPs in the Polish parliament and MPs in the EU parliament, including infamous Grzegorz Braun, perpetrator of dousing a menorah during Hanukkah in the Polish parliament in 2023.

From riots to political correctness

Until 2013, the annual marches, supported by football hooligans, were marked by street clashes with the police. These events became significant international gathering points, attended by *Jobbik* leaders like Gábor Vona and László Toroczkai, politicians from Western neo-fascist parties, including Marian Kotleba of the *People's Party Our Slovakia*, Nick Griffin of the *British*

© Miedzionikiel, CC BY-SA 4.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>, via Wikimedia Commonscourtesy of Morris Rosen.

March scene 2019 in Warsaw.

National Party, Roberto Fiore of *Forza Nuova* and Manuel Canduela of *Democracia Nacional*. During one march, several incidents occurred outside the planned route, including the burning of the "Rainbow" art installation in Plac Zbawiciela, attacks on antifascist spaces and the Russian embassy, prompting a response from Russian authorities.

By 2014, the march had become part of an international political campaign aiming to establish a far-right European Parliament group, hoping for election success in Hungary, Poland and Slovakia for more radical right-wing MPs in the European parliament. The Independence March is now recognised as a large-scale event, with attendance reaching up to 90,000 participants.

After 2014 there were no longer massive riots during the march which might have been caused by changing the way of the march from Plac Defilad via the bridge on Wisła to the National Stadium where space for potential destruction of public property is relatively small, but also changing discourse on law enforcement. In the context of massive migration of middle eastern refugees, the Polish far-right withdrew from typical "football hooligans anti-police" rhetoric. Police and now also Border Guards are shown as Polish patriots who defend Poland and Europe from an "invasion". Riots, however, once more occurred during the pandemic in 2020. These violent incidents might have been the result of the conflict between *Konfederacja* that supported the anti-vaccine movement and PiS which was responsible for health politics.

Extremist face of the march

On the occasion of November 11th, several related events were organized by various far-right networks. These included hidden concerts under the banner of the "Ku Niepodległej" (Toward Independence) festival and performances by the Hungarian nationalist band *Hungarica*, which were held in leading rock clubs between 2015 and 2017. The Hungarian band sought to gain popularity among the Polish audience, not only the nationalist one, by recording an album in Polish titled "Przybądź wolności!" (Come, Freedom!) with a guest appearance by Grzegorz Kupczyk, a legend of Polish heavy metal. Meanwhile, for a more radical audience arriving for the Independence March, the "Ku Niepodległej" festival was organized, where between 2014 and 2017 bands associated with the RAC movement performed, including *Lemovice* (France), *Fehér Törvény* (Hungary), *Mistreat* (Finland), *Bronson* (Italy) and *Code 291*, *Tors Vrede*, and *Wåfflor Waffen* (Sweden). Polish "stars" also performed there, such as the band *Irydion*, the white supremacist *Nordica*, skinhead band *All Bandits*, and groups associated with the Polish Blood & Honour network such as *Obłęd, Legion Twierdzy Wrocław.* ›

© Adam Kliczek, http://memoriesstay.com (CC-BY-SA-3.0)

Banner of the far-right at the demonstration in Warsaw 2019.

The march has become the largest international far-right meeting point in Europe.

Other regular events included conferences that hosted *Forza Nuova*, *Democracia Nacional*, or the *British National Party* as official guests of the march, as well as more underground organisations such as *Junge Nationalisten*, *National Corps*, *Russian Centre*, or *Bastion Social*. Those events hence served as international get-togethers of European Neo-Nazi and white power groups, in the shadow of the massive Polish Independence Day event. Basically, the November 11th march was at the same time a mobilisation of right-wing sympathizers, led by nationalist far-right groups, and has therefore become the largest international far-right meeting point in Europe.

Present and Future

The Independence March is difficult to evaluate due to the multitude of masks worn by both its participants and organisers. For many years, the public debate about it was overshadowed by media narratives that portrayed the event as an ordinary march celebrating Independence Day, with any controversies attributed to "hooligans," as well as by politicians who exploited it for their short-term gains. In particular, in the rhetoric of the right-wing PiS party, the march was presented as a family-friendly event with children, and incidents of hooliganism were described as "provocations" by the left or the police. In the rhetoric of the liberal PO (now KO) party, depending on the period, one could observe criticism from legalistic positions, alarmism, and initially even some legitimisation, although dismissal and downplaying have generally prevailed.

Currently, the Independence March is controlled by the Independence March Association, dominated by the *All-Polish Youth*. The event itself has effectively become a political springboard for leaders of the National Movement, such as Robert Winnicki and Krzysztof Bosak.

Yet it is difficult to answer the basic question: What does the march stand for now? Prior to 2015 it was political mobilisation with the goal to create a political movement. From 2015 to 2023 it was a tool to keep political existence under the hegemony of the right-wing PiS that hijacked many ideological elements from the far-right. After changing the government, it is not clear whether its formula can achieve anything more than yearly street mobilisation with the extremist element. △

© Jakub Woronkow

Jakub Woroncow is a historian and political scientist specializing in political extremism and radicalisation. As an investigative journalist, he has covered topics related to the far-right and supporters of Middle Eastern terrorists in Poland.

Bombenterror in Oberwart

Österreich lebte vier Jahre in Angst

Am 4. Februar 1995, kurz vor Mitternacht, explodierte in der südburgenländischen Stadt Oberwart eine Bombe. Josef Simon, Peter Sarközi und die Brüder Karl und Erwin Horvath wurden durch diese Explosion getötet. Josef, Peter, Karl und Erwin wurden Opfer eines politisch motivierten Anschlags. Sie mussten sterben, weil sie Angehörige der Volksgruppe der Rom*nja waren, denn die Bombe wurde in unmittelbarer Nähe der Oberwarter Roma-Siedlung platziert. Sie war als Schild getarnt, auf dem „Roma zurück nach Indien" zu lesen war. Als die vier Männer dieses Schild entfernen wollten, detonierte es.

Ein Beitrag von Manuela Horvath.

Dieses Attentat war der traurige Höhepunkt einer rassistischen und rechtsextremen Anschlagsserie, die am 3. Dezember 1993 begann und mit der zufälligen Festnahme des steirischen Attentäters Franz Fuchs am 1. Oktober 1997 endete. Der Attentäter wurde wegen vierfachen Mordes sowie zahlreicher Mordversuche und Körperverletzungen zu lebenslanger Haft verurteilt. Dieser Strafe entzog er sich allerdings, indem er in der Justizanstalt Graz-Karlau im Februar 2000 Suizid beging.

Josef, Peter, Karl und Erwin waren Söhne und Enkelsöhne von Holocaustüberlebenden. Ihre Familien, ihre Freunde sowie die Volksgruppe der Rom*nja mussten nicht nur mit dem Schmerz des Verlusts der vier Männer umgehen. Sie waren auch mit dem öffentlichen und dem medialen Interesse konfrontiert. Darüber hinaus war es auch notwendig, sich mit Rassismus und Diskriminierung unmittelbar nach dem Attentat auseinanderzusetzen. Den Familien, den Freunden und der Volksgruppe wurde aber auch ehrliche Anteilnahme entgegengebracht. Wie es eben so ist. Eine Seite zeigte sich solidarisch. Die andere Seite schürte den Hass.

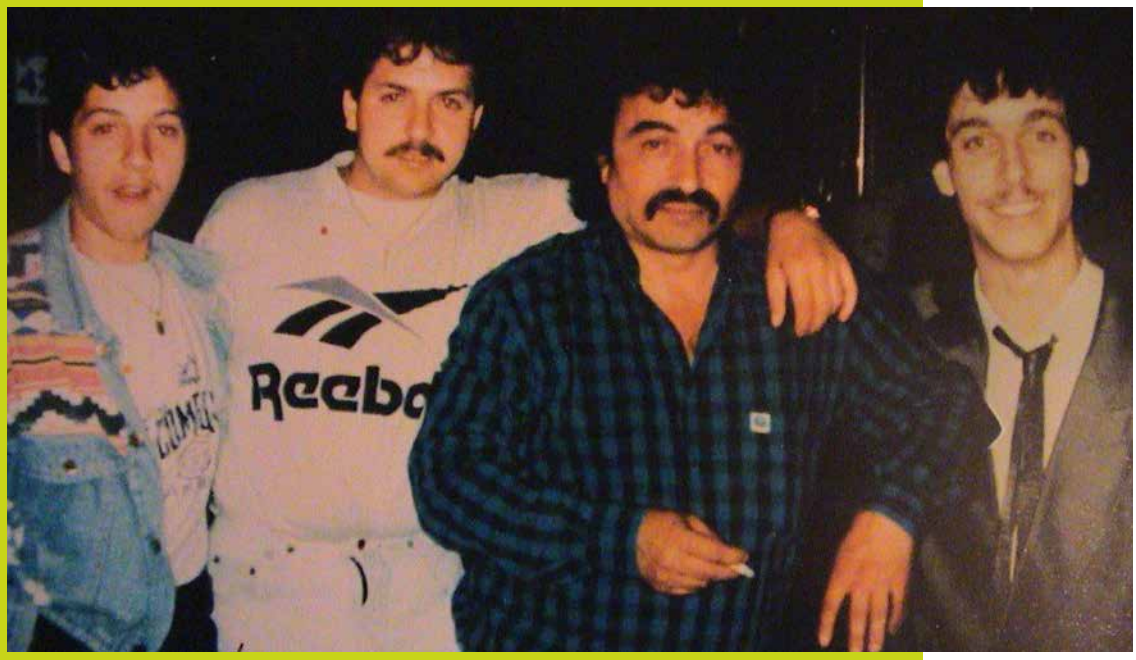
Eine Seite schürte den Hass.

Gedenken, Lehren und Lernen

Jährlich findet am Ort des Attentats eine Gedenkfeier statt. Organisiert wird diese vom Referat der Romapastoral der Diözese Eisenstadt. Dieses Referat leite ich nun seit neun Jahren. Ich bin Volksgruppenangehörige der Burgenland-Roma, lebte bis zu meinem zwanzigsten Lebensjahr in der Oberwarter Roma-Siedlung und ich verlor bei dem Attentat meine Cousins, Karl und Erwin. ›

Gedenkstein in Oberwart.

Engagierte Gedenkarbeit



V. l. n. r.: Erwin Horvath, Karl Horvath, Josef Simon, Peter Sarközi.

Eine Seite zeigte sich solidarisch.

Jedes Jahr ist es für mich eine emotionale Herausforderung, die Gedenkfeier zu organisieren. Meist ist es am Tag der Gedenkveranstaltung klirrend kalt. Doch nichtsdestoweniger finden sich Volksgruppenangehörige der Rom*nja, die Zivilgesellschaft von Oberwart und den benachbarten Gemeinden, Vertreter*innen von Politik, Kirchen und NGOs am Gedenkort, am Attentatsort nahe der Oberwarter Roma-Siedlung ein, um der Opfer des Attentats zu gedenken.

Die Gedenkfeier wird von einem ökumenischen Gebet eingeleitet. Volksgruppenangehörige der Rom*nja, darunter auch Kinder und Jugendliche, gestalten das jährliche Gedenken mit. Dieser Aspekt ist äußerst wertvoll. Denn dadurch sieht man, dass es auch unserer jungen Generation wichtig ist, das Gedenken an das Attentat, welches sie selbst nicht miterlebten, aufrecht zu halten.

Damit das passieren kann, ist es notwendig, junge Menschen über das Attentat von Oberwart und generell über die Brief- und Rohrbombenserie von Österreich zu informieren und aufzuklären. Um sicherzustellen, dass dies nicht nur innerhalb unserer Volksgruppe gelingt, suche ich immer wieder den Kontakt zu Schulen und Pädagog*innen, um durch Workshops und Vorträge an Bildungseinrichtungen Menschen zu erreichen, denen das Attentat von Oberwart sowie die Brief- und Rohrbombenserie von Österreich völlig fremd sind.

In regelmäßigen Abständen werden Schulen auch als Kooperationspartner für die Gedenkfeier angesprochen. Gemeinsam mit Pädagog*innen und Schüler*innen entstehen dadurch unterschiedliche Projekte und Beiträge für die Gedenkveranstaltung. Somit werden immer wieder unterschiedliche Akteur*innen eingebunden und durch die aktive kreative Auseinandersetzung fließen verschiedene Sichtweisen des Gedenkens und Erinnerns mit ein.

Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft

Im Gedenken an das Attentat und die Opfer liegt auch eine Verantwortung für unsere Gegenwart und für unsere Zukunft. So habe ich die Hoffnung, dass die Gäste der jährlichen Gedenkfeier gegen Antiziganismus und Rassismus im Alltag ihre Stimmen erheben und bei rechter Hetze und Gewalt aufstehen. △

WEITERE INFORMATIONEN

Romane Thana – Orte der Roma und Sinti

Initiative Minderheiten

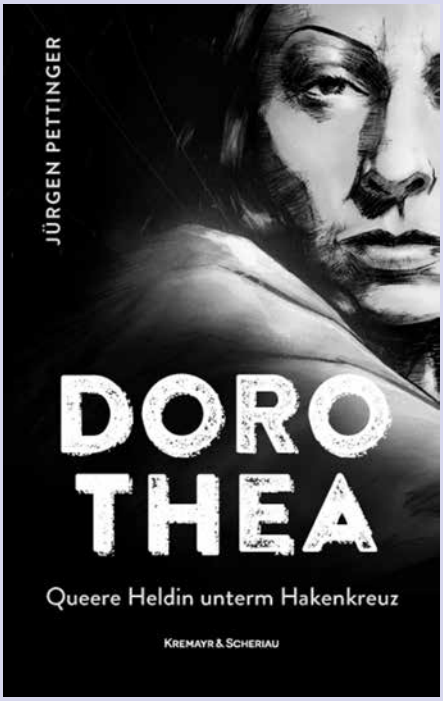
© Manuela Horvath

Manuela Horvath wuchs in der Oberwarter Roma-Siedlung auf. Sie ist Referatsleiterin der Romapastoral in der Diözese Eisenstadt und Stadträtin ihrer Heimatgemeinde.

DOROTHEA

Rezension von Cassandra Burgstaller.

Jürgen Pettinger erzählt auf knapp 200 Seiten die eindrucksvolle Geschichte der Schauspielerin Dorothea Neff (1903–1986), die 1940 ihre jüdische Freundin Lilli Wolff als U-Boot in ihrer Wiener Wohnung versteckte. Mit beklemmender Präzision beschreibt er die Lebensrealität der beiden Frauen während der NS-Zeit in Wien: die ständige Angst, die lauernde Bedrohung durch die Nachbar*innen und den nagenden Hunger. In einem Klima ständig drohender Bespitzelung und Denunziation versucht Dorothea als alleinstehende Frau nicht aufzufallen. Um Gerüchten vorzubeugen, veranstaltet sie gesellige Abende in ihrer Wohnung, während Lilli sich im Kachelofen verstecken und „tot stellen" muss. Die ohnehin bedrohliche Lage spitzt sich 1944 weiter zu, als Lilli mit einem Tumor in der Brust ins Krankenhaus muss.



© Verlag Kremayr & Scheriau GmbH & Co. KG

Dorothea ist eine vielschichtige Geschichte: Sie handelt vom Nazi-Terror im Kleinen und im Großen, vom Verstecken und Sich-beinahe-selbst-Verlieren. Es ist eine großartige Liebesgeschichte, die jedoch trotz aller beschriebenen Opfer fast unsichtbar bleibt – und hier liegt der vielleicht einzige Wermutstropfen des Romans: Die tiefe und starke Bindung, die Dorothea und Lilli trotz aller Gefahren verband und sie dazu brachte, sich einem menschenverachtenden Regime entgegenzustellen, bleibt oft nur schwer greifbar. Obwohl eben diese Beziehung das Fundament ihres mutigen Widerstands bildete, wirkt sie im Roman manchmal beinahe unsichtbar.

Dorotheas und Lillis Beziehung übersteht die belastende Zeit des NS-Terrors nicht, doch Zeit ihres Lebens verbindet die Frauen eine tiefe Freundschaft. Mit Eva Zilcher, die Dorothea im Frühjahr 1945 kennenlernte, lebte sie 42 Jahre lang wie ein Ehepaar. Heiraten konnten die beiden Frauen nicht; die Ehe für alle blieb den Österreicher*innen bis 2019 verwehrt.

Dorothea schwieg jahrzehntelang über ihre mutige Tat. Die Gründe hierfür waren vielschichtig: Zum einen galten Widerständige unter der lauten Mehrheit der Bevölkerung nicht als Held*innen, sondern wurden vielmehr als Verräter*innen verschrien. Zum anderen spiegelt sich hier eine tragische Kontinuität wider: Die fehlende Solidarität, die homosexuelle Frauen und Männer, aber auch Trans*Menschen in der Gesellschaft – auch in den KZs durch Mithäftlinge – erfuhren, setzte sich vielerorts nach 1945 fort.

Die Frage nach Dorothea Neffs langem Schweigen regt Leser*innen zum Nachdenken an. Sie hält unserer Gesellschaft einen Spiegel vor und zeigt, dass Ausgrenzung und Diskriminierung vieler Opfergruppen nicht mit dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes endeten. Diese Kontinuitäten, die das Buch aufzeigt, regen die Leser*innen an, sich mit dem Fakt zu beschäftigen, dass die Diskriminierung, die Dorothea und Lilli erlebten, tief in der Gesellschaft verankert war und auch lange nachwirkte. Diese Auseinandersetzung ist schmerzhaft, aber notwendig. △

© Cassandra Burgstaller

Cassandra Burgstaller ist Masterstudierende der Geschichtswissenschaften und Studienassistentin im Bereich Globalgeschichte an der Universität Salzburg. Sie ist Teammitglied von APC.

Aus dem Verein

89 Rückblick auf das Vereinsjahr 2024
Jakob Thuswaldner

91 Der Geist von gestern
NS-belastete Straßen in Salzburg
Eva Bammer

92 „a mentsch“
Nachruf auf Ernst Löschner (1943-2024)
Antonia Winsauer

94 Wanderausstellung:
Grenzen Überwinden – Jüdische Flucht im Salzburger Hochgebirge 1947

95 Die historische Fluchtroute erwandern
Wanderung 2025

96 Pyramide zum Gedenken an das DP-Lager „New Palestine“ im Salzburger Stadtteil Parsch
Julia Brunner

99 Ausblick

Rückblick auf das Vereinsjahr 2024

Alpine Peace Crossing hat ein in vielerlei Hinsicht ertragreiches Jahr hinter sich. Unser Team hat sich fast verdoppelt und durch die neu gewonnenen Kapazitäten konnten wir viele Projekte angehen und Akzente setzen. Die Gedenkveranstaltungen und ein großer Teil unserer letztjährigen Gedenkarbeit beschäftigten sich mit dem Thema *Versäumtes Erinnern. Österreich und der Austrofaschismus*.

Ein Bericht von Jakob Thuswaldner.

Anfang Februar feierten wir Premiere. In Wien luden wir zum ersten Mal in der nunmehr sechsjährigen Geschichte der *Alpendistel* zu einer Präsentation unseres Magazins ein. Mit Vorträgen der Historiker*innen Isolde Vogel und Julian Stricker-Neumayer, untermalt mit musikalischen Einlagen von Maren Rahmann, machten wir auf die problematische Rezeption des Austrofaschismus und den inhärenten Antisemitismus der christlichsozialen Bewegung in Österreich aufmerksam. Dem ging ein großartiger, von Martin Krist geleiteter Stadtspaziergang durch Dollfuß' Wien voraus.

Neue Gesichter, neue Ideen

Wir haben Zuwachs bekommen. Das Vorstandsteam rund um Robert Obermair, Antonia Winsauer, Eva Bammer, Jakob Gruber und Matthias Schreckeis wurde durch vier neue Köpfe ergänzt, die im Folgenden kurz vorgestellt werden sollen. Nadine Tauchner bringt viel Erfahrung im Bereich der Gedenkarbeit mit und ist beruflich als Bildungsreferentin der Dokumentation Obersalzberg tätig. Cassandra Burgstaller studiert Geschichte an der Paris-Lodron-Universität Salzburg und hat bereits in der vorherigen Ausgabe der *Alpendistel* einen Artikel publiziert. Benedikt Leitgeb ist Philosophie-Doktorand und betreut mit großer Leidenschaft die Social-Media-Kanäle von APC. Ferner ist der Lektor der *Alpendistel*, Jakob Thuswaldner, nun auch Teil unseres Kernteams. Besonderer Dank gebührt unserem ehemaligen Praktikanten Marc-Alexander Munshi und unserer ehemaligen Stipendiatin Melanie Litta, deren Unterstützung und Impulse den Verein entscheidend bereichert haben.

Im Frühjahr reiste das neue Team nach Melk für die alljährliche Klausur. Dort konnten aus der neuen Vorstandsdynamik die jeweiligen Stärken, Interessen und Aufgabenbereiche jeder*jedes Einzelnen abgeleitet werden. Zusätzlich wurden die Zukunftsperspektiven des Vereins diskutiert und in vielen Punkten maßgebend vorangetrieben. Melk diente nicht bloß als schöne ›

Teilnehmende der APC-Wanderung 2024.

Hintergrundkulisse der Klausur, vielmehr wurde der Ort gezielt auf Grund seiner historischen Bedeutung gewählt. Christian Rabl vom Verein *MERKwürdig* gab uns eine exklusive Führung durch die KZ-Gedenkstätte Melk und brachte uns an Orte mit Verbindungen zum Austrofaschismus. So konnten wir uns mitunter ein Bild des kontroversen Dollfuß-Museums im Texingtal machen, zumindest von dessen Fassade.

Gedenkveranstaltungen und Würdigungen

Auch 2024 stand die Gedenkwanderung über den Krimmler Tauern an der Spitze unserer Prioritäten. Rund 250 Interessierte aus aller Welt reisten Ende Juni nach Krimml, um der Flucht Tausender Jüdinnen*Juden nach dem Zweiten Weltkrieg über den Krimmler Tauern zu gedenken. Der Gründer und Ehrenpräsident von *Alpine Peace Crossing*, Ernst Löschner, würdigte bei der Eröffnung unseres Gedenkwochenendes gemeinsam mit unserem Vorstandsmitglied Jakob Gruber die Verdienste von Heinz Tschannett und Rami Litani und verlieh ihnen im Zuge dessen den APC-Friedenspreis. Beim darauffolgenden Dialogforum, moderiert von Antonia Winsauer, erhielt überdies Michael Kerbler die APC-Ehrenmitgliedschaft als Anerkennung seiner jahrelangen Verdienste für unseren Verein. Das Dialogforum thematisierte den Austrofaschismus und wurde durch einen Vortrag der Historikerin Charlotte Rönchen vom *Institut für Historische Sozialforschung* über die Geschichte des Austrofaschismus und einen weiteren Vortrag der Historikerin Isolde Vogel vom *Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands* über die antisemitische Tradition der christlichsozialen Bewegung in Österreich bereichert. Auch der Regisseur Benjamin Swiczinsky ist unserer Einladung gefolgt. Auf die Präsentation seines preisgekrönten Kurzfilms „Heldenkanzler“ folgte eine Podiumsdiskussion mit dem Regisseur und den beiden Vortragenden, moderiert von Robert Obermair. Die Gedenkwanderung am nächsten Tag ging mit historischen Inputs diverser Teammitglieder einher, ebenso berichtete Almir Dudić über das Europahaus in Srebrenica. Die Wanderung ist wieder als klarer Erfolg zu verbuchen. Die Teilnehmenden der Kurz-, Mittel-, und Langvariante wurden jeweils von einem Teil des APC-Teams begleitet und auch die mitwandernde Bergrettung stellte sicher, dass es zu keinen Zwischenfällen kam. So konnten alle Teilnehmenden sicher ihr Ziel erreichen, für die Exponent*innen der Langvariante war dies nach der Gipfelquerung schließlich Kasern/Casere. Wir bedanken uns ganz herzlich beim Team der Bergrettung Krimml, dem Krimmler Tourismusverband, den örtlichen Bürgermeistern sowie unserem begleitenden Arzt Dr. Christian Gruber!

Gleichwohl wir schon vorfreudig der nächsten Gedenkwanderung entgegensehen, seien an dieser Stelle noch zwei besondere Veranstaltungen erwähnt, zu denen APC letztes Jahr eingeladen wurde. Wir sind stolz und freuen uns, für unser Magazin den renommierten *Hans-Frankenthal-Preis* 2024 der *Stiftung Auschwitz-Komitee* erhalten zu haben. Diesen nahmen wir dankbar bei der Preisverleihung im Oktober letzten Jahres in Hamburg entgegen. Außerdem wollen wir dem Bajszel in Berlin danken, wo wir im Dezember auf Einladung des Archivs für Jugendkulturen einen Vortrag über unsere Arbeit halten durften.

2024 war für APC ein in vielerlei Hinsicht erfolg- und ereignisreiches Jahr, das jedoch Anfang Dezember von einer traurigen Nachricht überschattet wurde. Ernst Löschner, der Gründer und Ehrenpräsident unseres Vereins, ist am 3. Dezember mit 81 Jahren von uns gegangen. Seine Ideen, die Erinnerung an sein Engagement und seine Leidenschaft werden unseren Verein auch 2025 über den Krimmler Tauern begleiten. △

© Jakob Thuswaldner

Jakob Thuswaldner ist Lektor, Übersetzer und Teammitglied von APC.

DER GEIST VON GESTERN

NS-belastete Straßen in Salzburg

Einige kritische Anmerkungen von Eva Bammer.

Im Jahr 2021 legte eine Historiker*innenkommission einen mehr als 1.000 Seiten umfassenden Bericht vor. Die Kommission war von der Stadt Salzburg beauftragt worden, die nach Personen benannten Straßen und Verkehrsflächen auf ihre NS-Vergangenheit zu prüfen. Herausgekommen ist, dass von den 1.156 mit Namen versehenen Verkehrsflächen knapp 50 % nach Einzelpersonen benannt wurden, wovon 66 Personen entweder Mitglied der NSDAP waren oder in einem Naheverhältnis zum nationalsozialistischen Regime standen. Obwohl die Rufe nach einer längst überfälligen Umbenennung immer lauter wurden, ist seither beschämend wenig passiert.

Andere Städte im deutschsprachigen Raum, wie Hamburg, Linz oder Wien, haben ebenfalls Expert*innenberichte mitsamt Empfehlung vorgelegt. In vielen Städten wurden bereits Umbenennungen durchgeführt oder Tafeln mit wichtigen Zusatzinformationen angebracht.

Obwohl die Rufe nach einer längst überfälligen Umbenennung immer lauter wurden, ist beschämend wenig passiert.

In Salzburg scheinen diesbezüglich drei Jahre nach Veröffentlichung des Berichts die Uhren noch langsam zu ticken, was unter anderem daran liegt, dass das Thema hoch emotionalisiert und als politisches Kalkül eingesetzt wurde.

Die in Salzburg eingesetzte Kommission kam nach akribischen Recherchen zum Fazit, dass bei 13 der 66 Personen, die eine (teilweise enge) Verbindung zur NS-Politik aufwiesen, dringender Diskussions- und Handlungsbedarf bestehe. Zu den 13 Personen zählen überregionale Bekanntheiten, wie der Dirigent Herbert Karajan, der Unternehmer Ferdinand Porsche oder der Bildhauer Josef Thorak.

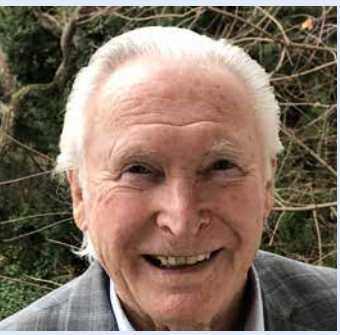
Obwohl von unterschiedlicher Seite schon länger eine Umbenennung beziehungsweise ordentliche Kontextualisierung gefordert wird, scheint sich der Prozess zu ziehen. Damit die historischen Recherchen des Fachbeirats nicht wieder in einer Schublade verschwinden, hat APC im Winter 2023 eine Aktion gegen das Verdrängen und Vergessen gestartet, indem alle 66 belasteten Straßen und Verkehrsflächen um eine angemessene – wenn auch unangenehme – Kontextualisierung ergänzt wurden. Die Aktion wurde von Salzburger Tageszeitungen aufgegriffen und dadurch konnte eine erneute öffentliche Diskussion initiiert werden. Die im Frühling 2024 neugewählte Stadtregierung hat versprochen, sich des Problems anzunehmen. Es stellt sich die Frage, wie viel länger sich die Mozartstadt damit rühmen soll, mehr Straßen nach NSDAP-Mitgliedern als nach Frauen benannt zu haben. △

© APC

Die nach dem problematischen Antisemiten und Volksmusiker benannte Tobi-Reiser-Straße nach der Aktion von APC.

„a mentsch“ Nachruf auf Ernst Löschner (1943-2024)

von Antonia Winsauer im Namen des ganzen APC-Teams.



Zum ersten Mal persönlich begegnet bin ich Ernst an einem Freitagnachmittag im Juni 2019. Er hatte Robert und mich zu sich nach Hause eingeladen, um eine mögliche Vereinsvorstandsübergabe zu besprechen. Wir hatten uns zuvor noch nie gesehen, trotzdem waren wir schon per Du gewesen und fest umarmt worden, bevor wir überhaupt sein Haus betraten. Gemeinsam mit Norbert Wallner aus dem damaligen Vorstand erzählte er uns über Pizzakartons am Esstisch und später bei Kaffee im Garten von *Alpine Peace Crossing* und von der Vereinsarbeit, für die nun neue Hauptverantwortliche gesucht wurden. Eine Portion jugendlicher Leichtsinn oder Mut unsererseits, Ernsts einnehmende Persönlichkeit, Überzeugungskraft und Vertrauen in uns beide und in den Rest des neuen Vorstands, und vor allem die Überzeugung aller Beteiligter von der Wichtigkeit *der Sache* sorgten dafür, dass im darauffolgenden Herbst wir als neues junges Vorstandsteam und Ernst als Ehrenpräsident die erste gemeinsame Generalversammlung verließen.

Als damals einzige in Wien Lebende des neuen Vorstands und „Stellvertreterin seines Nachfolgers Robert Obermair“, wie Ernst die offiziellen Vereinsfunktionen stets betonte, war ich gemeinsam mit ihm bei Terminen, lernte Freund*innen des Vereins und jene Ernsts kennen (die beiden Kategorien überlagerten einander), schüttelte Hände bei Botschaftsempfängen, begleitete ihn sogar einmal in seine Loge im Wiener Konzerthaus und konnte hautnah miterleben: Er war mit allen per Du, ob sie wollten oder nicht, und schien das manchmal vielleicht etwas zu schnell persönlich, war dieser Eindruck rasch beseitigt, weil alle gleich bemerkten: Der Naturgewalt Ernst Löschner entkam niemand!

Für Ernst waren Berührungsängste ein Fremdwort, Ernst eilte auf die Menschen zu, umarmte, küsste, lud ein, ohne sich dabei zu kümmern, welche

Er setzte seine Privilegien, Kontakte und seine ganze Kraft ein, um für die weniger Privilegierten, allen voran Geflüchtete, bessere Lebensbedingungen zu schaffen.

Herkunft oder welche gesellschaftliche Position jemand hatte. Bei Ernst war schnell klar, wofür und für wen er sich einsetzte, worum er kämpfte. Er setzte seine Privilegien, Kontakte und seine ganze Kraft ein, um für die weniger Privilegierten, allen voran Geflüchtete, bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Aber auch, um für die Verfolgten und Ermordeten der Shoa ein angemessenes Gedenken zu erreichen, gemeinsam mit Überlebenden und Nachkommen zu erinnern.

Er organisierte und finanzierte Rechtsberatung, förderte musikalische Talente, unter anderem, indem er in seiner Abwesenheit seinen Hausschlüssel verlieh, damit ein Pianist, der sein Klavier in seinem Heimatland zurücklassen musste, sich mit Ernsts Pianoforte für seine Aufnahmeprüfung in Wien vorbereiten konnte.

Apropos Klavier: Noch wenige Tage vor seinem Tod spielte er unseren Freund*innen Leah und Rami Litani aus Israel bei sich zu Hause am Klavier vor. Nun sehe ich mir das Video an, das Leah mir davon schickte, höre Ernst spielen, und fühle mich unmittelbar zurückversetzt an einen Tag im März 2023, als wir von *Alpine Peace Crossing* anlässlich der *Simon-Wiesenthal-Preis*-Verleihung gemeinsam mit anderen Nominierten eine Führung durchs Österreichische Parlament bekamen. Auf den damals heißdiskutierten und

Nach der Generalversammlung im Jahr 2022. v. l. n. r.: Antonia Winsauer, Caroline Huber, Robert Obermair, Bettina Reiter, Matthias Schreckeis, Ernst Löschner, Judith Forthuber, Kay-Michael Dankl und Jakob Gruber.

Ernst am goldenen Bösendorferflügel im Österreichischen Parlament.

v. l. n. r.: Eva Bammer, Ernst Löschner, Antonia Winsauer, Jakob Gruber, Robert Obermair.

mittlerweile entfernten goldenen Bösendorferflügel, den der damalige Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ins Parlament geschafft hatte, hatte sich Ernst wohl besonders gefreut: Kaum hatte uns der Guide in den Raum geführt, in dem der Flügel stand, drückte mir Ernst sein Mobiltelefon in die Hand, sagte „Mach eine Aufnahme!“, bewegte sich auf das Instrument zu, umging die Absperrung, setzte sich auf den Klavierschemel und begann zu spielen. Niemand konnte es fassen, aber keiner stoppte ihn. Alle hörten zu.

Ernst hatte keine Scheu, für seine Überzeugungen anzuecken, regte an, getroffene Abmachungen zu überdenken, wenn er den Eindruck hatte, es könnten noch bessere getroffen werden. Ernst war immer ohne Schutzschild um sich herum unterwegs, hatte keine Angst, über eigene Herausforderungen und Sorgen zu sprechen, ohne dabei sein offenes Ohr zu verschließen. Er schrieb nachts um halb zwei E-Mails, weil die Stunden untertags nicht genügten.

Ernst war aber auch jemand, der wusste, Prioritäten richtig zu setzen: So sehr er sich auch für Soziales engagierte, an erster Stelle war er Familienmensch. Keine Schmerzen, kein ärztliches Verbot und kein sommerlicher Schneefall konnten ihn davon abhalten, mit 80 Jahren die Gedenkwanderung über den Krimmler Tauern nach Südtirol anzutreten und zu absolvieren. Er ließ aber alles stehen und liegen, wenn er wusste, dass ihn seine Familie brauchte – allen voran seine geliebte Frau Valdi.

Im Jiddischen bedeutet der Begriff *„mentsch“* mehr als nur „Mensch“. *„A mentsch“* ist integer, tolerant, verantwortungsbewusst, ehren- und vorbildhaft. Und so war Ernst.

Siehe Alpendistel #1 Seite 68

Unser „Ehrenernst“ wird uns sehr fehlen.

Im Projekt „Alpendistel on Air“ sprach Ernst Löschner 2022 über seinen Weg zu APC.

Der APC-Friedenspreis geht 2025 posthum an Ernst Löschner, Vereinsgründer und Ehrenpräsident unseres Vereins.

© Antonia Winsauer

Antonia Winsauer ist Lehrerin und Historikerin, Vorstandsmitglied von APC sowie Wiener Netzwerkkoordinatorin von ERINNERN:AT.

Wanderausstellung

Grenzen Überwinden – Jüdische Flucht im Salzburger Hochgebirge 1947

JETZT BUCHBAR!

© Maximilian König

Die Ausstellung im Europagymnasium Salzburg im Jänner 2025.

Im Zuge einer Lehrveranstaltung an der Universität Salzburg haben sich Studierende intensiv mit der Geschichte der jüdischen Flucht über den Krimmler Tauern auseinandergesetzt und dazu eine Wanderausstellung konzipiert. Diese erzählt die Geschichte dieser Fluchtbewegung im breiten Kontext der europäischen Nachkriegswirren und des nach wie vor vorherrschenden Antisemitismus und thematisiert auch die Gründung des israelischen Staates im Jahr 1948.

Die Ausstellung wurde im November 2024 erstmals an der Universität Salzburg gezeigt und ist seither kostenlos ausleihbar. Sie besteht aus 17 Roll-Ups und kann daher in verschiedensten Settings einfach und schnell aufgebaut werden. Begleitend zur Ausstellung ist auch ein kostenloses Vermittlungspaket verfügbar. Die Wanderausstellung richtet sich an ein breites Zielpublikum, kann daher sowohl im schulischen bzw. universitären Kontext als auch in Bildungszentren, Pfarrhöfen, Jugendzentren etc. gezeigt werden. Für Begleitveranstaltungen können auch Referent*innen aus dem Team von APC gebucht werden.

Die Ausstellung und die dazugehörigen Begleitmaterialien sind für Zeiträume zwischen einer und drei Wochen kostenlos über unseren Verein ausleihbar, einzig der Transport muss selbst organisiert werden (Selbstabholung mit Auto ist möglich).

Anfragen und Bestellungen der Ausstellung bitte an *office@alpinepeacecrossing.org*

Wanderung 2025

Die historische Fluchtroute erwandern

Am 28. und 29. Juni findet wieder die APC-Gedenkwanderung zur jüdischen Flucht über die Krimmler Tauern 1947 statt. Rund 250 Personen werden gemeinsam die historische Fluchtroute nach Südtirol / Alto Adige erwandern.

Mit Ausnahme des Corona-Jahres 2021 veranstalten wir seit 2007 jährlich unsere Gedenkwanderung im Frühsommer. Die Anmeldung ist wie immer ab Februar über unsere Homepage möglich.

Dialogforum Krimml
Am ersten Tag, dem 28. Juni 2025, findet in der Volksschule Krimml unser Dialogforum statt. Hier bieten wir Teilnehmer*innen ein spannendes Programm, um sie auf die Wanderung am folgenden Tag einzustimmen. Dieses Jahr liegt unser Fokus auf vergessenen Opfergruppen des Nationalsozialismus. Unter dem Übertitel *Verleugnet – Verschwiegen – Vergessen* werden die Wissenschafter*innen Elke Rajal und Andreas Brunner das Schicksal vergessener Opfergruppen beleuchten. Musikalisch wird das Dialogforum vom Duo NIHZ gestaltet.

Wanderung
Die Wanderung selbst findet am 29. Juni 2025 statt. Den Teilnehmer*innen stehen dabei drei Varianten zur Auswahl.

Alle Wandervarianten starten vom Krimmler Tauernhaus (1631 m ü. A.). Die Wanderung führt uns dann vom Hain der Flucht zur Windbachalm (1882 m ü. A.). Hier kehrt die kurze Variante um und wandert gemütlich zum Krimmler Tauernhaus zurück. Die Mittelvariante geht weiter bis zum Talschluss und kehrt dann ebenfalls zum Tauernhaus zurück. Die Langvariante verläuft über die Passhöhe des Krimmler Tauern (2634 m ü. A.) nach Kasern in Südtirol (1582 m ü. A.) und hat somit eine Länge von etwa 18,5 km. Für Teilnehmer*innen aller Varianten werden Busse und Rückkehrtaxis von Kasern oder dem Krimmler Tauernhaus organisiert. Alternativ kann man auch in selbstständiger Organisation in Kasern übernachten und von dort am nächsten Tag weiter- oder zurückwandern.

Aufgrund des unebenen und gebirgigen Terrains sind gutes Schuhwerk und Wanderausrüstung für alle Wetterlagen nötig. Des Weiteren sind die Mittel- und Langvarianten der Wanderung durchaus herausfordernd und sollten nur von Teilnehmer*innen mit guter Kondition gewählt werden.

Die Anmeldung für die nächste APC-Wanderung ist ab Februar 2025 über unsere Website *alpinepeacecrossing.org* möglich. Die verfügbaren Plätze sind sehr begehrt, daher heißt es schnell zugreifen!

Pyramide zum Gedenken

an das DP-Lager „New Palestine“ im Salzburger Stadtteil Parsch

© ASt̄S, Nachlass Franz Ledwinka.

Blockhäuser des ehemaligen jüdischen DP-Lagers „New Palestine“ 1950.

Im Rahmen der Lehrveranstaltung *Public History: Nationalsozialismus in Salzburg* an der Universität Salzburg beschäftigten wir uns in vier Projekten mit der Vermittlung der Zeit des Nationalsozialismus in der Öffentlichkeit. Loris Franz, Florian Huber und ich fokussierten uns dabei auf die jüdische Flucht nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach Vorbild der acht bereits bestehenden Gedenkpyramiden des Vereins *Alpine Peace Crossing* sollte eine weitere Pyramide in der Stadt Salzburg entstehen.

Im Sommer 1945 wurden Millionen Menschen staaten- und heimatlos – und somit zu *Displaced Persons* (DP). Salzburg war aufgrund seiner zentralen Lage in Europa ein bedeutender Durchreiseort. Etwa 120.000 Menschen durchquerten die Stadt auf der Suche nach einer neuen Heimat. Einige davon waren Jüdinnen*Juden, welche die Shoa überlebt haben. Für deren Aufenthalt wurden in der Stadt Salzburg sieben Lager eingerichtet.

Unsere Projektgruppe entschied sich dazu, das Lager mit dem Namen *New Palestine*, dessen exakter Standort bis dahin unbekannt war, ausfindig zu machen. Dieses befand sich – wie wir herausfinden konnten – in der Apothekerhofstraße im Stadtteil Parsch. Zunächst aber waren die Jüdinnen*Juden in Wohnungen der angrenzenden Weichselbaumsiedlung untergebracht worden. Wegen Platzmangel wurden schließlich kleine Holzbaracken und Blockhäuser gebaut, womit etwa 450 Personen gleichzeitig im DP-Lager leben konnten. Es entwickelte sich eine Gemeinschaft, auch wenn viele Bewohner*innen nicht lange blieben. Manche Zeitzeug*innen behielten das Lager in Erinnerung. Generell war aufgrund einer geringen Quellenlage aber bereits eine genaue Lokalisation eine Herausforderung. Durch die Verknüpfung vereinzelter kleiner Hinweise aus diversen Zeitungsartikeln, Fotos aus verschiedenen Perspektiven, amtlichen Dokumenten und einer Stadtkarte von 1959 konnte der Standort schließlich aber eindeutig bestimmt werden.

Die Salzburger Bevölkerung war den jüdischen Flüchtlingen gegenüber nicht immer positiv eingestellt, da sie diese als Konkurrenz um Lebensmittel, Wohnraum und Bedarfsgüter, die nach dem Zweiten Weltkrieg knapp waren, ansah. Viele jüdische DPs wollten in die USA, nach Australien und Palästina auswandern. Einige wählten 1947 auch den beschwerlichen Weg über den Krimmler Tauern nach Italien.

Die Gedenkpyramide, die gegen das Verdrängen und Vergessen dieses Teils der Salzburger Geschichte wirken soll, wird am 11. April 2025 um 11.00 Uhr im Preuschenpark im Salzburger Stadtteil Parsch – unweit des ehemaligen jüdischen DP-Lagers – enthüllt.

Wir laden Sie sehr herzlich zu dieser Veranstaltung ein! △

© Julia Brunner

Julia Brunner studiert Geschichte und Mathematik auf Lehramt in Salzburg, arbeitet als Lehrerin und ist Mitglied bei APC.

SIE WOLLEN UNSERE ARBEIT UNTERSTÜTZEN?

Der *Verein für aktive Gedenk- und Erinnerungskultur APC (Alpine Peace Crossing)* ist ein österreichischer Verein mit Sitz in Krimml (Salzburg), der initiiert wurde, um an die lange vergessene Flucht von Jüdinnen*Juden über die österreichischen Alpen 1947 zu erinnern. Unser Verein widmet sich der aktiven Erinnerungs- und Gedenkarbeit und arbeitet – mit Ausnahme einer Bürokraft – zur Gänze ehrenamtlich. Das junge Vorstandsteam des Vereins besteht aus Studierenden, Pädagog*innen sowie Wissenschafter*innen. Unsere Gedenkarbeit beschäftigt sich vor allem mit der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus bzw. den aus der nationalsozialistischen Verfolgung resultierenden Fluchtbewegungen sowohl in Europa als auch in weiterer Folge in die USA und nach Israel.

Neben den jährlichen Gedenkveranstaltungen im Salzburger Bergland veröffentlichen wir auch seit 2020 einmal jährlich unser Magazin *Alpendistel. Magazin für antifaschistische Gedenkkultur.* Wir konnten seitdem bereits etwa 10.000 Exemplare der ersten fünf Ausgaben gratis bzw. gegen Übernahme der Versandkosten im gesamten deutschsprachigen Raum verteilen. Wir glauben, mit dem Magazin einen wertvollen, niederschwelligen Beitrag für die Erinnerungsarbeit zu leisten. APC sowie das Redaktionsteam der *Alpendistel* würden sich freuen, wenn Sie unser Projekt unterstützen. Wir freuen uns über Spenden (die zu 100 % in die nächste Ausgabe der *Alpendistel* fließen) an:

EMPFÄNGER
Verein für aktive Gedenk- und Erinnerungskultur APC

IBAN: AT88 3503 9000 5904 8835
BIC: RVSAAT2S039
Verwendungszweck: Alpendistel

SPONSOR*INNEN DER ALPENDISTEL

Wir danken unseren Kooperationspartner*innen und Fördergeber*innen,
die den Druck dieser Ausgabe der Alpendistel ermöglicht haben:

ALPINE PEACE CROSSING

MITGLIEDSCHAFTSANTRAG

Mitgliedschaftsantrag Verein für aktive Gedenk- und Erinnerungskultur APC (Alpine Peace Crossing)

Name: .....

Titel: .....

Straße, Hausnummer: .....

Postleitzahl, Stadt: .....

E-Mail-Adresse: .....

Telefonnummer (optional): .....

Ich möchte mich einbringen als:

☐ **förderndes Mitglied:** Fördernde Mitglieder unterstützen den Verein in finanzieller Hinsicht, beteiligen sich aber nicht aktiv an der Vereinsarbeit.

☐ **ordentliches Mitglied:** Ordentliche Mitglieder sind in der Generalversammlung des Vereins aktiv und passiv wahlberechtigt. Die Aufnahme als ordentliches Mitglied wird vom Vorstand bestätigt.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt € 30,– pro Jahr (€ 15,– für Jugendliche, Lehrlinge, Studierende, Arbeitssuchende sowie Zivil- und Präsenzdiener) und ist auf folgendes Konto zu überweisen:

Empfänger: Verein für aktive Gedenk- und Erinnerungskultur APC
IBAN: AT88 3503 9000 5904 8835
BIC: RVSAAT2S039

Mit der Mitgliedschaft stimme ich der Zusendung des APC-Newsletters an die oben angegebene E-Mailadresse bis auf Widerruf zu.

Ort, Datum: ..... Unterschrift: .....

Bitte dieses Formular eingescannt und unterschrieben an office@alpinepeacecrossing.org senden.

Ausblick

Schwerpunkt 2026 Sport im Nationalsozialismus

„Ein Regime, das sich stützt auf Zwangsarbeit und Massenversklavung; ein Regime, das den Krieg vorbereitet und nur durch verlogene Propaganda existiert, wie soll ein solches Regime den friedlichen Sport und freiheitlichen Sportler respektieren? Glauben Sie mir, diejenigen der internationalen Sportler, die nach Berlin gehen, werden dort nichts anderes sein als Gladiatoren, Gefangene und Spaßmacher eines Diktators, der sich bereits als Herr dieser Welt fühlt.“

Mit diesen Worten warnte Heinrich Mann 1936 eindrücklich vor der Austragung der Olympischen Spiele in Nazideutschland, die sich nächstes Jahr zum neunzigsten Mal jähren wird. In der nächsten Ausgabe der *Alpendistel* wollen wir Sport als Politikum fassen und dabei nicht nur auf die machtpolitische Inszenierung sportlicher Großveranstaltungen eingehen, sondern gleichermaßen die entscheidende Rolle von Sport und Körperkult im Faschismus analysieren.

Wir wollen mitunter auch der Frage nachgehen, welche Rolle Sport in der Gedenkkultur einnimmt. Hierbei ist es auch unser Anspruch, über den uns naheliegenden Bergsport hinauszublicken.

Sport verbindet, Sport vereint. Nur gegen wen?

© Bundesarchiv, B 145 Bild-P017073 / Frankl, A. / CC-BY-SA 3.0

Propagandistisch inszenierte Olympische Spiele in Berlin 1936.

„Ich *will* es einfach nicht akzeptieren, dass es menschenmöglich ist, in einem anderen Menschen keinen Menschen zu sehen!“

In Erinnerung an Ernst Löschner
(1943 – 2024)

ALPINE PEACE CROSSING